

AUSDRUCK

MAGAZIN DER INFORMATIONSTELLE MILITARISIERUNG E.V.

Einzelpreis 3,50 € - ISSN 6153-2115

EU-Militarisierung

Jürgen Wagner - Die Geostrategie Europäischer Macht: ‚Grand Area‘ - ein imperiales Raumkonzept als Rezept fürs Desaster - **1**

Nordafrika

Christoph Marischka - Ägypten: Revolution und Putsch vom Sicherheitssektor her gedacht - **13**

Tobias Pflüger - Der Krieg nebenan, der niemanden interessiert - Oder: Deutsche Waffen, deutsches Geld morden mit in aller Welt, auch in Libyen - **20**

Christoph Marischka - Keine Truppen nach Libyen: Nicht aus Afrika und schon gar nicht aus Deutschland! - **22**

Bewegung

Andreas Seifert - Thema Zivilklausel: Hurra wir regieren... und Wahlversprechen sind etwas für Leichtgläubige - **24**

Christoph Marischka - Tübinger Honorarprofessor Ischinger fordert Aufrüstung und Aufhebung des Parlamentsvorbehaltes - **25**

Jonna Schürkes - BW-Musix abblasen! - **26**

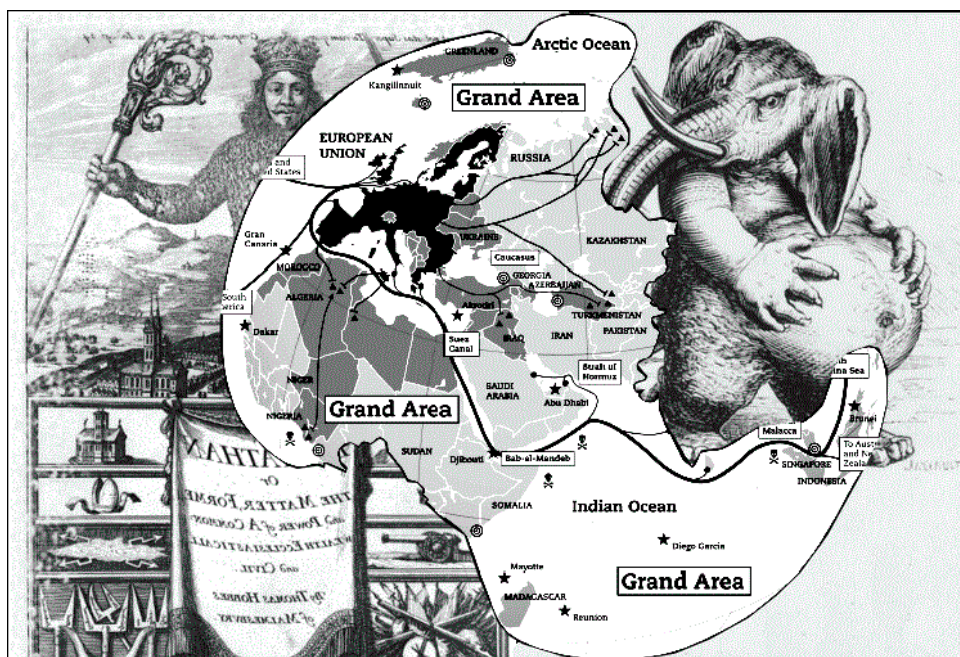
Markus Pflüger - Friedensbewegung aufgepasst! - oder warum eigene Friedenskoooperationen Bundeswehr-Schul-Kooperationen stabilisieren - **28**

Christoph Marischka - Eine „Hungerkatastrophe“ als „Gelegenheitsfenster“? Offener Brief an die Deutsche Welthungerhilfe e.V. - **29**

Claudia Haydt - Rede anlässlich der Verleihung des Aachener Friedenspreises - **30**

Vereinte Nationen

Thomas Mickan - Die UN und der neue Militarismus. Von Krieg und UN-Frieden: Peacekeeping, Regionalisierung und die Rüstungsindustrie - **31**



Editorial:

In den letzten Wochen gab es zwei überaus erfreuliche Ereignisse, die unmittelbar mit unserer Arbeit zusammenhängen. Zuerst wurde der Informationsstelle Militarisation (zusammen mit Jürgen Gräslin) am 1. September der renommierte Aachener Friedenspreis verliehen – eine tolle Anerkennung für die wir uns bei allen bedanken wollen, die dies im Laufe der Jahre mit ermöglicht haben (die bei der Preisverleihung gehaltene Rede von Claudia Haydt findet sich in diesem AUSDRUCK).

Apropos Jahre: das zweite Ereignis fand am 22. September statt, an dem die IMI ihren 15. Geburtstag zusammen mit vielen Freunden in Tübingen gefeiert hat. Auch hier gilt unser Dank allen, die über

diesen Zeitraum die antimilitaristische Arbeit der IMI in der ein oder anderen Form unterstützt haben!

Dennoch haben wir die Hände natürlich nicht in den Schoß gelegt. Soeben veröffentlicht wurde u.a. eine umfangreiche Broschüre zur Militarisation der Vereinten Nationen, deren Zusammenfassung sich ebenso in dieser Ausgabe findet, wie neue Analysen und Studien zu Libyen und Ägypten und zur Geostrategie der Europäischen Union.

In dieser Ausgabe ist aber auch viel Bewegung enthalten: denn vor allem bei den Themen Zivilklausel an den Universitäten sowie Schule und Bundeswehr sind nicht nur Analysen gefragt. So findet am 28. und 29. Oktober eine

Konferenz zur Militarisation der Hochschulen in Tübingen statt und auch gegen die als Blaswettbewerb getarnte Rekrutierungsveranstaltung der Bundeswehr („BW-Musix“) am 21. Oktober im nahegelegenen Balingen wird es Proteste geben. Nähere Infos hierzu finden sich ebenfalls in dieser Ausgabe, mit der wir uns also bemühen, dem gerecht zu werden, was Rolf Gössner, der Laudator bei der Verleihung des Aachener Friedenspreises, als Kern der IMI-Arbeit bezeichnete, nämlich „gebrauchsorientierte Aufklärungsarbeit“ zu leisten.

Die Redaktion

Impressum

Der AUSDRUCK wird herausgegeben von der Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V. Tübingen.

Redaktion: Das Aktiventreffen der Informationsstelle Militarisation, Jürgen Wagner, Christoph Marischka, Jonna Schürkes, Michael Haid, Andreas Seifert.

Erscheinungsweise: Der AUSDRUCK erscheint zweimonatlich jeweils zu Beginn des Monats.

Druck: Campus Druck, Hechinger Str. 203 (Sudhaus), 72072 Tübingen.

Bezugsbedingungen: IMI-Mitglieder und Mitglieder des IMI-Fördervereins erhalten den AUSDRUCK kostenlos (ab einem Beitrag von 5 €/Monat). Einzelpreis 3,50 €. Im Jahresabo (6 Hefte): 25 € bzw. Förderabo 37 €.

Bezugsadresse: Informationsstelle Militarisation e.V., Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen.

Hinweise zu einzelnen Texten: Δ Tobias Pflüger, Libyen, gekürzt in: Zivilcourage 3/2011; Δ Markus Pflüger, Friedensbewegung aufgepasst, gekürzt in: W&F 4/2011.

Bildnachweise wie angegeben außer: Titelbild: IMI; S. 25: Wolfgang Ischinger auf der Münchener Sicherheitskonferenz, Quelle: Kai Mörk über wikipedia.de.

Hinweise zu den Autoren dieser Ausgabe: Christoph Marischka, Jürgen Wagner, Tobias Pflüger, Claudia Haydt und Andreas Seifert sind IMI-Vorstandsmitglieder. Jonna Schürkes und Markus Pflüger sind IMI-Beiräte. Thomas Mickan war Praktikan bei der IMI.

Spendeninformation

Die Informationsstelle Militarisation und der IMI-Förderverein Analyse und Frieden sind eingetragene und als gemeinnützig anerkannte Vereine. Die Arbeit der Informationsstelle trägt sich durch Spenden und Mitgliedsbeiträge. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen, wie auch Sie IMI stützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unsere Spendenkontonummer ist:

1662832 bei der Kreissparkasse Tübingen (BLZ 641 500 20).
IMI-Förderverein: 1766996 bei der Kreissparkasse Tübingen.

Kontakt:

Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V.
Hechinger Str. 203 (Sudhaus)
72072 Tübingen

Telefon: 07071/49154

Fax: 07071/49159

e-mail: imi@imi-online.de

web: www.imi-online.de

Die Geostrategie Europäischer Macht: ‚Grand Area‘

Ein imperiales Raumkonzept als Rezept fürs Desaster

von Jürgen Wagner

Geostrategie vereint den Einfluss der Geografie auf die Politik (Geopolitik) sowie die Androhung und Anwendung militärischer Mittel zur Erreichung bestimmter Ziele (Strategie). Anders als etwa in den Vereinigten Staaten wurde mit derartigen Begriffen auf EU-Ebene lange allenfalls hinter verschlossenen Türen hantiert.¹ Sie stehen für Machtpolitik und das Denken in Einflussphären und waren deshalb unvereinbar mit dem sorgsam gepflegten Mythos von der ‚Zivilmacht Europa‘: „Die Gründungsphilosophie der EWG, aus der die EG und dann die EU wurden, richtete sich nach innen und entwickelte ein Gegenkonzept zu Geopolitik und zu geostrategischen Dimensionen: Befriedung, Aussöhnung und politische Kooperation durch wirtschaftliche Verflechtung als Antithesen zur Geopolitik und zum Imperialismus.“²

Diese ‚geostrategische Abstinenzphase‘ war jedoch nicht einer Aversion gegenüber harter Machtpolitik, sondern der spezifischen Konstellation des Kalten Krieges geschuldet. Gemeint ist hier die – zumindest so empfundene – existenzielle Bedrohung durch die Sowjetunion, der die EU-Staaten allein wenig entgegenzusetzen hatten. Dies machte die Vereinigten Staaten zwangsläufig zur unbestrittenen Hegemonialmacht im westlichen Bündnis. Ohnehin galt darüber hinaus der ‚deutschen Frage‘, der Einbindung des deutschen Machtstrebens, in den Anfangsjahren der Europäischen Union die Hauptaufmerksamkeit, weshalb die ‚innere Integration‘ im Vordergrund stand. Diese „Strukturdeterminanten“ hatten zur Folge, dass (militär-)strategische Fragen auf EU-Ebene lange kaum eine Rolle spielten, sie waren Sache der NATO – und damit vor allem der USA: „Unter den Bedingungen der US-Hegemonie und der Systemkonkurrenz konnte in den Nachkriegsjahren von einer eigenständigen europäischen Strategie keine Rede sein.“³ Mit dem Untergang der Sowjetunion, dem – schrittweisen – Machtverlust der Vereinigten Staaten sowie der offensiven Ausrichtung der deutschen Militärlpolitik veränderten sich alle bisherigen Rahmenbedingungen ab Anfang der 1990er Jahre grundlegend. Die Gelegenheit für eine dramatische Militarisierung der Europäischen Union war günstig – und sie wurde zielstrebig genutzt.

Allerdings fand diese Entwicklung in einem konzeptionell-strategischen Vakuum statt: die Frage, welcher Globalstrategie (Grand Strategy) die Europäische Union folgt, also welchem Zweck das außen- und vor allem militärpolitische Agieren dient und welche Mittel hierfür in welcher Form zur Anwendung gebracht werden sollen, ist nicht ansatzweise kohärent beantwortet – zumindest nicht in der Öffentlichkeit. Diesbezügliche Versuche, wie die Europäische Sicherheitsstrategie, blieben entweder extrem schwammig oder sie verliefen, wie der Entwurf eines EU-Weißbuchs, im Sande.⁴ Insofern verwundert es nicht, dass der Formulierung einer EU-Globalstrategie im akademischen und politischen Diskurs in den letzten Jahren verstärkte Aufmerksamkeit geschenkt wurde und Artikel zum Thema wie Pilze aus dem Boden schossen.⁵

Besonders lautstark greift dabei seit einiger Zeit die ‚Group on Grand Strategy‘ (GoGS) in diese Debatte ein.⁶ Der GoGS-Bei-

rat besteht aus Vertretern verschiedener einflussreicher EU-Denkfabriken, wobei im Folgenden in einem ersten Schritt zunächst vor allem die Publikationen der beiden Direktoren, James Rogers und Luis Simón, näher betrachtet werden, die aber stellvertretend für die Positionen der gesamten Gruppe gelten können.⁷ Ihr Ziel ist es, eine grundlegende Neuausrichtung der europäischen Außenpolitik einzuleiten. Das Gerede von der

‚Zivilmacht Europa‘ sei Schnee von gestern, „diese alte Vision spricht die Herzen der jungen Europäer nicht mehr an.“ Aus diesem Grund sei es dringend erforderlich, diese „ideologische Leere“ aufzufüllen, indem das Zusammenspiel von Geografie und Macht in Form einer in sich kohärenten Geostrategie ins Zentrum gerückt wird.⁸ James Rogers macht keinen Hehl daraus, worin er die Hauptaufgabe einer Geostrategie sieht – in militärgestützter Machttakkumulation: „Das ultimative Ziel einer Geostrategie ist es, Geografie und Politik miteinander zu verknüpfen, um die Macht und die Einflussphäre des heimischen Territoriums zu maximieren. [...] Ein solches Konzept muss von einem subtilen, aber hervorragend aufgestellten Militär unterstützt werden, das darauf abzielt, das Auftauchen möglicher Rivalen zu vereiteln.“⁹

Aus einer Reihe von Befunden leitet die GoGS ein umfangreiches Anforderungsprofil für eine ‚Weltmacht Europa‘ ab. Die Kernforderungen bestehen in der umfangreichen Militarisierung der Europäischen Union, der Etablierung eines imperialen Großraums sowie der Schaffung eines EU-Superstaats, die als Voraussetzungen für eine effiziente Geostrategie deklariert werden (Kapitel 1). Diese Forderungen finden sich in der ein oder anderen Form auch bei zahlreichen weiteren Vertretern des ‚Strategieestablishments‘, weshalb sie für sich genommen keine ausführliche Analyse rechtfertigen würden. Was aber insbesondere James Rogers so ‚interessant‘ macht ist, dass er die verschiedenen Einzelemente zu einer – zumindest aus seiner Sicht – in sich kohärenten Geostrategie zusammengeknötet und in ein imperiales EU-Raumkonzept überführt hat. Dieser ‚Grand Area‘ genannte imperiale europäische Großraum – schon der Name lässt im Übrigen Böses ahnen (siehe Kasten) – steckt ab, welche Regionen aus geostrategischem Blickwinkel künftig militärisch kontrolliert werden müssen, damit die Europäische Union den anvisierten Aufstieg zur Weltmacht bewerkstelligen kann (Kapitel 2).

Aufgrund von Widerständen weicht die Praxis naturgemäß immer von derartigen idealtypischen Konzepten ab: unterzieht man die GoGS-Geostrategie einem Realitätscheck, so zeigt sich, dass sie keineswegs als Blaupause fungiert, die von der Politik eins zu eins umgesetzt würde. Sie liefert dennoch wichtige Einblicke in den Stand der gegenwärtigen europäischen Strategiedebatte, da die GoGS eine Art ‚Wunschliste‘ und ‚Zielvorstellung‘ formuliert, mit der nach Eigenangaben eine ‚offene‘ Debatte über die Zukunft der EU-Globalstrategie angestoßen werden soll.¹⁰ Tatsächlich will die Gruppe jedoch einen zunehmend selbstreferentiellen, hermetisch abgeschlossenen ‚Expertenzirkel‘ etablieren, um diesen Diskurs in zunehmendem Maße zu dominieren – und sie ist damit bereits recht ‚erfolgreich‘.

Gleichzeitig wird über diesen Diskurs mit alarmistischen Prognosen ein Handlungsdruck erzeugt, um die Politik zu ‚ermuntern‘, möglichst viele der geostrategisch motivierten Maximalforderungen umzusetzen. Somit eignet sich die GoGS-Geostrategie auch als Folie, die mit der praktischen EU-Militärlpolitik abgeglichen werden kann. Dies ermöglicht Rückschlüsse, inwieweit geostrate-

gische Prämissen das europäische Agieren maßgeblich beeinflussen, aber vor allem auch darauf, worin die Widersprüche und Hindernisse auf dem Weg zur imperialen ‚Weltmacht Europa‘ liegen.

Dabei zeigt sich, dass einige wesentliche Forderungen der GoGS bereits umgesetzt wurden, insbesondere was die Militarisierung der Europäischen Union sowie die Etablierung eines imperialen Großraums anbelangt. Dies lässt darauf schließen, dass die europäische Militärpolitik keineswegs so ad hoc und strategielos agiert, wie ihr dies viele Kritiker immer wieder vorwerfen, sondern geostrategische Motive eine wichtige Rolle spielen. Dabei zeigt sich bei genauerer Betrachtung aber auch, dass diese ‚geostrategische Militarisierung‘ bislang bei weitem noch nicht in dem Ausmaß erfolgte, wie dies die GoGS (und viele andere) für erforderlich halten. Ursächlich hierfür ist die Forderung zur Komplettaufgabe der einzelstaatlichen Souveränität und zur Gründung eines EU-Superstaates. Denn es sind weiterhin Staaten, aus denen sich die Europäische Union zusammensetzt, und diese Staaten (bzw. ihre Konzerne) haben teils sehr gegensätzliche Interessen, was die Bereitschaft für Souveränitätsabtritte an Brüssel extrem verringert - und damit auch eine weitere Militarisierung und die Etablierung eines EU-Großraums erheblich erschwert (Kapitel 3).

Ob diese Interessensgegensätze ohne schwere innereuropäische Konflikte eingeebnet werden können, ist äußerst fraglich. Doch auch wenn dies gelänge: hierdurch würde sich der aggressiv-militaristische Kurs der Europäischen Union lediglich weiter verschärfen und der ohnehin bereits vollzogene Abschied von der ‚Zivilmacht Europa‘ gewissermaßen offiziell amtlich bestätigt: „Über eine europäische Geostrategie nachzudenken bedeutet, Neuland zu betreten. Offen ist, ob es der EU gelingen kann, genuin europäische Interessen zu formulieren. Dies stößt auf zwei Hindernisse: Zum einem muss die EU vermeintlich ‚nationale‘ Interessen überwinden und diese europäisch definieren. Zum anderen muss die EU bereit sein, interessenpolitisch zu denken und gemeinsame außenpolitische Interessen durchzusetzen. Damit verläße die EU endgültig ihre Nische als ‚Zivilmacht‘, um

zum machtpolitisch bewussten Akteur mit internationaler Verantwortung zu werden.“¹¹ Je zielstrebigere die Europäische Union jedoch dazu übergehen wird, eine auf Machtmaximierung setzende Geostrategie umzusetzen, desto mehr wird sie zur Verschärfung zahlreicher Konflikte beitragen (Kapitel 4).

Hier zeigt sich das wesentliche Defizit des geostrategischen Denkens: wer das staatliche Ringen um Einflussphären als unumstößliche Realität postuliert und zur Grundlage für eigene machtmaximierende Strategien macht, ist ursächlich dafür verantwortlich, diese ‚Wirklichkeit‘ immer neu zu reproduzieren.¹² Die hinter solchen ‚Strategien‘ stehenden (kapitalistischen) Mechanismen und Interessen aufzudecken ist deshalb dringend erforderlich, um geostrategischen Raumkonzepten etwas entgegensetzen zu können, die vor allem eins zeigen: eine extrem verengte Weltsicht.

1. Eine Geostrategie gegen den Abstieg

Aus einer Reihe von Befunden postulieren Rogers und Simón die Notwendigkeit für eine ‚Weltmachtrolle Europas‘. Auf dieser Basis wird dann wiederum ein ‚Anforderungsprofil‘ abgeleitet, das seinerseits dann den Nährboden für die Ausarbeitung eines detaillierten geostrategischen Raumkonzeptes darstellt.

1.1 Bestandsaufnahme und Prognosen

a) Bedrohte westliche Vormacht

Rogers und Simón teilen wie viele andere die Auffassung, dass die jahrhundertelange Vorherrschaft des Westens heutzutage ernsthaft gefährdet sei: „Da mittlerweile neue Mächte aufsteigen, ist der amerikanische und europäische Einfluss bedroht.“¹³ Für sie handelt es sich hierbei um ein Phänomen von wahrhaft historischer Tragweite: „Die Abnahme der westlichen Macht in den letzten Jahren könnte nicht nur das wichtigste Ereignis des vergangenen Jahrzehnts, sondern möglicherweise der letzten vier Jahrhunderte darstellen.“¹⁴

„Grand Area“: Unheilige Traditionslinien

Der von James Rogers als ‚Grand Area‘ bezeichnete Großraum ist ein aus der amerikanischen Geopolitik entlehnter Begriff. Er steht für ein Konzept, dessen explizites Ziel darin bestand, Armut und Ungleichheit in der Welt aufrecht zu erhalten. Es wurde detailliert von George F. Kennan beschrieben, der mit seinem ‚Langen Telegramm‘ als Initiator der Eindämmungspolitik gegen die Sowjetunion und der aggressiven US-Politik während des Kalten Krieges galt (von der er sich später distanzierte).

Seine Affinität hierzu untermauert James Rogers nicht nur damit, dass die erste Grundsatzerklärung der ‚Group on Grand Strategy‘ mit ‚The new long telegram‘ betitelt wurde, sondern auch dadurch, dass er sein imperiales Raumkonzept begrifflich in die Tradition der amerikanischen ‚Grand Area‘ stellt. „Eine Beschreibung [der ‚Grand Area‘] findet vom führenden Mitarbeiter des Planungsstabes (Policy Planning Staff) im State Department, George F. Kennan statt. Die streng

geheime Schrift Policy Planning Study 23 (PPS/23) vom 28. Februar 1948 besagt, dass die besiegten und besetzten Mächte Deutschland und Japan als Aktivposten einer kapitalistischen Weltordnung wieder aufgebaut werden müssen, was mithilfe der Ressourcen der sog. Dritten Welt geschehen soll. In dieser Weltordnung soll allein der Freihandel und die Dominanz der westlichen Zivilisation vorherrschen.“ Konkret heißt es dann in der PPS/23:

„Wir müssen sehr vorsichtig sein, von unserer ‚Führungsrolle‘ in Asien zu sprechen. Wir betrügen uns und andere, wenn wir vorgeben, eine Lösung für jene Probleme zu besitzen, die die meisten dieser asiatischen Menschen bewegen. Wir besitzen etwa 50 % des Reichtums dieser Welt, stellen aber nur 6,3 % seiner Bevölkerung. Dieser Unterschied ist im Verhältnis zwischen uns und den Völkern Asiens besonders groß. In einer solchen Situation kommen wir nicht umhin, Neid und Missgunst auf uns zu lenken. Unsere eigent-

liche Aufgabe in der nächsten Zeit besteht darin, eine Form von Beziehungen zu finden, die es uns erlaubt, diese Wohlstandsunterschiede ohne ernsthafte Abstriche an unserer nationalen Sicherheit beizubehalten. Um das zu erreichen, werden wir auf alle Sentimentalitäten und Tagträumereien verzichten müssen; und wir werden unsere Aufmerksamkeit überall auf unsere ureigensten, nationalen Vorhaben konzentrieren müssen. Wir dürfen uns nicht vormachen, dass wir uns heute den Luxus von Altruismus und Weltbeglückung leisten könnten... [...] Wir sollten aufhören von vagen — und für den Fernen Osten — unrealistischen Zielen wie Menschenrechten, Anhebung von Lebensstandards und Demokratisierung zu reden. Der Tag ist nicht mehr fern, an dem unser Handeln von nüchternem Machtdenken geleitet sein muss. Je weniger wir dann von idealistischen Parolen behindert werden, desto besser.“ (Auszug aus der Policy Planning Study, Kapitel VII. Far East, Seite 524 zit. nach Wikipedia: Grand Area)

b) (Teil-)Rückzug der Vereinigten Staaten

Der Machtverlust der Vereinigten Staaten werde Europa in besonderer Weise betreffen, so ein weiterer Befund: „Für die Europäer ist es zentral, dass die im Entstehen befindliche multipolare Ordnung unweigerlich die künftige Macht der USA verringern wird. Dies wird die Amerikaner dazu veranlassen, ihre Kapazitäten stärker auf Regionen zu fokussieren, die für ihre eigenen Interessen von strategischer Bedeutung sind. [...] Die USA werden bereit sein, manchmal auszuhelfen, aber lediglich bis zu einem gewissen Grad: sie sind nicht mehr in der Lage, die Europäer den ganzen Weg mitzuschleppen.“¹⁵ Dabei wird allerdings keinesfalls für einen Bruch mit den USA plädiert – im Gegenteil. Ein enges Bündnis mit den Vereinigten Staaten wird auch künftig als unerlässlich erachtet, um EU-Interessen effektiv durchsetzen zu können. Aus der prognostizierten abnehmenden US-Unterstützung wird jedoch die Notwendigkeit (oder: die Gelegenheit) abgeleitet, dass die Europäische Union auf militärischem Gebiet handlungsfähiger und eigenständiger werden müsse, um die hierdurch entstehende Lücke zu schließen.¹⁶

c) Neue Großmachtkonflikte und Rückkehr der Machtpolitik

Seit einigen Jahren mehren sich die westlichen Stimmen, die einer neuen epochalen Konfrontation, einem Neuen Kalten Krieg zwischen ‚Demokratien‘ (USA und EU) und ‚Autokratien‘ (China und Russland) das Wort reden.¹⁷ Auch die GoGS stimmt in diesen Chor mit ein, wenn sie vor „potenziell räuberischen Autokratien“¹⁸ und einem China warnt, „das künftig aggressiver werden wird.“¹⁹ Auf dieser Grundlage wird davon ausgegangen, dass Machtpolitik künftig wieder an Bedeutung gewinnen werde: „Wir sollten uns an Folgendes gewöhnen: ohne eine größere politische Entschlossenheit und Führungsfähigkeit Europas wird die Zukunft möglicherweise mehr wie Europas eigene Vergangenheit aussehen. Eine Welt, in der schiere Macht wichtiger werden wird und in der die etablierten Regeln gebrochen werden, falls oder wenn sie mit den nationalen Interessen der neuen Mächte ins Gehege kommen sollten.“²⁰

1.2 Anforderungsprofil an eine ‚Weltmacht Europa‘

a) Abstieg vermeiden – Weltmacht werden – Pazifismus überwinden

Ungeachtet der zuvor beschriebenen eher pessimistischen Aussichten für die Europäische Union, ist aus Sicht der GoGS noch nicht alles verloren: „Wir sind sicher, dass der europäische Niedergang nicht unausweichlich ist.“²¹ Hierfür müsse die Europäische Union jedoch „zu einer globalen Macht werden, ausgestattet mit einer einheitlichen Globalstrategie und einem weiten Arsenal militärischer und ziviler Mittel.“²² Die wesentlichen Stolpersteine auf dem Weg dahin sind schnell ausgemacht: es gelte die „europäische Risikoscheuheit“ ebenso zu überwinden, wie den „wachsenden europäischen Widerstand gegenüber dem Einsatz militärischer Macht.“²³ Der Europäischen Union wird – fälschlicherweise – vorgeworfen, sie verfolge eine „Reinform des ungezügelter Pazifismus.“ Den Einsätzen würde bislang jeglicher „geopolitische Fokus fehlen“, was es zu korrigieren gelte.²⁴ Es gebe einen „Mangel an interessengeleitetem Denken“, da lediglich „Länder, deren Handlungen von eindeutigen Interessen angeleitet werden, an Boden gewinnen.“²⁵

b) Militarisierung der Europäischen Union

„Die Europäische Union hat die Interessen und Ambitionen einer globalen Macht, aber die Kapazitäten und die Einstellung einer Mittelmacht.“²⁶ Ohne militärische Schlagkraft ist die Umsetzung einer auf Machtmaximierung abzielenden Geostrategie also unmöglich.²⁷ Aus diesem Grund beschäftigen sich Mitglieder der GoGS nicht allein mit dem Entwurf einer Geostrategie, sondern auch mit konkreten Vorschlägen zum Ausbau der EU-Militärkapazitäten. So wird etwa ein EU-Rüstungshaushalt, ein EU-Hauptquartier und ein einheitlicher EU-Rüstungsmarkt (der wiederum die Herausbildung eines europäischen Militärisch-Industriellen Komplexes befördern soll) sowie ein einheitlicher Geheimdienst für das europäische In- wie Ausland gefordert.²⁸ Auch der Soldatenpool für die EU-Eingreiftruppe soll von derzeit ca. 180.000 auf etwa 400.000 Soldaten aufgestockt werden.²⁹ Um dies zu erreichen sei es erforderlich, „eine neue Ära der europäischen Integration auf Grundlage militärischer Zusammenarbeit einzuleiten.“³⁰

c) Supermacht braucht Superstaat

Ohne den Transfer von nationalen Souveränitätsrechten im Bereich der Außen- und Militärpolitik auf die europäische Ebene werde jedoch die ‚Weltmacht Europa‘ ein Wunschtraum bleiben, so eine weitere Kernaussage. Der Grund: „die alten europäischen Nationalstaaten sind nicht mehr länger groß genug, um ihrer Stimme in einer sich schnell verändernden Welt Gehör zu verschaffen. Der beste Weg, um die Werte, die diesen Nationen wichtig sind, zu beschützen, besteht in größeren und mächtigeren Zusammenschlüssen. [...] Kurz gesagt, die Europäische Union muss ein Superstaat und eine Supernation werden, was sie dann wiederum in die Lage versetzt, eine Supermacht zu werden.“³¹ Auf die vielfachen Implikationen, die mit einer derartigen Forderung einhergehen und die auch erheblichen innereuropäischen Sprengstoff bergen, wird weiter unten noch einmal gesondert eingegangen. Jedenfalls wird das Zusammenwachsen im Inneren als unerlässliche Vorbedingung für die Machtprojektion nach Außen erachtet: „Die Verbesserung und weitere Integration des europäischen Heimatlandes [homeland] wird die Europäische Union als Machbasis stärken, was wiederum im Sinne [des US-Geopolitikers] Mahan dazu genutzt werden kann, ausländischen Regierungen das Fürchten zu lehren und sie gegenüber europäischen Präferenzen aufgeschlossener zu machen.“³²

2. Imperiales Raumkonzept: ‚Grand Area‘

Die von James Rogers vorgelegte ‚Geostrategie europäischer Macht‘ ist in dieser Form bislang einzigartig und ermöglicht einen Einblick, wie sich die Definition von Interessen und wichtigen Regionen in ein imperiales Raumkonzept übersetzt.³³

2.1 Die Kartografie des EU-Imperiums

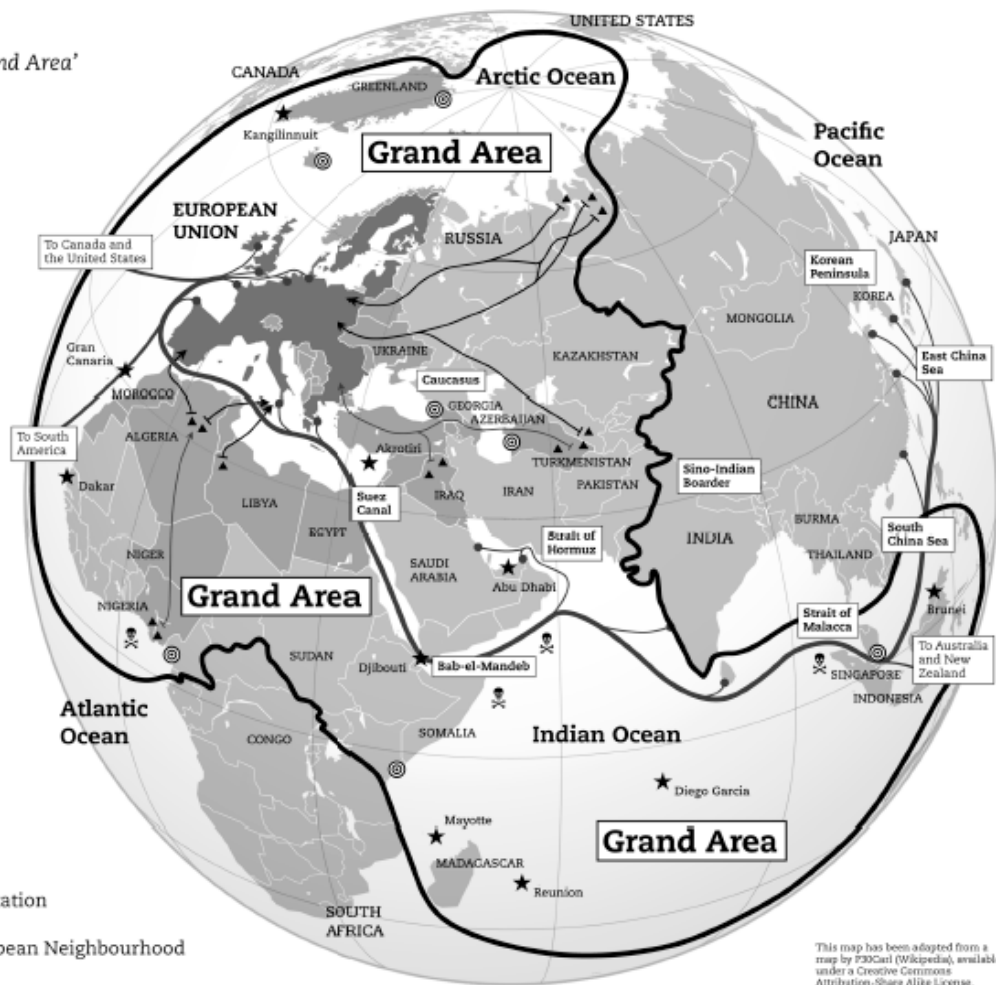
Mit dem von James Rogers definierten europäischen Großraum, der ‚Grand Area‘, legt der Geostratege nicht weniger als die Kartografie eines ‚Imperium Europa‘ vor. Es umfasst große Teile Afrikas, die ölreiche kaspische und zentralasiatische Region und den Mittleren Osten, reicht aber auch bis weit nach Ostasien, wo es gilt die Schifffahrtsrouten zu kontrollieren (siehe Grafik). Konkret sollen Länder und Regionen in die ‚Grand Area‘ integriert werden, die folgendes ‚Anforderungsprofil‘ erfüllen:

Map 1

The European Union and the 'Grand Area'

-  Maritime communication line with spur and port
 Gas transmission pipeline with flow direction
 Planned gas transmission pipeline with flow direction

-  Caucasus
 Strategic flashpoint or strategic chokepoint
-  Gas producing region
 Pirate infestation
 European military station
 Suggested European military station
 Countries in an extended European Neighbourhood



This map has been adopted from a map by P30Cml (Wikipedia), available under a Creative Commons Attribution-Share Alike License.

Großraum-Ansatz des Geopolitikers James Rogers.

James Rogers, *A New Geography of European Power*, Egmont Paper 42, January 2011, S. 25

„Aus einem geopolitischen Blickwinkel muss diese Zone fünf Kriterien genügen: Sie muss

1. über alle grundlegenden Ressourcen verfügen, die notwendig sind, um die europäische industrielle Produktion und künftige industrielle Bedürfnisse zu decken;
2. alle wesentlichen Handelsrouten, insbesondere Energie-Pipelines und maritime Schifffahrtsrouten aus anderen Regionen ins europäische Heimatland einschließen;
3. so wenig wie möglich geopolitische Problemfälle enthalten, die zu einer Disintegration der Region führen und damit die künftige wirtschaftliche Entwicklung Europas schädigen könnten;
4. die geringste Wahrscheinlichkeit einer relevanten Beanspruchung durch andere mächtige ausländische Akteure im Vergleich zu ihrer Bedeutung für die europäische Wirtschaft und ihre geopolitischen Interessen aufweisen;
5. eine Region sein, die die Europäische Union am kosteneffektivsten durch eine Ausweitung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik verteidigen kann.“³⁴

2.2 Imperium der Militärbasen

Ganz ähnlich wie die offizielle Argumentation für das US-amerikanische „Imperium der Militärbasen“³⁵, betont auch Rogers in

kaum zu überbietendem Zynismus die „präventive Dimension militärischer Macht.“³⁶ Die ‚Grand Area‘ soll mit einem dichtmaschigen Netz aus europäischen Militärbasen überzogen und so unter Kontrolle gebracht werden, um so ‚renitentes‘ Verhalten im Keim zu ersticken: „Das Konzept der ‚Grand Area‘ würde versuchen, diese Länder in ein dauerhaftes EU-geführtes System zu integrieren, das durch Militärbasen, bessere Kommunikationslinien und engere Partnerschaften abgesichert wird – eine europäische Vorwärtspresenz, um die Notwendigkeit sporadischer Interventionen zu reduzieren.“³⁷ Mit diesem Militärbasennetz soll vor allem folgenden beiden Zielen Nachdruck verliehen werden: „erstens, ausländische Mächte davon abzuhalten, sich in Länder in der größeren europäischen Nachbarschaft einzumischen; und zweitens Halsstarrigkeit und Fehlverhalten auf Seiten der lokalen Machthaber vorzubeugen.“³⁸ Konkret wird darauf hin die Errichtung einer ganzen Reihe neuer Basen vorgeschlagen: „Neue europäische Militäranlagen könnten im Kaukasus und Zentralasien, der arktischen Region und entlang der Küstenlinie des indischen Ozeans benötigt werden. Das Ziel dieser Einrichtungen wäre es, [...] eine latente aber permanente Macht innerhalb der ‚Grand Area‘ auszuüben.“³⁹

In mehreren, viel beachteten Studien präzisierte James Rogers zusammen mit Luis Simón diese Überlegungen für den Bereich einer maritimen EU-Geostrategie noch weiter.

2.3 Maritime Geostrategie

Die Europäische Union selbst verfügt gegenwärtig über keine offiziellen Militärbasen im Ausland – wohl aber einige ihrer Mitgliedsstaaten. Derzeit unterhält Frankreich Militärstützpunkte in 28 Ländern, Großbritannien in 29, Deutschland in 12, Italien in 5 und Spanien in 2 Staaten.⁴⁰ Aus Sicht von James Rogers und Luis Simón tragen diese Basen derzeit jedoch (zu) wenig zur Verbesserung der EU-Fähigkeiten zur Machtprojektion bei. Extrem aufschlussreich ist diesbezüglich ihre Studie im Auftrag der für Außen- und Sicherheitspolitik zuständigen Generaldirektion E des Europäischen Rates, die anschließend auch vom *Institute for Security Studies* der EU in abgewandelter Form veröffentlicht wurde.⁴¹ Die Ergebnisse und Politikvorschläge wurden anschließend sowohl dem Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung (SEDE) des Europäischen Parlaments als auch der damaligen schwedischen Ratspräsidentschaft vorgestellt.

Ausgangspunkt der Überlegungen ist erneut die Annahme, es werde künftig zu einer massiven Zunahme geopolitischer Auseinandersetzungen zwischen den Großmächten kommen: „In einer zunehmend multipolaren Welt ist eine erneute Fokussierung auf diese Militärbasen eine dringende europäische Priorität, insbesondere in einer Phase zunehmender geopolitischer Rivalitäten entlang der eurasischen Küstenlinie.“⁴² Hierauf aufbauend wird gefordert, die Europäische Union müsse nun ihrerseits eine offensive Macht- und Militärpolitik betreiben, um sich im Gerangel der Großmächte behaupten zu können: „Die Europäische Union muss die kontinentale Vorherrschaft anstreben, indem sie Luft- und Seemacht von Militärstützpunkten innerhalb des EU-Territoriums in die maritimen Randgebiete an den EU-Küstengebieten projiziert.“⁴³ Hierfür sei jedoch die Nutzung vor allem der französischen und britischen Basen unerlässlich: „Die Militärbasen der Mitgliedsländer haben eine Schlüsselrolle, um den ökonomischen, politischen und militärischen Einfluss Europas zu bewahren.“⁴⁴ Ferner würden die Basen benötigt, um „unsere zunehmend gefährdeten Energielieferungen an Öl und Flüssiggas auf dem Seeweg vom Mittleren Osten zu beschützen.“ Schließlich liege der ‚Vorteil‘ dieser Basen darin, „ein System der Vorwärtspräsenz für Interventionen auf dem afrikanischen Kontinent bereitzustellen.“⁴⁵

Hieraus leitet sich wiederum die bereits angedeutete Kernforderung ab, sich durch eine Europäisierung bislang nationalstaatlicher Anlagen ein dichtmaschiges Netz an Militärbasen zur globalen Machtprojektion zu verschaffen: „Die Europäer müssen ihre überseeischen Militärbasen integrieren, um so eine umfassende globale Präsenz der Europäischen Union zu gewährleisten und ihre Vorwärtspräsenz zu maximieren und so zum Weltfrieden beizutragen.“⁴⁶

3. Geostrategie: Realitätscheck

Es liegt nahe, Rogers und seine GoGS-Mitstreiter als hirnerbrannte Spinner abzukanzeln – zu Recht. Leider würde man es sich damit jedoch zu einfach machen. Die Gruppe ist, sowohl was ihre Verankerung im ‚Denkfabrikestablishment‘ als auch ihre Vernetzung mit der Politik anbelangt, hervorragend aufgestellt, um den derzeitigen (und künftigen) Strategiediskurs maßgeblich zu prägen – und sie ist auch zuversichtlich, dass ihr dies gelingen wird. Insofern sollte es nicht verwundern, dass die Politik der EU in wesentlichen Bereichen der geostrategischen GoGS-Rezeptur zu folgen scheint – allerdings nur bis zu einem gewissen Grad, was wiederum den Blick dafür schärft, worin die wesentlichen Schwierigkeiten auf dem Weg zu einer ‚Weltmacht Europa‘ liegen.

3.1 Strategische Deutungshoheit – check!

Ziel der GoGS ist es, den künftigen Strategiediskurs maßgeblich beeinflussen zu können, indem nach US-Vorbild ein selbstreferentieller, in sich abgeschlossener ‚Expertenzirkel‘ etabliert wird, der an einige wenige Denkfabriken angedockt ist: „Diese Zentren formen das strategische Denken über die europäische Strategie und Sicherheit; und, bis zu einem gewissen Grade, arbeiten sie auch mit denselben Experten. [...] Dies ähnelt sehr den amerikanischen Erfahrungen bei der Entwicklung der wesentlichen Elemente von Washingtons Globalstrategie während des Kalten Krieges. Analysten wie Zbigniew Brzezinski, Henry Kissinger, Thomas Schelling, Albert Wohlstetter, Kenneth Waltz, Herman Kahn, usw. reisten herum und suchten Anschluss an die bekanntesten und einflussreichsten Denkfabriken und Universitäten. Mit der Zeit kristallisierte sich aufgrund von personellen Überschneidungen ein ‚innerer Zirkel‘ heraus, dessen Mitglieder damit begannen, sich gegenseitig zu beeinflussen und ausführlich zu zitieren, was zu einem ‚Kernbestand an Literatur‘ über amerikanische Strategie führte. [...] Europäische Strategen tendieren dazu, dies nachzuahmen: ein ‚innerer Zirkel‘ existiert inzwischen und seine Mitglieder zitieren sich gegenseitig recht ausführlich. Personelle Überschneidungen existieren – genau wie im amerikanischen Beispiel. Es gibt eine lebhafte Debatte über europäische Strategie, die hilfreich ist, ein neues Konzept für die europäische Sicherheit voranzubringen. Langsam entsteht ein Konsens über bestimmte strategische Fragen, wobei die wesentlichen Grundsteine einer neuen europäischen strategischen Kultur gelegt werden, zumindest was den intellektuellen Bereich anbelangt.“⁴⁷

Zugang zur ‚Strategie-In-Group‘ erhält also, wer mit den relevanten europäischen Denkfabriken vernetzt ist. Die GoGS bezeichnet – wohl zu Recht – als wichtigste ‚Schaltstellen‘ das *Egmont Institute*, den *European Council on Foreign Relations*, das *Centre for European Reform*, das *European Union Institute for Security Studies* und das *Centre for European Policy Studies*. Weiter werden die *Bertelsmann Stiftung* und die *Stiftung Wissenschaft und Politik* sowie das *Institute for International Relations* aufgeführt.⁴⁸ Ein Blick auf den Beirat und die jeweiligen Publikationslisten genügt, um herauszufinden, dass die GoGS-Mitglieder in nahezu allen diesen Institutionen präsent und demzufolge bestens vernetzt sind (siehe Kasten S. 6).

Natürlich sind sich auch immer wieder einige abweichende Meinungen anzutreffen, dennoch lässt sich feststellen, dass die meisten Grundannahmen und Politikvorschläge aus Reihen der GoGS sowohl im gegenwärtigen Strategiediskurs als auch bei EU-Entscheidungsträgern omnipräsent sind.⁴⁹ Insofern scheint die GoGS-Einschätzung zuzutreffen, dass sich derzeit eine Art ‚strategischer Konsens‘ herauskristallisiert, der in zunehmendem Maße die EU-Politik bestimmen soll: „Solch ein Konsens könnte die Politikgestaltung beeinflussen und anleiten und die Sichtweise von Entscheidungsträgern formen. Das ist der Kern davon, über einen ‚inneren Zirkel‘ europäischer Strategen zu verfügen – bis zu einem gewissen Grad gestalten sie diesen Prozess, was – mit Blick auf die künftige europäische Außenpolitik – ein überaus positives Zeichen ist.“⁵⁰

Im Folgenden soll deshalb nun betrachtet werden, inwieweit die Forderungen der GoGS – EU-Militarisierung, Etablierung eines imperialen Großraums und die Schaffung eines EU-Superstaates – tatsächlich Niederschlag in der praktischen Politik finden.

3.2 Militarisierung – check?

Bereits unmittelbar nach dem Ende des Kalten Krieges wurde mit dem Vertrag von Maastricht die Gemeinsamen Außen- und

Sicherheitspolitik (GASP) aus der Taufe gehoben. Die offizielle Geburtsstunde für die Militarisierung der Europäischen Union war jedoch der Ratsgipfel in Köln im Juni 1999. Auf ihm wurde die grundsätzliche Entscheidung getroffen, eine EU-Eingreiftruppe für globale Kriegseinsätze aufzustellen. Ein halbes Jahr später wurde auf dem Folgetreffen in Helsinki vom 10. bis 12. Dezember mit dem ‚Headline Goal‘ die Zielgröße dieser Truppe ausgegeben: 60.000 Soldaten (was aufgrund der erforderlichen Rotation und logistischen Unterstützung einem Gesamtumfang von zirka 180.000 Soldaten entspricht). Bereits im Jahr 2003 folgten erste Einsätze, die seither an Zahl und Umfang ständig zunehmen – bis heute fanden bereits 24 Operationen im Rahmen der so genannten Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) statt. Es ist demzufolge also unbestreitbar, dass eine umfassende Militarisierung der Europäischen Union stattgefunden hat, eine Auffassung, die auch von James Rogers geteilt wird: „Kurz gesagt: seit den späten 1990ern hat sich die Europäische Union von der ‚Zivilmacht‘ (oder ‚normativen Macht‘) mit ihrem Fokus auf die innere Entwicklung wegbegeben und begann eine globale Macht zu werden.“⁵¹

Allerdings geriet der EU-Militarisierungsprozess in jüngster Zeit erheblich ins Stocken. Schon 2008 kritisierte etwa Nick Whitney, ehemals Leiter der EU-Rüstungsagentur, die Europäische Union bleibe weit hinter ihrem Ziel zurück, effektive militärische Machtprojektion leisten zu können.⁵² Inzwischen überwiegt auf Seiten der Militarisierungsbefürworter eher Ernüchterung ob der weiter existierenden ‚Defizite‘ in diesem Bereich: „Bis zum heutigen Tag wurden die ursprünglichen Ziele der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik nicht umgesetzt. Die europäischen Militärpläne wie das Headline Goal 2003 und das Headline Goal 2010 bleiben unerfüllt.“⁵³ An Vorschlagskatalogen, wie diesem ‚Defizit‘ abgeholfen werden könnte, mangelt es nicht und die konkreten Forderungen sind dabei mehr oder weniger in jedem Papier dieselben wie die der GoGS.⁵⁴ Bei soviel Einigkeit stellt sich damit also unweigerlich die Frage, weshalb in den letzten Jahren verhältnismäßig geringe Militarisierungsschritte erzielt wurden.

Ein wesentlicher Grund hierfür⁵⁵ dürfte darin liegen, dass die Nationalstaaten für weitere ‚Fortschritte‘ im EU-Militarisierungsprozess bereit sein müssten, der GoGS-Forderung nachzukom-

men, ihre bislang nahezu uneingeschränkte Kontrolle über die Außen- und Sicherheitspolitik deutlich stärker als bislang auf die EU-Ebene zu übertragen. Hierfür existiert aber augenscheinlich immer weniger Bereitschaft. Auch James Rogers und Luis Simón sehen den EU-Militarisierungsprozess deshalb gegenwärtig in einer schweren Krise.⁵⁶ Ihre Forderung, die ‚Militarisierungskrise‘ durch einen massiven Integrationsschub zu überwinden, ignoriert jedoch die Tatsache, dass ein wesentliches Hindernis hierfür die zunehmenden Interessenskonflikte zwischen Großbritannien und Frankreich einerseits und dem immer ‚ambitionierter‘ auftretenden Deutschland andererseits ist. Diese sich verhärtenden Konfrontationslinien verringern die Bereitschaft zu weiteren Souveränitätsabtritten an Brüssel.⁵⁷

3.3 Imperialer Großraum – check?

Das imperiale Konzept von James Rogers entstand selbstredend nicht im luftleeren Raum. Direkt rekurriert er etwa auf die Arbeiten von Robert Cooper⁵⁸, dem wohl einflussreichsten Propagandisten eines ‚Imperium Europa‘.⁵⁹ Seine ‚Grand Area‘ ähnelt darüber hinaus auch dem von Mark Leonard, dem Chef des einflussreichen *European Council on Foreign Relations*, als ‚Eurosphere‘ bezeichneten imperialen Großraum.⁶⁰ Überhaupt ist es seit einigen Jahren wieder chic, von einem ‚Imperium Europa‘ zu reden⁶¹, selbst hohe EU-Politiker wie der ehemalige Erweiterungskommissar Olli Rehn und EU-Kommissionschef Jose Manuel Barroso bedienen sich mittlerweile ohne falsche Scheu dieser Begrifflichkeit.⁶²

Und tatsächlich, bereits im November 2002 wurden die Arbeiten an einem EU-Raumkonzept – das öffentlich natürlich nicht als solches bezeichnet wird – aufgenommen, das der ‚Grand Area‘ verdächtig ähnelt. Dies führte schließlich zur Veröffentlichung des ‚Wider-Europe-Papiers‘ der EU-Kommission im März 2003. In ihm wird das Ziel ausgegeben, einen „Ring befreundeter Staaten“ aus gegenwärtig 16 Ländern südlich und östlich der EU zu schaffen. Damit war erstmals der Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) abgesteckt, die ein Jahr später auch offiziell so umbenannt wurde⁶³ und einen klassischen imperialen Großraum bildet: „Auf die Feinheiten der Europäischen Nachbarschaftspolitik kommt es hier nicht an, sondern auf die Feststel-

lung, dass Europa, von seinen eigenen Bürgern fast unbemerkt, bereits eine imperiale Politik des ‚Größeren Europa‘ betreibt; und dass es dabei das typische Merkmal aller Imperien entwickelt, nämlich eine Asymmetrie und ein Spannungsverhältnis zwischen Zentrum und Peripherie.“⁶⁴

Die Kontrolle des südlichen und östlichen Nachbarschaftsraums wird wiederum als Vorbedingung für Europas Aufstieg zur Weltmacht erachtet, wie etwa GoGS-Beirat Thomas Renard betont: „Selbstverständlich muss die EU sich als Macht in ihrer eigenen Region etablieren, wenn sie eine globale Macht werden will.“⁶⁵ Die Bereitschaft, als „imperiale Stabilisierungsmacht“⁶⁶ für die Aufrechterhaltung der ‚Ordnung‘ im eigenen Großraum zu sorgen, ist somit eine wesentliche Bedingung für die Umsetzung einer ‚Grand Area‘ – und der Libyen-Krieg war hierfür ein entscheidender Lackmустest.

Zunächst gilt es dazu festzuhalten, dass die revolutionären Umbrüche in Nordafrika aus geostrategischer Sicht sowohl eine Bedrohung für die dortigen europäischen Interessen darstel-



Direktoren

James Rogers: Arbeitet gegenwärtig für die RAND Corporation. Zuvor unter anderem für das *European Union Institute for Security Studies* (EUISS), den *European Council on Foreign Relations*, das *Egmont Institute* und die *Alternatives Foundation* tätig.

Luis Simón: Gegenwärtig Koordinator für Sicherheits- und Verteidigungspolitik bei der *Alternatives Foundation*. War zuvor u.a. für das EUISS, das *Royal United Services Institute* und das *Egmont Institute* tätig.

Beirat

Sven Biscop: Egmont Institute; **Jo Coelmont:** Egmont Institute; **Giovanni Grevi:** Foundation for International Relations (früher u.a. beim EUISS); **Eva Gross:** Institute for European Studies (früher u.a. EUISS); **Jolyon Howorth:** Jean Monnet Professor of European Politics, Yale University; **Alexander Mattelaer:** Institute for European Studies; **Alister Miskimmon:** University of London; **Thomas Renard:** Egmont Institute; **Stefani Weiss:** Bertelsmann Stiftung

len, gleichzeitig aber auch die Chance eröffnen, die Region stärker unter Kontrolle zu bringen, weshalb das vorrangige Ziel darin besteht, die weitere Entwicklung in ‚genehme‘ Bahnen zu lenken. Hierfür bot sich mit dem Krieg gegen Libyen eine willkommene Gelegenheit. Es gehe nicht nur um „maritime Handelsrouten“, auch „Pipelines könnten in Mitleidenschaft gezogen werden“, so James Rogers in einem frühen Plädoyer für ein militärisches Eingreifen. Vor allem aber biete sich nun der Europäischen Union die Gelegenheit, sich als imperiale Ordnungsmacht im Nachbarschaftsraum profilieren zu können: „Brüssel (und die Mitgliedsstaaten) muss sich von alten Ansätzen verabschieden und sich einer pro-aktiveren und energischeren Politik zuwenden, die darauf abzielt, den südlichen und östlichen Mittelmeerraum mehr entlang unserer Präferenzen zu gestalten.“⁶⁷

Beim Libyen-Krieg ging es demzufolge weniger um Öl oder andere ‚profane‘ Interessen (wiewohl diese sicherlich auch eine Rolle gespielt haben⁶⁸), sondern primär darum, die Kontrolle über die Region zurückzuerlangen, wie James Rogers verdeutlicht: „Über Libyen hinaus, ist die Zukunft der Europäischen Nachbarschaft noch offen. Die Europäer müssen ein strategischeres und zukunftsorientiertes Konzept für ihre Südliche Nachbarschaft, einschließlich des Mittleren Ostens, entwickeln. Diese Regionen, nicht zuletzt die Levante, sind – zusammen mit der Östlichen Nachbarschaft – von zentraler Bedeutung für Europas Sicherheit. [...] Was dies an ‚konkreten Politiken‘ bedeutet, ist noch unsicher: zumindest bedeutet es aber ein hohes Maß an Kontrolle über egal welche Regierungen zu behalten, die aus den Trümmern der Revolutionen hervorgehen, indem ihre Integration in die europäische Nachbarschaft ermutigt wird. Brüssel muss sich stärker damit befassen, wie eine neue Geografie europäischer Macht etabliert werden kann – und zwar schnell.“⁶⁹

Im Einklang mit den Prognosen legten die USA im Libyen-Krieg erstmals wenig Interesse an den Tag, die Führung übernehmen zu wollen – er wäre somit aus Sicht der GoGS für die Europäische Union der ‚ideale Fall‘ gewesen, um sich zu profilieren: „Die Krise in Libyen ist wie gemalt für eine Situation, in der Europa durch die Europäische Union die Führung hätte übernehmen sollen, um sich als konsequenter Akteur zu beweisen.“⁷⁰ Doch die deutsche Ablehnung, sich am Krieg (direkt⁷¹) zu beteiligen – zwischenzeitlich war wohl sogar ein ablehnendes Votum erwogen worden⁷² – machte es unmöglich, ihn unter EU-Flagge zu führen. Zwar übernahmen mit Frankreich und Großbritannien zwei europäische Länder die Führung, allerdings erfolgte der Krieg im Namen der NATO. Die Tragweite ist schwerlich zu überschätzen: „Frankreich und Deutschland (‚Europas Motor‘) haben sich öffentlich und frontal in einer großen Sicherheitskrise in Europas Nachbarschaft entzweit. Frankreich und Großbritannien schlossen sich zusammen und übernahmen die politische und militärische Führung einer Koalition, deren Handlungen von Deutschland öffentlich abgelehnt wurden.“⁷³

Für James Rogers und Luis Simón ist diese deutsche „Eigensinnigkeit“ ein großes Ärgernis, da sie darauf hindeute, dass „Deutschland sich sowohl vom atlantischen als auch vom europäischen Mainstream wegbewegen könnte.“⁷⁴ Aus ihrer Sicht muss den deutschen Alleingängen eine starke französisch-britische Achse entgegengesetzt werden: „Deutschland hat damit begonnen, sich geltend zu machen. [...] Aber die Wiederauflage der ‚Entente‘ zwischen Frankreich und Großbritannien im Jahr 2010 legt der deutschen Macht Fesseln an. Angesichts der Größe ihrer kombinierten Macht ist es wahrscheinlich – sollten sie ihre Karten richtig ausspielen –, dass es Großbritannien und Frankreich und nicht Deutschland sein werden, die als Anführer der Europäischen Union wieder auftauchen.“⁷⁵

3.4 Supermacht durch Superstaat – fail!

Unmissverständlich macht die GoGS klar, dass nur ein EU-Superstaat in der Lage sein wird, ihre Agenda umzusetzen. Allerdings stellt sich die Frage, wie dies angesichts der sehr unterschiedlichen Interessenlage zwischen Großbritannien und Frankreich auf der einen und Deutschland auf der anderen Seite möglich sein soll. Zwar traten diese Divergenzen im Libyen-Krieg am offensten zu Tage, sie stellten jedoch lediglich die Spitze des Eisbergs dar: „Dieser Zwist ist kein Zufall, sondern das Ergebnis tiefgehender wirtschaftlicher und politischer Gegensätze zwischen Deutschland und Frankreich sowie einer fortgeschrittenen Krise der Europäischen Union.“⁷⁶

Die Wirtschafts- und Währungsunion und die dazugehörigen Stabilitätskriterien wurden komplett nach deutschen Präferenzen modelliert, mit dem Resultat, dass nicht nur mittlere und kleinere Staaten wie Griechenland, sondern auch Frankreich und Großbritannien der deutschen Exportoffensive nichts entgegenzusetzen hatten und massiv an Boden verloren.⁷⁷ Anstatt dieser Entwicklung entgegenzusteuern – etwa durch eine massive Förderung des Binnenkonsums in Form höherer Löhne –, versucht Deutschland sogar die sich mit der Eurokrise bietende Gelegenheit zu nutzen, um seine wirtschaftliche Macht in politische Macht umzumünzen und recht unverblümt die Vormachtstellung in der Europäischen Union für sich zu beanspruchen.

Regelrechte Schockwellen hat in diesem Zusammenhang der Umgang mit den – nicht zuletzt aufgrund der deutschen Politik – in die Krise geratenen Euroländern ausgelöst.⁷⁸ In vormalig nicht gekannter Weise tritt dabei seit etwa Frühjahr 2010 ein deutscher Dominanzanspruch zu Tage: „Die Bundeskanzlerin Angela Merkel nutzte die europäische Währungskrise, um die finanzpolitischen Weichen in der Eurozone in Richtung auf ein deutsches Europa umzustellen.“⁷⁹ Im führenden außenpolitischen Magazin Deutschlands wurde zufrieden festgehalten, Merkel sei im Zuge der Euro-Krise zur „europäischen Kanzlerin“ geworden: „In der erweiterten EU mögen viele murren über die deutschen Wünsche bei der Stabilisierung des Euro. Aber Merkel hat nun eine Art ‚Richtlinienkompetenz‘ im Kreis der 27 Staats- und Regierungschefs bekommen.“⁸⁰ Romano Prodi, ehemaliger italienischer Ministerpräsident und Ex-EU-Kommissionschef, beschreibt die neue europäische Hackordnung folgendermaßen: „Früher war es so, dass Frankreich die politische und Deutschland die ökonomische Führung innehatte. Jetzt entscheidet die Dame (Kanzlerin Angela Merkel) und (der französische Präsident) Sarkozy hält eine Pressekonferenz, um ihre Entscheidungen zu erklären.“⁸¹

Folgerichtig zeigt Deutschland in den letzten Jahren immer weniger Neigung, den Pfad in Richtung EU-Superstaat einschlagen zu wollen⁸² – es sei denn, er würde unter deutscher Kontrolle beschritten. Deutschland hat damit mehr oder minder offen einen Grundkonsens, der bis vor nicht allzu langer Zeit ein wesentliches Element für den Zusammenhalt und das Funktionieren der Europäischen Union war, aufgekündigt: „Das Paradigma, das zur Gründung der Europäischen Union führte – dass Deutschland angeleint und eingedämmt würde – verändert sich. Deutschland hat nicht nur seine Stimme wiedergefunden, es beginnt damit, seine nationalen Interessen zu formulieren und an ihnen festzuhalten. [...] In Deutschland hat sich ein Konsens herausgebildet, dass es an Deutschland sei, die Regeln der Eurozone neu zu gestalten. Als Ankermitglied der Europäischen Union hat Deutschland hierfür gute Argumente. Aber das war nicht die ‚Union‘, der sich der Rest Europas verschrieben hat.“⁸³

Es war abzusehen, dass eine Reaktion hierauf nicht lange auf sich warten lassen würde – und sie war massiv!

Noch im Jahr 2003 waren es Frankreich und Deutschland, die sich (zusammen mit einigen anderen EU-Ländern) dem vor allem von Großbritannien (und u.a. Polen) unterstützten US-Angriff gegen den Irak widersetzen.⁸⁴ Doch schon kurze Zeit später traten schwere Zerwürfnisse in der traditionellen deutsch-französischen Achse zu Tage. Ein deutliches Zeichen für die sich verschlechternden Beziehungen war das Gerangel um den Schwerpunkt der Nachbarschaftspolitik. Für Deutschland (und seine Konzerne) lag und liegt er traditionell im Osten, während vor allem Frankreich darauf drängen wollte, die südliche Dimension zu stärken – und zwar ohne sich dabei von Berlin hineinreden lassen zu wollen. Hierfür wollte Paris eine Mittelmeer-Union gründen, die außerhalb des EU-Rahmens angesiedelt und damit einer deutschen Einflussnahme entzogen sein sollte: „Dem wachsenden Einfluss der nord- und osteuropäischen Länder sollte ein südlicher Schwerpunkt entgegengesetzt werden, mit Frankreich als Führungsmacht“, analysierte die *FAZ*.⁸⁵ Schlussendlich gelang es Deutschland aber doch, die Mittelmeer-Union mit dem EU-Lasso wieder einzufangen und Frankreichs Ambitionen so einen heftigen Schlag zu versetzen: „Die Mittelmeerunion wurde schließlich im Sommer 2008 gegründet und nahm im Mai 2010 ihre Arbeit auf. Doch Deutschland hatte sich weitgehend durchgesetzt.“⁸⁶

Nahezu zeitgleich mit dem Arbeitsantritt der Mittelmeer-Union begann Deutschland im Zuge der Eurokrise seinen Dominanzanspruch immer ruppiger durchzusetzen. Hierauf reagierten Frankreich und Großbritannien im November 2010 mit einem formellen Vertrag, der umfassende Kooperationen im Militärbereich beinhaltet. Auch wenn ein Motiv sicher darin besteht, Kosten zu senken, so handelt es sich hierbei vor allem um eine Art Bündnis gegen das deutsche Vormachtstreben – nicht umsonst ist häufig von einem „Verteidigungspakt“ die Rede.⁸⁷ Er sieht u.a. den Aufbau einer gemeinsamen Eingreiftruppe und die Zusammenarbeit bei der Erforschung neuer Waffensysteme vor, sogar im hochsensiblen Nuklearwaffenbereich. Besonders bemerkenswert ist daran, dass diese Vereinbarungen vollkommen außerhalb des EU-Rahmens erfolgten, was vor allem für Frankreich eine extreme Kehrtwende darstellt. Paris hatte sich bis dato stets für eine Stärkung der EU-Kompetenzen im Militärbereich eingesetzt, scheint aber derzeit (ebensowenig wie London, das hier aber schon immer bremst) aus nachvollziehbaren Gründen wenig Begeisterung an den Tag zu legen, einem ‚deutschen Europa‘ mehr Kompetenzen in diesem Bereich abzutreten. Der Idee einer von der EU befehligten ‚Militärmacht Europa‘ wurde damit jedenfalls ein schwerer Schlag versetzt. „Der militärische

Schulterschluss mit London ist im Grunde eine Beerdigung der bisherigen eigenständigen EU-Militärpolitik, die auch von Berlin stets forciert worden war.“⁸⁸

Den bislang letzten Akt in dieser Aufführung stellten dann die Auseinandersetzungen um den Libyen-Krieg dar, die klar zeigten, dass die ‚Stabilisierung‘ des imperialen Großraums – zumindest derzeit noch – durch die auseinanderdriftenden Positionen Frankreichs und Großbritanniens einerseits sowie Deutschlands auf der anderen Seite massiv erschwert wird: „Zugespitzt: Paris brauchte einen (natürlich erfolgreichen) Militäreinsatz, um den deutschen Führungsanspruch im ökonomischen Bereich auszubalancieren. Da kam der Libyen-Konflikt wie gerufen.“⁸⁹ Deutschland wiederum war augenscheinlich nicht gewillt, dies hinzunehmen und torpedierte die französischen Anstrengungen nach Kräften: „Tatsächlich zeigt die deutsche Enthaltung im UN-Sicherheitsrat zweierlei: Zum einen, dass Berlin nicht mehr bereit ist, außenpolitische Zugeständnisse an europäische Rivalen wie etwa Frankreich zu machen; entsprechend scharf sind die Äußerungen aus Paris, wo es heißt, die Stimmenthaltung sei ein ‚Fehler mit unabsehbaren politischen Kosten‘. Zum anderen lässt sie erkennen, dass in Berlin mittlerweile der Wille nicht nur zum ‚europäischen‘ Alleingang – wie im Falle des Krieges gegen den Irak 2003 –, sondern auch zum nationalen Alleingang vorhanden ist.“⁹⁰

Im Ergebnis hat der Libyen-Krieg, auch in der Einschätzung der GoGS, zwar die britisch-französische Achse gestärkt, das Ziel eines imperialen und militarisierten EU-Superstaats rückte mit ihm jedoch in noch weitere Ferne⁹¹ – hoffentlich jedenfalls, bedenkt man, was hierfür gegebenenfalls erforderlich sein könnte.

4. Kritik: Eine Geostrategie für's Desaster

Trotz der zuvor beschriebenen Probleme ist die GoGS zuversichtlich, die nationalen Souveränitätsansprüche überwinden und sukzessive einen ‚Superstaat Europa‘ etablieren zu können.⁹² Allerdings ist fraglich, wie die beschriebenen Interessensunterschiede zwischen den EU-Großmächten ohne schwere Auseinandersetzungen eingeplant werden können. Doch selbst für den unwahrscheinlichen Fall, dass dies gelingen sollte, stellt sich die Frage, wem ernsthaft an einer ‚Supermacht Europa‘ gelegen sein kann. Schon vor einigen Jahren beschrieb die einflussreiche Bertelsmann-Stiftung, die ebenfalls mit einer Vertreterin im GoGS-Beirat sitzt, in dem Papier „Europas Zukunft – Fünf EU-Szenarien“ die von ihr bevorzugte Zukunftsperspektive folgendermaßen: „Im Szenario Supermacht Europa wird das große



Europa seinem objektiven Weltmachtpotential gerecht. Die Europäische Union nutzt ihre materiellen und institutionellen Ressourcen in vollem Umfang. Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, Bevölkerungszahl, militärisches Potential und das europäische Wertesystem bieten ihr eine beachtliche Handlungsbasis. [...] Die Supermacht Europa verabschiedet sich endgültig von der Idee einer Zivilmacht und bedient sich uneingeschränkt der Mittel internationaler Machtpolitik. [...] Die sich stetig in Richtung einer Supermacht Europa entwickelnde Europäische Union erweist sich als ein äußerst offenes System, das auch im Prozess der Staatswerdung fähig ist, neue Mitglieder aufzunehmen. Damit ist die EU global das einzige System, das territorial kontinuierlich expandiert.“⁹³

4.1 EU-Superstaat durch Krieg?

Mit alarmistischen Tönen propagieren James Rogers und Luis Simón die Notwendigkeit zur Bildung eines europäischen Superstaats: „Die Europäer stehen gegenwärtig vor zwei Möglichkeiten für die Zukunft: eine Zukunft der Macht oder eine Zukunft des Ruins. Dazwischen gibt es keine Alternativen: wir können entweder die Herrscher bleiben oder zu Beherrschten werden. Wir Europäer stehen vor einer ‚Bürgerkriegssituation‘ [‚Civil War‘ moment] wie es die Amerikaner einst auch taten: wir sind am Scheideweg, an dem wir entweder das Handtuch werfen oder wir machen einen qualitativen Sprung vorwärts in Richtung weiterer Vereinigung. Ein Versagen bei der Integration könnte zur Auflösung an allen Fronten und zum Ende der Sicherheiten und Annehmlichkeiten der vergangenen sechzig Jahre führen – mit möglicherweise verheerenden Konsequenzen sowohl für die Europäer als auch für die Welt.“⁹⁴

Ihre Alternative, die Gründung eines EU-Superstaates, ist jedoch ein Rezept fürs Desaster. Wie bereits beschrieben, haben Staaten (bzw. ihre Konzerne) ganz unterschiedliche Interessen. Einigen mag mit einer Einigung gedient sein, anderen sicher nicht. Wie diese vorhandenen Unterschiede ohne Konflikte überwunden werden sollen, bleibt völlig unklar. Genau hier ist der offene Verweis auf den amerikanischen Bürgerkrieg überaus Besorgnis erregend. So kommen andere Geopolitiker wie die Analysten von *Strategic Forecast* (Stratfor) zu dem Ergebnis, die Gründung eines EU-Superstaats sei - ganz ähnlich wie es das amerikanische ‚Vorbild‘ nahelegt - nur unter einer Bedingung möglich: „Die Amerikaner kämpften von 1861 bis 1865 den blutigsten Krieg ihrer Geschichte über die Frage von Zentralmacht versus lokaler Macht. [...] Es brauchte drei ähnliche europäische Kriege

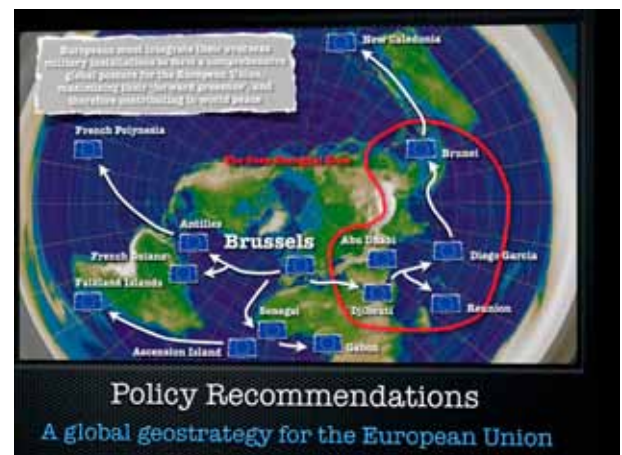
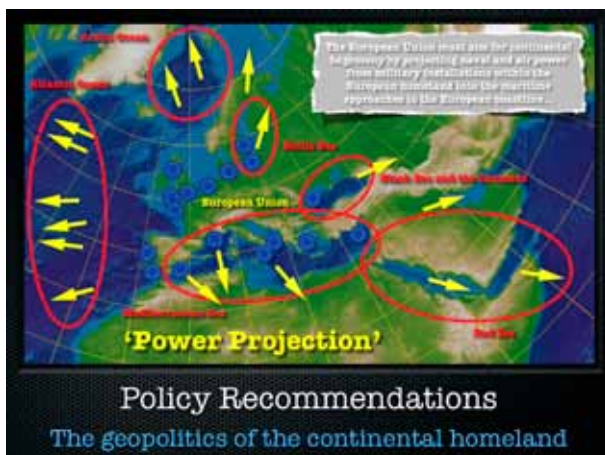
– ebenfalls im 19. Jahrhundert - für die dutzenden deutschen Fürstentümer, um schließlich zu dem zusammenzuschmelzen, was heute als Deutschland bekannt ist. [...] Wir verwenden den Amerikanischen Bürgerkrieg oder die deutschen Kriege zur Wiedervereinigung als Vergleich nicht leichtfertig. Stratfor betrachtet es als unmöglich, in Friedenszeiten eine vereinigte europäische politische Autorität zu schaffen.“⁹⁵

Doch auch wenn Mittel und Wege gefunden werden, den Integrationsprozess auf ‚friedlichem‘ Wege massiv zu forcieren, ist damit aus friedenspolitischer Sicht nichts gewonnen. Dies kann nämlich nur gelingen, wenn sich alarmistische und übertriebene Bedrohungsszenarien zunehmend etablieren und handlungsleitend werden.

4.2 Neuer Kalter Krieg als self-fulfilling prophecy

In GoGS-Publikationen werden die „räuberischen Absichten“ Russlands und Chinas betont und beide Länder vor einer „unerwünschten Einmischung“ (meddling) in die ‚Grand Area‘ gewarnt. Hier zeigt sich, nach welchen Prioritäten James Rogers seine ‚Grand Area‘ zusammengebastelt hat (siehe Kapitel 2.1). Denn es gibt einen offensichtlichen Gegensatz zwischen rohstoffreichen und für Handelswege relevanten Regionen (Kriterien 1 und 2) und dem Ziel, nur Länder inkorporieren zu wollen, die möglichst geringen ‚geopolitischen Ballast‘ mit sich führen, die also wenig Konfliktpotenzial bergen (Kriterien 3 und 4). Sowohl für die kaspische Region als auch für Ostasien treffen lediglich die Kriterien 1 und 2 zu – ‚Interesse toppt Frieden‘ könnte man also überspitzt formulieren.

Die kaspische Region ist per se für Russland von höchstem Interesse und die europäischen (sowie amerikanischen) Versuche, dort zunehmend die Kontrolle an sich zu reißen, sind ein wesentlicher Grund für die sich stetig verschlechternden westlich-russischen Beziehungen. Dennoch wird gefordert, die Region in den europäischen imperialen Großraum zu integrieren sowie neue Militärstützpunkte dort zu errichten. Gleichzeitig wird Russland mehr oder minder offen angewiesen, sich aus einer Region herauszuhalten, die von Moskau als traditionelle Einflussphäre betrachtet wird. Russland seinerseits beantwortet dies in exakt derselben Weise, indem es sich die „unerwünschte Einmischung“ der Europäischen Union in seiner Nachbarschaft verbietet.⁹⁶ Auch die geforderte Kontrolle der maritimen Handelsrouten in Ostasien wird garantiert zu Konflikten mit China führen. Tatsächlich lässt sich schon heute feststellen, dass die zunehmenden geopolitischen Rivalitäten buchstäblich auch auf das Meer über-



schwappen.⁹⁷ Wer vor einer Zunahme geopolitischer Rivalitäten in der Region warnt, um im selben Atemzug die Europäische Union aufzufordern, eine machtpolitisch ambitioniertere Rolle dort zu spielen, trägt einen erheblichen Anteil an der Verschärfung dieser Konflikte.

Indem der machtpolitische Aufstieg anderer Länder per se als Bedrohung bewertet wird, wird es unvermeidlich, dass die heraufziehende Blockkonfrontation weiter forciert und ein Neuer Kalter Krieg somit zu einer self-fulfilling prophecy wird.

4.3 Imperiale Hybris

Wie für Anhänger der ‚realistischen‘ Denkschule üblich, spielen in den Überlegungen primär Großmächte eine Rolle, kleinere Länder finden nur unter bestimmten Umständen überhaupt Erwähnung: „Nicht nur die stärksten Mächte sind von Bedeutung. Partnerschaften mit kleineren ‚Schlüsselländern‘ oder ‚geopolitischen Anker‘, die sich in vitalen Regionen befinden, sind ebenfalls von Bedeutung.“⁹⁸ Diese Sichtweise schlägt sich direkt in der Konzeption der ‚Grand Area‘ nieder, die ein extremes Zentrum-Peripherie-Gefälle aufweist, das typisch für imperiale Großräume ist. Länder, die sich innerhalb der ‚Grand Area‘ – aber außerhalb der Europäischen Union – befinden, haben nach der Pfeife Brüssels zu tanzen, ohne über dessen Politik in irgendeiner Weise mitbestimmen zu können. Es ist die Europäische Union (bzw. ihre Führungsmächte), die sich für die ‚Grand Area‘ die Definitionshoheit anmaßt, was „Halsstarrigkeit“ und „Fehlverhalten“ darstellt und sich gleich noch das ‚Recht‘ herausnimmt, derart renitentes Verhalten militärisch abzustrafen. Entlarvend ist die Begrifflichkeit, die Rogers in einem früheren Artikel statt der ‚Grand Area‘ verwendete: „European Commonwealth“.⁹⁹

Schon in früheren Imperien lag die Präferenz stets auf ‚indirekten‘ Ausbeutungsmechanismen, während das Militär vorzugsweise im Hintergrund als Absicherung agieren sollte. Auch James Rogers befürwortet eindeutig eine solche Strategie: „Es sollte keiner Erwähnung bedürfen, dass dieses Konzept nicht eine militaristische oder aggressive Strategie, sondern vielmehr subtil, abgestuft und solide sein sollte.“¹⁰⁰ Doch egal ob in – vermeintlich – ‚gutwilliger‘ Absicht oder aus räuberischen Motiven, Menschen wollen weder direkt noch indirekt von einem imperialen Zentrum kontrolliert werden und sie werden sich hiergegen auflehnen. Bei früheren Imperien führten diese Revolten dann sukzessive zu immer brutaleren Unterdrückungsmethoden: „Das Problem einer eher auf ökonomische als militärische Überlegenheit gestützten Imperiumsbildung besteht freilich darin, dass sie bei der Sicherung der neu erschlossenen Wirtschaftsräume auf militärische Präsenz nicht verzichten kann. Solange hierfür der Einsatz kleinerer Kontingente ausreicht, bereitet das keine ernststen Schwierigkeiten. [...] Das ändert sich, wenn Aufstände ausbrechen und sich Unruhen ausbreiten, die eine langfristige Entsendung größerer Truppeneinheiten erforderlich machen.“¹⁰¹ Es gibt kaum ein plausibles Argument, weshalb eine solche Dynamik nicht auch in der ‚Grand Area‘ auftreten sollte.

Fazit: Konstruierte ‚Wahrheiten‘ und kapitalistische Realitäten

Geopolitiker nehmen für sich in Anspruch, die Welt ‚realistisch‘ zu sehen und werfen Kritikern vor, sich ein Wolkenkuckuckshaus zurechtzuwünschen, das nichts mit der Wirklichkeit zu tun habe. Zustimmend zitiert James Rogers etwa den US-Geopolitiker Colin S. Gray – im Übrigen u.a. ein Befürworter ‚rationaler‘ Atomkriege¹⁰² – mit den Worten: „Gray zeigt schlüssig, warum

die Geopolitik so unpopulär geworden ist: ‚Geopolitik beschreibt die Welt wie sie ist und tendiert dazu, skeptisch gegenüber den Aussichten für Fortschritte auf dem Weg zu dauerhaftem Frieden zu sein.“¹⁰³ Wenn auf diesem Weg bleibende ‚Wahrheiten‘ zementiert werden, stellt sich tatsächlich nicht mehr das ‚Warum‘, sondern nur noch das ‚Wie‘ einer auf Machtmaximierung abzielenden Expansionspolitik.

Selbstverständlich spielen Macht und Krieg eine zentrale Rolle in den internationalen Beziehungen. Die Frage sollte aber sein, weshalb dies der Fall ist – und wie dieser Zustand überwunden werden kann. Wie aus der vorigen Auseinandersetzung mit den Zielen und Widersprüchen des imperialen Raumkonzeptes der ‚Group on Grand Strategy‘ deutlich geworden sein sollte, kann hierfür weder eine pauschale Forderung nach einer weiteren Integration in Richtung der ‚Vereinigten Staaten von Europa‘ und noch weniger die Stärkung der Nationalstaaten um den Preis eines ein ‚deutschen Europas‘ eine positive Rolle spielen. Sie sind beides unterschiedliche Spielarten derselben friedenspolitisch verheerenden Interessen europäischer Staaten (und Konzerne¹⁰⁴). Sie zeigen allerdings auch, dass augenscheinlich kein einheitliches europäisches Expansionsinteresse existiert. Vielmehr gibt es unterschiedliche Stoßrichtungen und Schwerpunkte, aus denen sich die Widersprüche und Realitäten der EU-Politik erklären lassen.

Diese Zusammenhänge müssen genauer herausgearbeitet werden, indem die Methoden und Ideologien, die diese geostrategischen Expansionsbemühungen verschleiern bzw. legitimieren, mithilfe einer ‚kritischen Geopolitik‘¹⁰⁵ aufgezeigt und entlarvt werden: „Ziel ist es, die ideologische Substanz der Rechtfertigungen von Weltpolitik aufzudecken und die Bindung an die Interessen bestimmter Akteure zu dokumentieren. Indem Geopolitik als soziales Phänomen aufgefasst wird, ‚verliert die Geopolitik ihren Status als Prophetin einer gleichsam naturgegebenen Wahrheit. Sie wird umgekehrt als eine diskursive Praxis aufgefasst, mit deren Hilfe die scheinbar natürliche räumliche Ordnung der internationalen Politik erst (re-)produziert wird“,“¹⁰⁶

Anmerkungen

- 1 Geostrategie und Geopolitik spielten zwar nicht auf EU-Ebene, durchaus aber in einigen Einzelstaaten – insbesondere in Frankreich und Großbritannien – auch während des Kalten Krieges eine wichtige Rolle. In Deutschland waren sie jedoch insbesondere aufgrund der von Karl Haushofer 1924 gegründeten ‚Zeitschrift für Geopolitik‘, die zu einem Propagandaorgan der nationalsozialistischen Ideologie wurde, diskreditiert. Vgl. Wikipedia: Geopolitik.
- 2 Guérot, Ulrike/Witt, Andrea: Europas neue Geostrategie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (B 17/2004), S. 6-12, S. 6f.
- 3 Vgl. Bieling, Hans-Jürgen: Die Globalisierungs- und Weltordnungspolitik der Europäischen Union, Wiesbaden 2010, S. 53.
- 4 Europäische Sicherheitsstrategie: Ein sicheres Europa in einer besseren Welt, Dezember 2003; Institute for Security Studies (Hg.): European Defence - A Proposal for a White Paper, Report of an independent Task Force, Paris, Mai 2004.
- 5 Vgl. Balogh, István: Crafting a ‚grand design‘: Are Europeans reviving the concept of ‚grand strategy‘?, Group on Grand Strategy, Strategic Snapshot Nr. 1/Juli 2011.
- 6 Die Gruppe hat sich erst im Sommer 2011 offiziell gegründet, ihr Publikationsorgan ‚European Geostrategy‘ (EUGeo: <http://europe-angeostrategie.ideason europe.eu/>) existiert aber bereits seit Längerem, die ersten Veröffentlichungen stammen dort aus dem August 2009.
- 7 So stellt etwa das „Manifest“ (<http://www.grandstrategy.eu/manifest>)

- festo.html) der Gruppe, dem die einzelnen Beiratsmitglieder augenscheinlich zustimmen, eine Zusammenfassung der Positionen der beiden Protagonisten Rogers und Simón dar.
- 8 Rogers, James/Simón, Luis: The new 'long telegram': Why we must re-found European integration, Group on Grand Strategy, Long Telegram No. 1/Sommer 2011, S. 4.
 - 9 Rogers, James: A New Geography of European Power?, Egmont Paper Nr. 42, Januar 2011, S. 12.
 - 10 Group on Grand Strategy: Manifesto: <http://www.grandstrategy.eu/manifesto.html>
 - 11 Guérot/Witt: Europas neue Geostrategie, S. 6.
 - 12 „Je mehr geopolitische Auseinandersetzungen in den Medien weltweit und fast zeitgleich präsent sind, desto bedeutender werden geopolitische Bilder, Karten und Diskurse mit ihrer vergrößernden, komplexitätsreduzierenden Wirkung für die Herstellung von Bündnissen und Massenloyalitäten in den jeweiligen Bevölkerungen.“ (Reuber, Paul/Wolkersdorfer, Günter: Macht, Politik und Raum: <http://www.politische-geographie.de/Docs/PolGeoForschungs-journal.pdf>).
 - 13 Rogers/Simón: The new 'long telegram', S. 3. Vgl. bspw. auch Youngs, Richard: Europe's challenge is to shake-off inertia before it becomes paralysis, in: Europe's World (Spring 2011). Vgl. für eine der wenigen Gegenpositionen Delpech, Thérèse: The Decline of the West, New York Times, 21.12.2009.
 - 14 Rogers, James/Simón, Luis: The top ten geopolitical events of the last decade, EUGeo, 05.01.2011.
 - 15 Rogers/Simón: The new 'long telegram', S. 3f.; vgl. auch Simón, Luis/Rogers, James: British Geostrategy for a new European Age, RUSI Journal, April/May 2011, Vol. 156, No. 2, S. 52-58, S. 52.
 - 16 Rogers: A New Geography of European Power?, S. 22.
 - 17 Vgl. etwa Kagan, Robert: Die Demokratie und ihre Feinde, Bonn 2008; Busse, Nikolaus: Entmachtung des Westens: die neue Ordnung der Welt, Berlin 2009; Wijk, Rob de: The consequences for Europe of the global crisis, in: Europe's World, Autumn 2009. Vgl. hierzu ausführlich Wagner, Jürgen: Metamorphose der Geopolitik: Westlicher Vormachtanspruch und der drohende Neue Kalte Krieg, in: IMI (Hg.): Krisenmanagement: „Sicherheitsarchitektur“ im globalen Ausnahmezustand, Tübingen 2010, S. 5-14.
 - 18 Rogers/Simón: The new 'long telegram', S. 6.
 - 19 Rogers, James/Simón, Luis: Forecasting the next decade, EUGeo, 06.01.2010.
 - 20 Rogers/Simón: The new 'long telegram', S. 4.
 - 21 Group on Grand Strategy: Manifesto: <http://www.grandstrategy.eu/manifesto.html>
 - 22 Group on Grand Strategy: <http://www.grandstrategy.eu/>; vgl. auch das Buch eines Mitglieds im GoGS-Beirat: Biscop, Sven: Europa: strategie voor een wereldmacht, Ghent 2010.
 - 23 Group on Grand Strategy: Manifesto: <http://www.grandstrategy.eu/manifesto.html>
 - 24 Rogers/Simón: The new 'long telegram', S. 2.
 - 25 Book Reviews: Sven Biscop: Europa: strategie voor een wereldmacht, Ghent 2010, European Foreign Affairs Review 15, S. 577-579, S. 578.
 - 26 Toje, Asle: Europe Losing Ground, atlantic-community.org, 22.09.2011.
 - 27 Rogers: A New Geography of European Power?, S. 12.
 - 28 Rogers/Simón: The new 'long telegram', S. 8f.
 - 29 Biscop, Sven/Coelmont, Jo: Europe Deploys Towards a Civil-Military Strategy for CSDP, Egmont Paper 49, Juni 2011, S. 26.
 - 30 Rogers/Simón: The top ten geopolitical events of the last decade.
 - 31 Rogers/Simón: The new 'long telegram', S. 4 und 8. Hervorhebung JW.
 - 32 Rogers: A New Geography of European Power?, S. 4.
 - 33 Vgl. zur Definition europäischer Interessen auch die beiden GoGS-Beiräte Biscop/Coelmont: Europe Deploys Towards a Civil-Military Strategy for CSDP, S. 3.
 - 34 Rogers: A New Geography of European Power?, S. 21.
 - 35 Chalmers Johnson: Der Selbstmord der amerikanischen Demokratie, München 2003.
 - 36 Rogers, James: Mapping the European Union's interests, EUGeo, 18.01.2011.
 - 37 Rogers: A New Geography of European Power?, S. 4.
 - 38 Ebd.
 - 39 Ebd., S. 23.
 - 40 Deutscher Friedensrat: EU-Militärstützpunkte, o.J.: http://www.deutscher-friedensrat.de/materialien_005.htm
 - 41 Rogers, James: From Suez to Shanghai: The European Union and Eurasian Maritime Security, EUISS Occasional Paper Nr. 77, 3/2009; Rogers, James/Simón, Luis: The Status and Location of the Military Installations of the Member States of the European Union and their Potential Role for the European Security and Defence Policy (ESDP), Policy Department External Policies, Briefing Paper, February 2009.
 - 42 Rogers/Simón: The Status and Location of the Military Installations of the Member States of the European Union, S. 3.
 - 43 Dieses Zitat stammt aus einer im SEDE von James Rogers verwendeten Powerpoint-Präsentation. Sie kann hier eingesehen werden: <http://www.globalpowereurope.eu/>
 - 44 Rogers/Simón: The Status and Location of the Military Installations of the Member States of the European Union, S. 5.
 - 45 Ebd., S. 26.
 - 46 Auch dieses Zitat ist der oben erwähnten Powerpoint-Präsentation entnommen.
 - 47 Balogh: Crafting a 'grand design', S. 3f.
 - 48 Ebd., S. 2.
 - 49 Auffällig ist etwa, wie weit sich die GoGS-Positionen mit denen decken, die im derzeit wohl wichtigsten Sammelband zur Zukunft der EU-Militärpolitik vertreten werden. Vgl. Vasconcelos, Álvaro de (Hg.): Perspektiven für die europäische Verteidigung 2020, Institut für Sicherheitsstudien, Paris, Mai 2011.
 - 50 Balogh: Crafting a 'grand design', S. 5.
 - 51 Rogers, James: A diagram of European 'grand strategy', EUGeo, 14.09.2011.
 - 52 Whitney, Nick: Re-energising Europe's Security and Defence Policy, ECRF Policy Paper, Juli 2008.
 - 53 Helbig, Robert: Beyond Pooling and Sharing: Open Europe's Markets, <http://www.atlantic-community.org>, 15.09.2011.
 - 54 Vgl. bspw. Vasconcelos: Perspektiven für die europäische Verteidigung 2020.
 - 55 Ein anderer wichtiger Faktor dürfte die Skepsis der Bevölkerung sowohl gegenüber ausufernden Militäreinsätzen als auch gegenüber substanziellen Erhöhungen der EU-Rüstungsausgaben sein (de facto wird mehrheitlich eine drastische Reduzierung befürwortet).
 - 56 Rogers, James/Simón, Luis: After Libya: Consequences, futures and options, EUGeo, 19.09.2011.
 - 57 So dürften Frankreich und Großbritannien auch kaum der Forderung von Rogers und Simón nachkommen, für die Umsetzung einer maritimen Geostrategie ihre ausländischen Militärbasen der Europäischen Union zu überschreiben, solange sie Sorge haben, dass dadurch ihre Interessen negativ betroffen werden könnten.
 - 58 Rogers/Simón: The new 'long telegram', S. 3.
 - 59 Vgl. zu Coopers Rolle und Einfluss Foley, Frank: Between Force and Legitimacy: the Worldview of Robert Cooper, EUI-RSCAS Working Paper 2007/09.
 - 60 Leonard, Mark: Why Europe will run the 21st Century, New York 2005.
 - 61 Vgl. Posener, Alan: Imperium der Zukunft. Warum Europa Welt-

- macht werden muss, München 2007; Zielonka, Jan: Europe as Empire: The Nature of the Enlarged European Union, New York 2006; Münkler, Herfried: Imperien. Die Logik der Weltherrschaft, Bonn 2005; Cooper, Robert: The Breaking of Nations: Order and Chaos in the Twenty-First Century, London 2003.
- 62 „Dimensionen eines Imperiums“, Interview mit José Manuel Barroso, Die Welt, 17.10.2007.
- 63 Europäische Nachbarschaftspolitik: Strategiepapier, Mitteilung der Kommission, Brüssel, den 12.5.2004, KOM(2004) 373 endgültig.
- 64 Posener: Imperium der Zukunft, S. 101.
- 65 Renard, Thomas: Libya and the Post-American World: Implications for the EU, Egmont Security Policy Brief Nr. 20, April 2011, S. 5; vgl. auch Simón/Rogers: British Geostrategy for a new European Age, S. 56; Biscop/Coilmont: Europe Deploys, S. 21.
- 66 Posener: Imperium der Zukunft, S. 217.
- 67 Rogers, James: After Egypt: towards a geopolitics of democracy?, EUGeo, 13.02.2011.
- 68 Vgl. Wagner, Jürgen: Libyen-Krieg: Die Machtfrage ins Ausland verlagern, IMI-Studie 2011/04.
- 69 Rogers/Simón: After Libya: Consequences, futures and options.
- 70 Biscop, Sven: Mayhem in the Mediterranean: Three Strategic Lessons for Europe, Egmont Security Policy Brief Nr. 19, April 2011, S. 7.
- 71 Vgl. zur verdeckten deutschen Kriegsunterstützung Pflüger, Tobias: Der Krieg nebenan, der niemanden interessiert, IMI-Analyse 2011/035.
- 72 Wie es zu dem deutschen Jein kam, Spiegel Online, 22.03.2011.
- 73 Simón, Luis: The politics behind Europe's Libya split, EUGeo, 22.03.2011.
- 74 Rogers/Simón: After Libya: Consequences, futures and options.
- 75 Rogers/Simón: The top ten geopolitical events of the last decade.
- 76 Schwarz, Peter: Der Krieg in Libyen und die Krise der Europäischen Union, World Socialist Web Site, 14.05.2011.
- 77 „Die deutsche Wirtschaft hat von der Einführung des Euro in hohem Maße profitiert. Die deutschen Exporte haben sich zwischen 1990 – dem Jahr der Wiedervereinigung – und 2008 fast verdreifacht: von 348 auf 984 Milliarden Euro. Auch die Importe sind stark gestiegen: von 293 auf 806 Milliarden Euro. [...] Die Folge war ein starker Anstieg der wirtschaftlichen Ungleichgewichte in Europa. Während Deutschland steigende Außenhandelsüberschüsse erzielte, wuchsen in Frankreich und England die Defizite. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt erzielte Deutschland 2008 einen Außenhandelsüberschuss von 7,1 Prozent. Frankreich wies dagegen ein Defizit von 3,5 Prozent aus, England von 6,6 Prozent und Polen von 6,8 Prozent.“ (vgl. ebd.).
- 78 Verantwortlich sind insbesondere auch die maßgeblich von Deutschland durchgedrückten Euro-Stabilitätskriterien: „Die europäische Gemeinschaftswährung nahm den Euro-Ländern, die dieser deutschen Exportoffensive ausgesetzt waren, die Möglichkeit, mittels einer Währungsabwertung die Konkurrenzfähigkeit ihrer Wirtschaft wiederherzustellen. Das daraus erwachsene enorme ökonomische Ungleichgewicht zeigt sich drastisch an dem Pleitekandidat Griechenland, der in 2008 deutsche Waren im Wert von 8,3 Milliarden Euro einfuhrte, während die Exporte sich lediglich auf 1,9 Milliarden Euro summierten.“ (Konicz, Tomasz: Pleite made in BRD, junge Welt, 09.02.2009).
- 79 Beck, Ulrich: Deutscher Euro-Nationalismus, Berliner Zeitung, 03.10.2010.
- 80 Rinke, Andreas: Die EU-Kanzlerin. Angela Merkel überträgt ihren Regierungsstil auf die europäische Ebene, Internationale Politik 1/2011 (Online).
- 81 Guérot, Guerot/Leonard, Mark: Die neue Deutsche Frage: Welches Deutschland braucht Europa?, ECFR Policy Brief, April 2011, S. 5.
- 82 Vgl. Hellmann, Günther: Normativ nachrüsten. Deutschlands neue Rolle in der Welt und wie sie zu gestalten wäre, in: Internationale Politik, Oktober 2010.
- 83 Zeihan, Peter: Germany: Mitteleuropa Redux, Stratfor, 16.03.2010.
- 84 Auch für diese Entscheidung spielten aber natürlich machtpolitische Erwägungen – insbesondere die Ablehnung des US-Vormachtsanspruchs – die wesentliche Rolle und nicht etwa ein pazifistischer Impuls.
- 85 Zit. nach Cremer, Uli: Komplexes Gemisch: Die westlichen Mächte und der Libyen-Krieg, in: Wissenschaft & Frieden 4/2011.
- 86 Schwarz: Der Krieg in Libyen und die Krise der Europäischen Union.
- 87 Vgl. etwa Verteidigungspakt besiegelt, taz, 03.11.2010.
- 88 Cremer: Komplexes Gemisch; vgl. auch Libya Highlights Europe's Defense Dilemma, The Wall Street Journal Europe, 02.11.2011. Zwar weisen einige Beobachter darauf hin, dass sich die Zusammenarbeit auch positiv für die EU-Militarisierung auswirken könnte, dies dürfte aber – wenn überhaupt – allenfalls mittel- bis langfristig der Fall sein. Vgl. Jones, Ben: Franco-British military cooperation: a new engine for European defence? Occasional Paper - n°88, February 2011.
- 89 Cremer: Komplexes Gemisch.
- 90 Der erste Alleingang, german-foreign-policy.com, 22.03.2011.
- 91 Rogers/Simón: After Libya: Consequences, futures and options.
- 92 Balogh: Crafting a 'grand design', S. 5.
- 93 Algeri, Franco/Emmanouilidis, Janis/Maruhn, Roman: Europas Zukunft – Fünf EU-Szenarien, Centrum für angewandte Politikforschung, München 2003, S. 13f.
- 94 Rogers/Simón: The new 'long telegram', S. 6.
- 95 Zeihan, Peter: Europe: The New Plan, Stratfor, 21.12.2010.
- 96 Russia calls on EU to halt talks on Caspian gas pipeline, Reuters, 13.11.2011.
- 97 Vgl. Seifert, Andreas: Meer erleben. Chinas Armada auf dem Weg ins 21. Jahrhundert, IMI-Studie 2009/015.
- 98 Rogers: A New Geography of European Power?, S. 1.
- 99 Rogers, James: Towards a "Greater Europe"?, 05.03.2008: <http://www.globalpowereurope.eu/2008/03/towards-greater-europe.html> (18.03.2008).
- 100 Rogers: A New Geography of European Power?, S. 25.
- 101 Münkler: Imperien, S. 241.
- 102 Gray, Colin S./Payne, Keith: Sieg ist möglich, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 12/1980.
- 103 Rogers: A New Geography of European Power?, S. 7.
- 104 Vgl. zum Einfluss von Wirtschaftsinteressen auf den EU-Expansionsprozess Hofbauer, Hannes: EU-Osterweiterung. Historische Basis - ökonomische Triebkräfte - soziale Folgen, Wien 2007; Binus, Gretchen: Europäische Union: Konzernentwicklung und EU-Außenpolitik, Die Linke im Bundestag, Juni 2010; Bieling: Die Globalisierungs- und Weltordnungspolitik der Europäischen Union, S. 79.
- 105 Der Begriff beschreibt eine eigene Forschungsdisziplin, die sich aber bislang vor allem auf die Kritik an der US-Geopolitik konzentriert. Als Standardwerk gilt Tuathail, Gearóid Ó: Critical Geopolitics: The Politics of Writing Global Space. Minneapolis 1996.
- 106 Helmig, Jan: Geopolitik - Annäherung an ein schwieriges Konzept, Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ 20-21/2007), S. 31-37. Das Zitat stammt von Klaus Kost, Begriffe und Macht. Die Funktion der Geopolitik als Ideologie, in: Geographische Zeitschrift, 74 (1986), S. 14-33.

Ägypten

Revolution und Putsch vom Sicherheitssektor her gedacht

von Christoph Marischka

Zur so genannten Gewaltfreiheit der Revolutionen¹

Häufig werden die Revolutionen bzw. ihre Ansätze in Tunesien und Ägypten als „gewaltfrei“ bezeichnet. Dies geschieht in völlig berechtigter Absicht, das besonnene Vorgehen der protestierenden Massen, das viele Charakteristika und Elemente der „gewaltfreien Aktion“ aufgriff oder zumindest widerspiegelte, zu unterstreichen. Es besteht dabei jedoch erstens die Gefahr, die Proteste in Tunesien und Ägypten als bloße Anwendung westlich-friedensbewegter Konzepte für den gewaltfreien Umsturz bzw. die Zivile Verteidigung zu beschreiben und ihrer genuinen Dynamik und Kreativität zu berauben. V.a. besteht damit aber zweitens die Gefahr, die Gewalt, die sich dem Wandel entgegenstellte, die alleine in Ägypten über 800 Todesopfer forderte und letztlich auch den Wandel moderierte, zu negieren. Hier drohen auch Teile der Friedensbewegung die irreführende Unterscheidung von „Violence“ (Gewalt) und „Force“ (Zwang) zu adaptieren, auf die Bruno Charbonneau in seiner Auseinandersetzung mit früherem Kolonialismus und heutigem „Peacekeeping“ hingewiesen hat.² Tatsächlich taucht „Gewalt“ in westlichen Strategiepapieren und zunehmend auch im öffentlichen Diskurs fast nur noch als eine Bedrohung durch eine als überflüssig bzw. überschüssig kategorisierte meist männliche und jugendliche Bevölkerung auf, die per Definition illegitim, irrational und ineffektiv ist. Demgegenüber üben multinationale, staatliche oder substaatliche „Sicherheitskräfte“ „Zwang“ aus, um „öffentliche Ordnung“ herzustellen oder aufrecht zu erhalten. Dabei wird die diesem Zwang innewohnende Gewalt negiert, als „verhältnismäßig“, legitim, rational und effizient beschrieben. Damit erklärt sich in einem gewissen Maße, warum selbst die kritischere Friedensforschung zwar sporadische Ausschreitungen und (damit) auch eine vermeintliche „Überbevölkerung“ als konfliktträchtig wahrnimmt, bewaffnete Verbände jedoch oft bereits dann nicht mehr, sobald diese auch nur formal in die staatlichen Sicherheitsstrukturen eingegliedert sind oder wurden. Entsprechend erfährt die Unterstützung für diese staatlichen und multinationalen Sicherheitskräfte (Force) zur Eindämmung von Gewalt (Violence) einen überraschend großen Zuspruch, scheint sie geradezu zur dominanten Strategie der „Konfliktbearbeitung“ zu werden.

Insbesondere während des Aufstandes in Ägypten sind jedoch sowohl die Legitimität als auch die Rationalität des Handelns der Sicherheitskräfte in der öffentlichen Wahrnehmung zusammengebrochen. Dies sollte jedoch nicht dazu führen, die Gewalt als Ganzes zu negieren, sondern die gängige Unterscheidung zwischen „Violence“ und „Force“ in Frage zu stellen und zu realisieren, dass Gewalt nicht in erster Linie von jungen Arabern droht, sondern von denjenigen Institutionen, die weltweit aufgebaut, unterhalten, finanziert und trainiert werden, um Gewalt auszuüben. Das Verhalten von Militär, Polizei und Geheimdiensten hat im Verlauf jedes Aufstandes im so genannten „arabischen Raum“ eine entscheidende Rolle gespielt. Diesem Beitrag liegt die Annahme zugrunde, dass sich gerade das Verhalten der „Sicherheitskräfte“ in unterschiedlichem Ausmaß aber nie vollkommen unabhängig von internationaler Einflussnahme erklären lässt, die sich auf der Grundlage so genannter „Sicherheitskooperationen“

vollzog. Es wird daher im Folgenden zunächst ein Überblick über die globalen Sicherheitskooperationen im Nord-Süd-Verhältnis gegeben werden, um diese dann in Hinblick auf Ägypten genauer zu analysieren.

Gewaltexport und „Peacekeeping“

Sicherheitskooperation in den Nord-Süd-Beziehungen lässt sich als Gewaltexport verstehen. Die strukturelle Gewalt, die diesen Beziehungen zugrunde liegt, wurde hinsichtlich des Mittelmeerraumes bislang von den Goldenen Zitronen am besten auf den Punkt gebracht: „Über Euer Scheiß Mittelmeer/ käm ich wenn ich ein Turnschuh wär/ oder irgend so ‚nen Flachbild-Scheiß/ ich hätte wenigstens ‚nen Preis“: Wir leben in einem Weltsystem, das dem Kapital, Rohstoffen und Waren Rechte garantiert, die der Bevölkerung zugleich vorenthalten werden. Diese Bevölkerung wird somit effektiv enteignet, während sich die Reichtümer in den Metropolen des globalen Nordens akkumulieren. Dies wiederum produziert kontinuierlich und zwangsläufig Konflikte im globalen Süden, die es einzudämmen gilt.

Das unpräziseste und flächendeckendste Instrument dieses Krisenmanagements besteht in der Entsendung von „Peacekeepern“, die zumeist selbst aus dem globalen Süden stammend und vom UN-Sicherheitsrat mit dem „unmöglichen Mandat“ zur notdürftigen „Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung“ beauftragt werden.³ Der globale Norden trägt zwar die finanzielle Hauptlast dieser Einsätze, beteiligt sich aber ansonsten allenfalls auf der Kommandoebene sowie durch Ausbildung und Logistik.

Als Hilfe zum „Kapazitätsaufbau“ und sicherlich auch als Belohnung an die truppenstellenden Staaten riefen die G8 auf ihrem Gipfel 2004 in Sea Island die „Global Peace Operations Initiative“ (GPOI) ins Leben, in deren Rahmen zunächst 75.000 Soldaten von den USA für „Peacekeeping“-Einsätze ausgebildet und ausgerüstet werden sollten. Im Oktober 2010 wurde dieses Ziel bereits mit 140.000 ausgebildeten Soldaten weit überschritten.⁴ Gleichzeitig hierzu wurden, ebenfalls im Rahmen der G8-Initiative, am „Center of Excellence for Stability Police Units (CoESPU)“ im italienischen Vicenza 3.000 Polizeiausbilder aus Drittstaaten von der italienischen Gendarmerie fortgebildet, um in ihren Heimatländern robuste Polizeieinheiten nach dem Vorbild der „European Gendarmerie Force“ aufzubauen. Unterstützt werden sie dabei von „Mobile Assistance Teams“ (MATs), welche die Länder des globalen Südens bereisen, auf der Suche nach Polizeikräften, die zu Gendarmen für „internationale Friedenseinsätze“ aufgerüstet werden könnten. Die Ausbildung von Gendarmeriekräften in Vicenza konzentrierte sich zunächst auf Ausbilder aus Indien, Jordanien, Kenia, Marokko, Senegal und Kamerun.⁵

Ganz unabhängig davon, wie man zum UN-„Peacekeeping“ generell und zu den einzelnen Einsätzen in Haiti, Kongo, Sudan, Somalia usw. stehen mag, muss man zur Kenntnis nehmen, dass hier Polizei- und Militärkräfte für Staaten ausgebildet werden, die zumeist nicht als lupenreine Demokratien gelten können. Erinnert sei hier nur an die Räumung von Slums in Indien, die schweren Unruhen nach den Wahlfälschungen in Kenia 2007, die völkerrechtswidrige Besatzung der Westsahara durch Marokko usw., bei denen die in Europa ausgebildeten „Sicherheitskräfte“ zum Einsatz gekommen sein könnten. Denn auch wenn ihre Ausbildung vorrangig den Einsatz in Drittstaaten ermöglichen soll, so ist deren Einsatz gegen die heimische Opposition damit keineswegs ausgeschlossen. Über die am COESPU ausgebilde-

ten Trainer sind keine genaueren Statistiken verfügbar, von den bis 2008 durch die USA im Rahmen von GPOI ausgebildeten und ausgerüsteten 39.518 Soldaten waren zu diesem Zeitpunkt lediglich gut die Hälfte in Drittstaaten – darunter auch Afghanistan – im Einsatz, 17.522 von ihnen versahen ihren Dienst im Heimatland.⁶

Sicherheitssektorreformen

Als vermeintlich präziseres Instrument und häufig parallel zu UN-Peacekeeping-Missionen werden so genannte Sicherheitssektorreformen durchgeführt. Unter dem Sicherheitssektor werden dabei die verschiedenen staatlichen Institutionen von der Justiz über die Geheimdienste und die Polizei bis hin zum Militär, sowie häufig irreguläre Kräfte, die in diese integriert werden sollen, verstanden, und damit auch die Gesetze, die beispielsweise die parlamentarische Kontrolle, die Rekrutierung und Besoldung sowie die Militärjustiz regeln. Die Reformen des Sicherheitssektors unter internationaler Aufsicht sind in den vergangenen 15 Jahren immer stärker in den Mittelpunkt dessen gerückt, was unter den Begriffen des State- oder Nation-Building oder auch des „Wiederaufbaus“ und der „Konfliktnachsorge“ verstanden wird. Entsprechend der Prämisse, dass „ohne Sicherheit keine Entwicklung“ möglich sei (die sich mittlerweile fast ausnahmslos in allen außenpolitischen Dokumenten insbesondere der EU findet), konzentrieren sich die internationalen Bemühungen um die Neugestaltung von Gesellschaften, flankierend zum neoliberalen wirtschaftlichen Umbau, auf diejenigen Institutionen, die befugt sind, „legitime“ Gewalt auszuüben. Obwohl die USA auf jahrzehntelange Erfahrungen mit ähnlichen Praktiken, etwa im Rahmen ihrer „Small Wars“-Doktrin und ihrer Lateinamerika-

politik, zurückgreifen können, stellen Sicherheitssektorreformen eines der wichtigsten außenpolitischen Instrumente der Europäischen Union dar und versucht die EU ihre Kompetenzen in diesem Bereich als außenpolitisches Alleinstellungsmerkmal – beispielsweise innerhalb der NATO – fortzuentwickeln: Bei etwa der Hälfte der 28 bislang durchgeführten GASP/GSVP-Missionen stellte die Reform des Sicherheitssektors oder dessen Unterstützung das zentrale Missionsziel dar. Die EU hat bereits mehreren nordafrikanischen Staaten ihre Hilfe bei der „Reform des Sicherheitssektors“ angeboten. Welche Möglichkeiten internationale Sicherheitskooperation bietet und welche Konsequenzen sie haben kann, soll im Folgenden anhand der Revolten und des Putsches in Ägypten dargestellt werden.

Internationale Polizei- und Militärhilfen für Ägypten

Der mit Abstand einflussreichste ausländische Akteur innerhalb des ägyptischen Sicherheitssektors sind die USA. Eine enge Militärkooperation besteht seit der Unterzeichnung des israelisch-ägyptischen Friedensvertrages im März 1979 als Ergebnis der Camp-David Verhandlungen. Neben den umfangreichen Finanzhilfen der USA an die ägyptischen Streitkräfte, um die es im Folgenden gehen soll, führte dieser Friedensvertrag auch zu einem Zusatzprotokoll, mit dem der Stationierung einer multinationalen Beobachtermission auf der Sinai-Halbinsel zugestimmt wurde. Zwar sind an dieser – im Übrigen nicht vom UN-Sicherheitsrat mandatierten Mission – gegenwärtig zwölf Nationen beteiligt, das größte Kontingent stellen aber seit ihrem Beginn die USA mit zwei Bataillonen (insgesamt etwa 800 Soldaten), gegenwärtig gefolgt von Kolumbien mit 265 Soldaten. Die Tatsache, dass sich die gesamte Sinai-Halbinsel auch während des Aufstands Anfang 2011 de facto unter militärischer Kontrolle der USA befand, hat eine erstaunlich unbedeutende Rolle in der Berichterstattung gespielt – mit Ausnahme der Tatsache, dass es gerade im Zuge dieser Proteste erstmalig eine israelische Genehmigung dafür gab, dass auch das ägyptische Militär zwei Bataillone auf der Sinai-Halbinsel stationieren durfte.⁷

Ebenfalls infolge des israelisch-ägyptischen Friedensvertrages von 1979 leisteten die USA umfangreiche Finanzhilfen in Höhe von insgesamt über 60 Mrd. US\$ an Ägypten. Die jährlichen Beiträge belaufen sich damit auf durchschnittlich etwa 2 Mrd. US\$, von denen je 1,3 Mrd. US\$ als Militärhilfen (foreign military financing, FMF) direkt an die ägyptischen Streitkräfte flossen. Die übrigen Summen gingen als ökonomische Hilfen direkt in den ägyptischen Haushalt ein, wurden jedoch seit 1998 jährlich um 40 Mio. US\$ reduziert, womit sich die Finanzhilfen zuletzt fast ausschließlich auf das Militär beschränkten.⁸ Neben Israel erhielt Ägypten damit weltweit die umfangreichsten FMF und 25% der von den USA insgesamt bereitgestellten FMF. Schätzungen des US-Rechnungshofes (GAO) zufolge speist sich der ägyptische Rüstungshaushalt zu 80% aus den FMF-Geldern, entsprechend wird der Löwenanteil an Waffenkäufen, Wartungs- und Ausbildungsverträgen für die ägyptische Armee direkt mit US-amerikanischem Geld bei US-amerikanischen Anbietern abgeschlossen. Diese „Modernisierung“ (vom für Ägypten zuständigen Central Command der US-Army, CentCom, als Verhältnis zwischen dem Einsatz US-amerikanischer und aus der ehemaligen Sowjetunion stammenden Waffen operationalisiert) ist eines der erklärten Ziele der milliardenschweren Militärkooperation. Als weitere spezifische Ziele der FMF für Ägypten wurden mehrfach explizit benannt: (1) die Wahrung des „Friedens“ mit Israel, (2) ein privilegierter und ggf. eskort-



Demonstrant fordert Verfahren gegen Ex-Präsident Mubarak und Ex-Innenminister Al-Adly; Foto: Gaby Osman.



Kadett Bennett Holcomb besuchte den Sommer über, gemeinsam mit 16 andere Kadetten, einen Sprachkurs, gefördert von der Arabischen Sektion des „Department of Foreign Languages“. Bei einem weiteren Aufenthalt im Januar diesen Jahres fand sich Holcomb gemeinsam mit sieben Kollegen inmitten der Revolution wieder.

Foto: Courtesy photo, www.army.mil.

tierter Zugang zum Suez-Kanal sowie (3) die für US-Militäroperationen im Nahen und Mittleren Osten essentielle Gewährung von Überflugrechten. Als grundsätzliche Ziele der FMF werden vom GAO zusätzlich die Förderung der eigenen rüstungsindustriellen Basis und der Ziele der USA im „Krieg gegen den Terror“ und bei der „Bearbeitung“ regionaler Konflikte, eine Verbesserung der Interoperabilität und damit einhergehend Fähigkeiten zur Teilnahme an (gemeinsamen) „Peacekeeping“-Einsätzen genannt. Als Beispiele für die Realisierung dieser Ziele werden 36.553 Überfluggenehmigungen zwischen 2001 und 2005, 861 eskortierte Passagen der US-Marine durch den Suez-Kanal, die ägyptische Beteiligung an der Ausbildung irakischer Sicherheitskräfte, an der ISAF-Mission und an der UN-Mission in Darfur angeführt.⁹

Die Unterstützungsleistungen im Rahmen der FMF werden über das „Office of Military Cooperation“ (OMC) in Kairo beantragt und genehmigt, welches als Schnittstelle der US-Botschaft in Ägypten und dem CentCom – also auch des Außen- und Verteidigungsministeriums – fungiert. Obwohl die Entscheidungskompetenz auf ägyptischer Seite „nahezu ausschließlich“¹⁰ beim Verteidigungsminister persönlich – und damit seit 1991 beim heutigen Vorsitzenden des regierenden Obersten Militärrats – liegt, erfordert und ermöglicht die konkrete Durchführung von Ausrüstungs-, Wartungs- und Ausbildungsvorhaben auch eine enge Zusammenarbeit zwischen den Mitarbeitern des OMC und den verschiedenen ägyptischen Teilstreitkräften, Sondereinheiten und Ausbildungseinrichtungen und damit persönliche Kontakte bis in die unteren Offiziersränge.

Das OMC ist gemeinsam mit dem CentCom auch verantwortlich für die Planung der gemeinsamen Manöver „Bright Star“ und „Eagle Salute“. Bright Star ist eine Übung der Land-, Luft- und Seestreitkräfte, die seit 1981 alle zwei Jahre über mehrere Monate verteilt sowohl in den USA, als auch in Ägypten stattfindet. Am Manöver 2009/2010 nahmen neben den USA und Ägypten Ein-

heiten aus Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien und Griechenland sowie Pakistan, Türkei, Jordanien und Kuwait teil. Im US-amerikanischen Fort Bragg wurde dabei ein gemeinsamer Einsatz deutscher, ägyptischer, pakistanischer und kuwaitischer Fallschirmjäger geprobt, bevor anschließend nahe Alexandria in Ägypten ein gemeinsamer Angriff US-amerikanischer, ägyptischer, pakistanischer und kuwaitischer Marinesoldaten von der See aus simuliert wurde. Zudem übten US-amerikanische, pakistanische und ägyptische Einheiten auch den gemeinsamen Einsatz in „urbanem Gelände“.

Am seit 1991 meist im Roten Meer stattfindenden Manöver „Eagle Salute“ hingegen nehmen nur die Seestreitkräfte der USA und Ägyptens teil. Es werden sowohl kriegerische Szenarien wie seegestützte Angriffe auf ägyptische Marinebasen oder der Kampf gegen U-Boote geprobt, als auch Überwachungsmaßnahmen, wie sie seit Beginn des Manövers etwa im Mittelmeer und am Horn von Afrika zur Routineaufgabe geworden sind: Das Umleiten, Anhalten und Durchsuchen „verdächtiger“ Schiffe wurde im Rahmen von „Eagle Salute“ zunächst im Zusammehnhang mit der Drogenbekämpfung, später dann im Rahmen des „Krieges gegen den Terror“ geübt. Der Mehrwert solcher Übungen für die beteiligten Parteien liegt auf der Hand: Die ägyptische Armee profitiert von den modernsten Übungs- und Ausbildungstechnologien (wenn etwa die USA ferngesteuerte U-Boot-Simulatoren zur Verfügung stellen) und kann sich für mögliche Anschaffungen ein aktuelles Bild der Rüstungstechnologien verschaffen. Die USA hingegen gewinnen so einerseits ein stets aktuelles Bild über Ausrüstung und Fähigkeiten der ägyptischen Streitkräfte und können zugleich ihre Vorstellungen, wie etwa das Rote Meer und damit auch der Suezkanal militärisch gesichert und überwacht werden soll, vermitteln. Zugleich werden mit solchen Manövern die Voraussetzungen für gemeinsame Einsätze und die Bildung so genannter „Koalitionen der Willigen“ geschaffen. Auch die in diesem Rahmen entstehenden persönlichen Kontakte und



Protest gegen den Armeechef, Foto: Gaby Osman.

Einsichten in die jeweils andere Führungskultur und -struktur¹¹ können ihren Nutzen beweisen.

Vergleichbare Ziele verfolgt auch das IMET-Programm (International Military Education and Training) der US-Army, welches Soldaten „befreundeter und alliierter Nationen“ die Aus- und Fortbildung an etwa 150 Militäreinrichtungen in den USA ermöglichen soll. Als Teil der Militärhilfe im Ausland soll dies die verbündeten Armeen unterstützen und u.a. Wissen im Umgang mit US-amerikanischer Waffentechnologie vermitteln. Vor allem aber sollen die ausländischen Soldaten mit dem „professionellen, militärischen Establishment“ und dem „American Way of Life“ bekannt gemacht werden¹² und so u.a. zur Entwicklung von Kommunikationsnetzwerken beitragen.¹³ Entsprechend veröffentlichte der Christian Science Monitor, eine im Bereich der US-Außenpolitik gut informierte Zeitung, am 3. Februar 2011 einen redaktionellen Kommentar unter dem Titel „Amerikas beste Agenten in Kairo – in den USA trainierte ägyptische Offiziere“. Darin heißt es: „Amerikas größte Hoffnung auf Demokratie in Ägypten und den Sturz des Präsidenten Hosni Mubarak könnten nicht die Demonstranten auf den Straßen sein, sondern Offiziere mittleren Ranges in der ägyptischen Armee. Tausende von ihnen erhielten offiziell Ausbildung und Training in den USA, wobei sie mit den Werten einer demokratischen Gesellschaft in Kontakt kamen, wie der demokratischen Kontrolle der Streitkräfte.“¹⁴ Tatsächlich erhielt Ägypten in den vergangenen Jahren eine der umfangreichsten Finanzierungen aus dem IMET-Programm, 2009 waren es 1.9 Mio. Euro, was USA-Aufenthalte von etwa jährlich zwei Mal 800 ägyptischen Soldaten ermöglichte. Lediglich Polen, die Tschechische Republik, Irak, Libanon, Tunesien und Pakistan erhielten mehr. Spitzenreiter mit 5 Mio. Euro war Pakistan. Doch kultureller Austausch ist keine Einbahnstraße: Auch die US-Army unterhält mehrere „Study Abroad“-Programme, die vornehmlich dem Spracherwerb dienen sollen. Als im Zuge der Anschläge vom 11.9.2001 der Bedarf an arabischen Sprachkur-

sen sich nahezu verdreifachte, war es neben Marokko, Jordanien und Bahrain insbesondere die ägyptische Armee, die zusätzliche Ausbildungskapazitäten an ihren militärischen Schulungseinrichtungen bereitstellte. Etwa 25 bis 30 US-amerikanische Kadetten hielten sich noch zu Beginn der Aufstände in Ägypten auf und berichteten teils auf Blogs und privaten Internetseiten von den Vorgängen auf der Straße. Ob sie dabei irgendwelchen Weisungen durch ihre Vorgesetzten unterlagen, ist unklar. Die Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit der West Point Militärakademie veröffentlichte selbst einen Artikel hierzu unter dem Titel „Eine Revolution miterleben: West Point Kadetten werden in Ägypten Zeugen der Geschichte“.¹⁵

Internationale Machtverhältnisse im ägyptischen Sicherheitsapparat

Exakt dieselbe Zielsetzung wie das IMET-Programm verfolgt auch die Militärische Ausbildungshilfe (MAH) der deutschen Bundeswehr, wobei die Auswahl der Partnerländer „im Einklang mit den außen- und sicherheitspolitischen Interessen der Bundesregierung“ erfolgt und auch das Ziel verfolgt, „die Bundeswehr bei ihren weltweiten Einsätzen zu unterstützen. Hierzu zählt z. B. die AH an Einsatzländer der Bundeswehr zur Absicherung der Gewährung von Stationierungs-, Überflug- sowie Hafennutzungsrechten oder zur Unterstützung von ‚Exit-Strategien‘ der Bundeswehr“. Den Schwerpunkt der MAH verortet die Bundesregierung selbst „in Afrika“ - womit v.a. kleinere Staaten südlich der Sahara gemeint sind.¹⁶ Die 25 ägyptischen Soldaten, die 2010 in Deutschland aus- und fortgebildet wurden, nehmen sich gegenüber den intensiven Kontakten zwischen den ägyptischen und US-amerikanischen Streitkräften eher bescheiden aus. Überhaupt leisten sich in Westeuropa nur Frankreich und Großbritannien im Umfang vergleichbare nationale Programme zur Militärkooperation (ein Großteil der übrigen findet im NATO-Rahmen statt), überwiegend in ihren ehemaligen Kolonien, während insbesondere Deutschland hingegen v.a. auf die polizeiliche Zusammenarbeit setzt. Gerade der Umsturz in Ägypten jedoch beweist, dass diese nicht minder problematisch ist. So führten Beamte des Bundeskriminalamts noch vom 24. bis 28. Oktober 2010 in Kairo im Rahmen der Ausbildungs- und Ausbildungshilfe einen Lehrgang „Open Source Internetauswertung im Bereich der Bekämpfung des Internationalen Terrorismus“ durch, 2008 wurden vom BKA mehrere Lehrgänge für Sondereinheiten über das Verhalten bei Geiselnahmen durchgeführt. Vier ägyptische Polizeibeamte nahmen zudem im Zeitraum von 1999 bis 2007 am Stipendiatenprogramm des BKA teil. Zwischen 2005 und 2009 erhielt Ägypten (ebenso wie Algerien, Tunesien, Jordanien und der Jemen) „Ausstattungshilfe in Form von Führungs- und Einsatzmitteln, Kriminaltechnik, Kraftfahrzeugen sowie IT-Technik und Büroausstattung“ - kein Zweifel, dass zahlreiche der hierbei vermittelten und zur Verfügung gestellten Techniken auch bei der Repression gegen den Aufstand zum Einsatz kamen.¹⁷

Streng ökonomisch gedacht, begünstigten damit die Bundesregierung und andere westeuropäische Staaten eine Machtverschiebung im ägyptischen Sicherheitssektor, welcher die USA entgegenwirkte: Die Regierung Mubarak setzte zu ihrem Machterhalt seit den 1990er Jahren zunehmend auf die Behörden der Inneren Sicherheit. Polizei und Geheimdienste, die dem Innenministerium oder direkt dem Präsidenten unterstanden, wurden personell und finanziell ausgebaut, während zugleich im Militär ein deutlicher Personalabbau und eine deutlich geringere Zunahme des Wehretats stattfand. Hintergrund war u.a. das

brutale, repressive Vorgehen von Polizei und Geheimdiensten gegen die Muslimbruderschaft und andere islami(sti)sche Gruppen, von dem sich das Militär mehrfach distanzierte.¹⁸ Hinzu kamen in den letzten Jahren verstärkte Differenzen über Mubaraks Nachfolge und wirtschaftspolitische Ausrichtung. Während Hosni Mubarak seinen Sohn Gamal, der keine militärische Karriere vorzuweisen hatte, als Nachfolger installieren wollte, hätte das Militär lieber an der Tradition festgehalten, einen Präsidenten aus den eigenen Reihen zu stellen. Zugleich stand Gamal Mubarak für eine neoliberale und für internationales Kapital geöffnete Wirtschaftspolitik, welche zunehmend in Konflikt mit den wirtschaftlichen Interessen der Militärführung geriet. Diese, in den Worten Murat Çakırs „mit ihren weitgehenden wirtschaftlichen und rechtlichen Privilegien“ zum „uniformierten Kapitalisten mutiert“,¹⁹ konnte zwar zunächst von der Privatisierung öffentlichen Eigentums profitieren, sah sich aber zunehmend dem Konkurrenzdruck durch internationale Investoren ausgeliefert – eine Schwächung, die durchaus auch im Interesse Gamal Mubaraks gelegen haben kann. Die USA hingegen haben ihre ökonomischen Hilfen reduziert und zuletzt nahezu ausschließlich an das ägyptische Verteidigungsministerium ausbezahlt – verbunden mit Kritik an der harten Repression gegen die Opposition und der Forderung nach einer (sicherlich begrenzten) Demokratisierung. Es mag der herkömmlichen antiimperialistischen Sichtweise widersprechen, aber vieles deutet darauf hin, dass sie hierfür sogar die Stärkung eines eher staatskapitalistisch orientierten Akteurs in Kauf genommen haben. Deutschland hingegen hat eher den Kontakt zu den Institutionen der Inneren Sicherheit gesucht, auf die sich Mubarak, zunehmend auch gegen das Militär, für seinen Machterhalt stützte – und damit offensichtlich aufs falsche Pferd gesetzt.

Die Machtübernahme des Militärs

Dass es sich beim „Rücktritt“ Mubaraks oder dessen „Sturz“ de facto um einen Militärputsch gehandelt hat, kann kaum bestritten werden. Die International Crisis Group etwa ist der Auffassung, dass „in dem Moment, als die Panzer am Abend des 28. Januar in die großen Städte einrollten, das Militär im Grunde die Macht übernahm“.²⁰ Vor dem Hintergrund der beschriebenen Spannungen zwischen Regierung, Innenministerium und der Armee erscheint der den Soldaten entgegengebrachte Jubel und der völlige Legitimitätsverlust der Polizeikräfte umso bedeutungsvoller. Erinnert sei zudem daran, dass der Oberste Militärerrat am Tag vor Mubaraks „Rücktritt“ sein „Communiqué Nr.1“ veröffentlichte, in dem er bekannt gab, dass er „zusammengetreten sei, um die Ereignisse zu erörtern und entschieden hat, in ständiger Beratung („remain in continuous session“) über die Maßnahmen und Prozeduren zu bleiben, die getroffen werden können, um die Nation zu schützen“.²¹ Damit war Mubarak endgültig entmachteter, die Erklärung seines Rücktritts durch Omar Suleiman nur noch ein symbolischer Akt. Auch das spätere politische Gebaren der Streitkräfte und ihres Obersten Militärrates zeigt typische Charakteristika einer Putschregierung: Erst nach Mubaraks Rücktritt eröffnete das Militär erstmals das Feuer auf Demonstranten, folterte es Aktivisten u.a. im Keller des Ägyptischen Museums und ließ es sie vor Militärtribunalen zu völlig unverhältnismäßigen Gefängnisstrafen verurteilen. Zugeständnisse wurden ebenso wie neue „Gesetze“ – etwa gegen Streiks – per Dekret erlassen und auf Facebook veröffentlicht. Eine gute Übersicht über die Repression des Obersten Militärates gegen die anhaltenden Proteste und insbesondere deren säkulare Flügel liefert die Seite <http://egyptianspring.blogspot.de/>.

Einiges deutet darauf hin, dass zumindest die USA diesen Putsch zuvor abgesegnet hatten – angesichts ihrer engen Kontakte ins ägyptische Militär ist jedenfalls kaum denkbar, dass State Department und Pentagon nicht im Voraus informiert waren. Am 28. Januar, als die Situation eskalierte und die Panzer einrollten, befand sich der Oberbefehlshaber des ägyptischen Heeres gerade zu „jährlich stattfindenden Gesprächen“ mit Vertretern des Pentagon in Washington. Bereits am 30. Januar hatte die US-Außenministerin Clinton sich für einen „geordneten Übergang“ in Ägypten ausgesprochen. Im Vorfeld der Münchner Sicherheitskonferenz vom 4. bis 6. Februar ließ das Pentagon die Presse berichten, es stünde in direktem und täglichem Kontakt mit dem ägyptischen Generalstab, während Präsident Obama und sein Stellvertreter Biden den Kontakt zum Mubarak-Regime längst auf das Nötigste reduziert hatten.²² Damit war die zwischenstaatliche Diplomatie bereits auf die militärische Ebene verlegt worden, was bereits als deutliches Anzeichen für einen bevorstehenden Putsch gewertet werden konnte. Am 31. Januar hatte der US-Generalstabschef, Mike Mullen, im Anschluss an ein Telefonat mit seinem ägyptischen Gegenpart gegenüber dem Pentagon-eigenen Pressedienst mitgeteilt, das Militär habe bislang „außerordentlich gut“ reagiert, sich als „stabilisierende Kraft“ erwiesen und er freue sich „auf die weitere Zusammenarbeit mit dem ägyptischen Militär“. Zugleich erklärte er einige der Forderungen der Demonstranten als legitim und dass auf diese eingegangen werden müssten.²³

Die Sprachregelung des „geordneten Übergangs“ setzte sich dann auf der Münchner Sicherheitskonferenz durch und wurde auch von der deutschen Bundeskanzlerin Merkel – deren Außenminister Westerwelle noch bis 4. Februar täglich mit ägyptischen Regierungsvertretern telefonierte und von diesen forderte „den demokratischen Übergang hin zu einer Regierung auf breiter Grundlage ein[zu]leiten“²⁴ – aufgegriffen.²⁵ Damit endeten die Pressemitteilungen des Auswärtigen Amtes über Telefonate mit der ägyptischen Führung. Hatten die westlichen Regierungen damit grünes Licht gegeben für einen von den USA moderierten Militärputsch?

Gesellschaft und Staat vom Sicherheitssektor her denken

Vieles hieran ist freilich spekulativ und auch die aufgeführte internationale Unterstützung für den ägyptischen Sicherheitssektor stellt allenfalls einen Ausschnitt dar. Dennoch mag dies verdeutlichen, dass ein massiver Transfer von Rüstungsgütern, Sicherheitstechnologie, Know-How und Finanzmitteln vom globalen Norden in die „Sicherheitssektoren“ des globalen Südens stattfindet; dass dabei Abhängigkeiten und Klientelstrukturen entstehen und geschaffen werden sollen; und dass dabei durch die an Aufbau und Reform des jeweiligen Sicherheitssektors beteiligten Akteure durchaus unterschiedliche und teilweise auch miteinander konkurrierende Strategien verfolgt werden können. Eine genauere Analyse dieser internationalen Sicherheitsbeziehungen hätte womöglich den Verlauf der Aufstände prognostizierbarer gemacht: Dort, wo der Westen über enge Sicherheitsbeziehungen und handlungsfähige Klientelstrukturen verfügt, wäre demnach von einem durch den Westen moderierten Machtwechsel (Ägypten) oder Machterhalt (Saudi Arabien, Bahrain) auszugehen gewesen, während in Staaten, die von solcher Sicherheitskooperation ausgeschlossen waren oder Abstand nahmen, die Gefahr einer militärischen Intervention (Libyen) oder aber weitgehenden Handlungsunfähigkeit des Westens (Syrien) besonders hoch einzuschätzen gewesen wäre. Auch im Jemen ist trotz

einer bewundernswerten Beharrlichkeit und Besonnenheit der zivilen Protestbewegung davon auszugehen, dass der Verlauf des Umbruchs wesentlich durch die Akteure bestimmt wird, welche die verschiedenen bewaffneten Parteien aufgebaut, ausgebildet und ausgerüstet haben, nämlich die USA in enger Zusammenarbeit mit Saudi Arabien.

Damit sind zugleich auch die Grenzen der „Demokratisierung“ bestimmt. Ihren antikolonialen Impetus haben die Protestbewegungen längst verloren, eine mehrere Staaten umfassende Allianz, welche nach tatsächlichen Revolutionen die Interessen ihrer eigenen Bevölkerung über die durch den globalen Norden implementierten Regeln des Welthandels oder der Migrationskontrolle stellen, scheint in weite Ferne gerückt. Stattdessen haben sich wie von Geisterhand die ethnisch-religiösen Spaltungen zwischen Schiiten und Sunniten sowie zwischen Israel und Palästinensern und Arabern über das Konfliktensemble gelegt, die bei genauerer Betrachtung letztlich auch eine materielle Basis in internationalen Sicherheitskooperationen haben.

Freilich klammert ein solches „Denken vom Sicherheitssektor her“ wichtige Faktoren systematisch aus und zwar v.a. die in den „Arabischen Revolten“ und insbesondere während der Besetzung des Tahrir-Platzes beispielhaft hervorgetretene „kollektive Intelligenz der Armut“ (Helmut Dietrich), die Beharrlichkeit und Besonnenheit einer in Aufruhr geratenen Gesellschaft.

Von den Regierungen des globalen Nordens werden eben diese Formen der Selbstorganisation ganz zu Recht als Bedrohung wahrgenommen, da sie unkontrollierbar, ja meist sogar: unansprechbar (man erinnere sich an die Bemühungen, innerhalb der ägyptischen Protestbewegung irgendwelche „Führungsfiguren“ zu identifizieren und einzubinden) sind. Dagegen vermitteln von der eigenen Armee und Polizei ausgebildete, mit den eigenen Waffen ausgestattete und finanziell abhängige Streitkräfte, Polizeieinheiten, Geheimdienste und Milizen zumindest eine Illusion von Kontrollierbarkeit. Wie sehr es sich hierbei um eine Illusion handelt, davon legen Staaten wie Afghanistan und Somalia ein Zeugnis ab, in denen die internationalen Beiträge zur „Reform des Sicherheitssektors“ den gesamten Staatshaushalt um ein Vielfaches übersteigen: In Somalia haben nicht nur die USA, Deutschland und Russland, die notorisch um Einfluss in Afrika konkurrierenden Staaten Frankreich und Großbritannien, sondern auch Uganda und Äthiopien mittlerweile Streitkräfte stationiert und Milizen ausgebildet, die mit den ihnen zur Verfügung gestellten Waffen ihre eigenen Ziele verfolgen. Ein ähnliches Schicksal droht Libyen, wo es nicht nur um Fischgründe geht, sondern um enorme Ölvorkommen und wo schon heute die intervenierenden Mächte, von den USA über Frankreich und Italien bis hin zur Türkei, der Arabischen Liga und die Afrikanische Union (die gegen die Intervention war) völlig unterschiedliche Interessen verfolgen, sich aber an der Reform des Sicherheitssektors beteiligen möchten. Bei allen Widersprüchlichkeiten und Rückschlägen dieser Strategie bringt sie doch stets einen Erfolg hervor: Jegliche zivile Opposition gegen die herrschende Weltordnung wird zwischen den kämpfenden Fronten hoffnungslos zerrieben. Vor diesem Hintergrund die Ursachen für die militärische Eskalation von Konflikten primär in den betroffenen Gesellschaften zu suchen und deren Gewalt als „irrational“ zu klassifizieren bedeutet, dem Export von „Force“ und der weiteren Militarisierung des globalen Südens das Wort zu reden.

Nachdem so genannte „gescheiterte“ und „scheiternde“ Staaten ins Zentrum der westlichen Sicherheitsstrategien gerückt sind und deren Wiederaufbau sich entsprechend dem Credo „Sicherheit entwickeln“ im Wesentlichen auf die Reform des Sicherheitssektors beschränkt, also nur (potentielle) Gewaltakteure

überhaupt zur Kenntnis nimmt, muss sich unsere Analyse diesem „Denken vom Sicherheitssektor her“ und seinen Folgen widmen - unsere praktische Solidarität hingegen der „kollektiven Intelligenz der Armut“.

Anmerkungen

- 1 Es handelt sich hier um eine deutlich gekürzte Niederschrift des Vortrages in der Burg Schlaining. Eine ausführliche Version, die auch die beispielhaften Exkurse zu den bislang von der EU durchgeführten Missionen zur „Reform des Sicherheitssektors“ in Westafrika enthält, wird im November in folgender Publikation veröffentlicht werden: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hg.): Zeitenwende in der arabischen Welt - Welche Antwort findet Europa?, Reihe Dialog, Band 61.
- 2 Charbonneau, Bruno: Mastering "Irrational" Violence: the Re-legitimization of French Security Policy in sub-Saharan Africa. In: Alternatives - Global, Local, Political, Vol.31 (2006), No.2, S.215-241.
- 3 Das „unmögliche Mandat“ ist einer Studie des Henry L. Stimson Center entnommen, vgl.: Holt, Victoria K. / Berkman, Tobias C.: The Impossible Mandate? Military Preparedness, the Responsibility to Protect and Modern Peace Operations, Henry L. Stimson Center, 2006. Aktuelle Zahlen zu den Beiträgen einzelner Staaten zu UN-Missionen finden sich jeweils unter: <http://www.un.org/en/peace-keeping/resources/statistics/contributors.shtml>.
- 4 „Bureau of Political-Military Affairs Hosts Worldwide Peacekeeping Capacity Building Conference“, Pressemitteilung des State Department vom 21.10.2009, www.state.gov.
- 5 Dziedzic, Michael / Stark, Christine: Bridging the Public Security Gap - The Role of the Center of Excellence for Stability Police Units (CoESPU) in Contemporary Peace, United States Institute of Peace, 2005.
- 6 Government Accountability Office (GAO): Peacekeeping - Thousands Trained but United States Is Unlikely to Complete All Activities by 2010 and Some Improvements Are Needed, GAO, 2008.
- 7 Eine entsprechende AP-Meldung mit dem Titel „Israel allows Egypt troops in Sinai for first time since 1979 peace treaty“ wurde am 31.1.2011 auf der Homepage der israelischen Zeitschrift Haaretz und anschließend von zahlreichen US-amerikanischen und israelischen Medien übernommen. Zwei Wochen später berichtete die Jerusalem Post, dass Israel weiteren ägyptischen Truppenstationierungen auf dem Sinai zugestimmt hätte, unter der Bedingung, dass diese sich auf Aufforderung Israels von der Halbinsel zurückziehen, eine Gas-Pipeline, die nach Israel führt gegen Angriffe von Beduinen schützen und den Schmuggel von Waffen in den Gaza-Streifen unterbinden, siehe: Katz, Yaakov: „Israel agrees to more troops in demilitarized Sinai“, 16.02.2011, jpost.com.
- 8 Von 2009 an sollte die ökonomische Hilfe für die folgenden fünf Jahre auf 200 Mio. US\$ reduziert werden, siehe: Wikileaks Cable 08 CAIRO 002543.
- 9 United States Government Accountability Office (GAO): State and DOD Need to Assess How the Foreign Military Financing Program for Egypt Achieves U.S. Foreign Policy and Security Goals (GAO-06-437), GAO, 2006. Mehrere von Wikileaks veröffentlichte Cables dokumentieren, dass die von den USA formulierten Ziele der ägyptischen Regierung durchaus bewusst waren. In Cable 09 CAIRO 000549 wird Präsident Mubarak mit der Auffassung zitiert, die 1.3 Mrd. US\$ seien eine „unantastbare Kompensation“ für die Aufrechterhaltung des Friedens mit Israel.
- 10 Wikileaks Cable 09 CAIRO 000549.
- 11 „U.S. troops lead Egyptian, Pakistani soldiers in urban training“, Pressemitteilung des US CENTCOM vom 25.10.2009, www.centcom.mil.

- 12 US-Department of Defense / Defense Security Cooperation Agency (DSCA): International Military Education & Training (IMET), www.dsca.osd.mil.
- 13 US-Department of Defense / Defense Security Cooperation Agency (DSCA): Security Assistance Management Manual (SAMM), Chapter 10, www.dsca.osd.mil/samm/.
- 14 The Monitor's Editorial Board: America's best agents in Cairo: US-trained Egyptian officers, 3.2.2011, www.csmonitor.com.
- 15 Eastwood, Kathy: „Experiencing a revolution: West Point cadets witness history in Egypt“, West Point Public Affairs, 23.2.2011, www.army.mil.
- 16 Bundestags-Drucksache 17/3783.
- 17 Schürkes, Jonna / Marischka, Christoph: Deutsche Ausbildungs- und Ausstattungshilfe in Ägypten, IMI-Standpunkt 2011/008, in: AUSDRUCK, Februar 2011.
- 18 Sherifa Zuhur: Egypt – Security, Political and Islamist Challenges, US-Army Strategic Studies Institute (SSI), September 2007.
- 19 Murat Çakır: Ägypten - Ein echter Sieg, aber wie weiter? Einige Gedanken über das neue Ägypten nach Mubarak, www.rosalux.de.
- 20 International Crisis Group: Popular Protest in North Africa and the Middle East (I) – Egypt Victorious?, Middle East/North Africa Report N°101.
- 21 Nach der englischen Übersetzung durch die New York Times. Deren Übersetzungen der Communiqués des Obersten Militärrates finden sich unter www.nytimes.com/interactive/2011/02/10/world/middleeast/20110210-egypt-supreme-council.html?ref=middleeast.
- 22 Rogin, Josh: Gates and Mullen in close contact with Egyptian military, in: foreign policy (11.2.2011), thecable.foreignpolicy.com.
- 23 Vgl. Parrish, Karen / Garamone, Jim: Mullen - Egypt's Military Promises to be Stabilizing Influence (31.1.2011) sowie Parrish, Karen: „Mullen Reiterates Confidence in Egyptian Military“ (2.2.2011), beide: American Forces Press Service, www.defense.gov.
- 24 „Bundesminister Westerwelle telefoniert erneut mit ägyptischem Außenminister: Gewalt unterbinden, Wandel einleiten“, Pressemitteilung des Auswärtigen Amtes vom 4.2.2011, www.auswaertiges-amt.de.
- 25 Wagner, Jürgen: Münchner Sicherheitskonferenz - Menschenrechte vs. Geopolitik, IMI-Standpunkt 2011/005, www.imi-online.de.



Das Zelt der Gruppe „Nein zu Militärtribunalen für Zivilisten“ im Protestcamp auf dem Tahrir während der zweiten Welle von Protesten im Juli. Die Zeichnung vom Cartoonisten Carlos Latuff zeigt Armeechef Tantawi, der über Protestierende richtet., Foto: Gaby Osman.

Der Krieg von nebenan, der niemanden interessiert

Oder: Deutsche Waffen, deutsches Geld morden mit in aller Welt, auch in Libyen

von Tobias Pflüger

Die NATO führt(e) einen Krieg gegen Libyen, und es blieb erstaunlich ruhig in der bundesdeutschen Öffentlichkeit, aber auch der Antikriegs- und Friedensbewegung. An was das wohl liegen mag? Es hat sicher damit zu tun, dass Deutschland offiziell an diesem Krieg nicht teilnimmt, zumindest hat das der bundesdeutsche Außenminister Guido Westerwelle erklärt – dazu später mehr. Festzuhalten bleibt zunächst einmal: Ein Krieg läuft, täglich werden auch Zivilisten durch die NATO umgebracht - und es bleibt ruhig. „Das geht nicht“ und das darf so nicht bleiben, bei den „nächsten“ Kriegen, um es etwas drastisch auszudrücken.

Direkte deutsche Kriegsunterstützung

„Deutschland hat am Libyenkrieg nicht teilgenommen.“ Das ist (leider) eine Lüge. Caitlin Hayden, die stellvertretende außenpolitische Sprecherin von US-Präsident Barack Obama wird am 6. September im Tagesspiegel damit zitiert, Obama sei „sehr zufrieden mit der Rolle, die Deutschland spielt“. Weiter schreibt der Tagesspiegel: „Der Präsident habe bereits bei Merkels Besuch im Juni im Weißen Haus betont: ‚Dies ist eine vollintegrierte Nato-Operation. Und das heißt, dass deutsche Soldaten aktiv in diese Aktionen innerhalb der Nato involviert sind.‘“ Konkret bedeutet das, dass Bundeswehrsoldaten an der Zielplanung der NATO direkt beteiligt waren. Zuerst hieß es, so Staatssekretär Thomas Kossendey am 10.08 auf eine mündliche Anfrage im Deutschen Bundestag, dass 11 Bundeswehrsoldaten in Neapel (im Allied Joint Force Command) eingesetzt seien. Sie seien Teil der 250 Mann starken „Verstärkungsdienstposten“, die dort extra wegen des Libyenkrieges eingerichtet wurden. Kossendey bestätigte auch, dass die Bundeswehrsoldaten „im Rahmen der Stabsarbeit an einzelnen Schritten des Zielauswahlprozesses teil(nehmen), ohne derzeit jedoch Führungs- oder Entscheidungsfunktion zu besitzen“.

In einem Schreiben vom 8. September an den Bundestagsabgeordneten Hans-Christian Ströbele korrigiert dann der gleiche Staatssekretär die Anzahl der deutschen Soldaten deutlich nach oben. Jetzt waren es insgesamt „103 Soldatinnen und Soldaten (66 Offiziere und 37 Unteroffiziere)“ der Bundeswehr, die „mittels Dienstreisen bzw. Kommandierungen vorübergehend in die mit der Operation UNIFIED PROTECTOR beauftragten Headquarters entsandt“ wurden. Weiter heißt es: „Wie die Bundesregierung bereits mitgeteilt hat, zählen zu den wahrgenommenen Tätigkeiten sowohl solche im Bereich der so genannten Zielauswahl wie auch solche in der Kommunikation mit den eingesetzten AWACS-Maschinen. In keinem dieser Bereiche werden durch deutsche Soldatinnen und Soldaten derzeit Führungs- und Entscheidungsfunktionen wahrgenommen.“ Über 100 deutsche Soldaten waren bei der Zielauswahl im Libyenkrieg beteiligt!

Die deutsche Kriegsunterstützung geht allerdings über diese direkte Kriegsbeteiligung via NATO-Strukturen hinaus.

„Bewährter Bündnisalltag“

Entgegen den Bestimmungen des Grundgesetzes hat die Bundesregierung beschlossen, dass die Überflugrechte für die Kriegs- und Versorgungsbomber und die Zurverfügungstellung der militärischen Infrastruktur in Deutschland genehmigt wurden und werden.

Konkret heißt das, dass z.B. von

Spangdahlem aus direkt Flugzeuge zum Bombenabwurf nach Libyen geflogen sind. Einer dieser „Warzenschweine“ genannten Bomber stürzte beim Kriegsflughafen ab, bis heute ist nicht völlig ausgeschlossen, dass er nicht auch abgereichertes Uran (DU-Munition) an Bord hatte.

Außerdem besteht innerhalb der NATO eine so genannte Munitionsversorgung, d.h. wenn den bombenden Alliierten die Munition ausgeht, hilft z.B. Deutschland mit Munition aus. Ende Juni gab es Pressemeldungen, dass Deutschland innerhalb der NATO mit Präzisionswaffen ausgeholfen habe. Die Namsa („Nato Maintenance and Supply Agency“) habe eine Anfrage an alle Mitgliedsstaaten gestellt. Das Verteidigungsministerium hatte „die grundsätzliche Bereitschaft zur Lieferung von Bauteilen für Präzisionsmunition“ signalisiert. In der Süddeutschen Zeitung wird Thomas de Maiziere wie folgt zitiert: „Wir haben eine Anfrage der zuständigen Nato-Logistik-Agentur Namsa erhalten und ich habe entschieden, sie positiv zu beantworten. Dies ist bewährter Bündnisalltag. So gleichen die Partner ihre logistischen Engpässe untereinander ständig aus.“

Doch damit nicht genug: Mit dem Regime, das jetzt mit deutscher Hilfe - und unter Inkaufnahme von vielen Toten, darunter vielen Zivilisten - gestürzt wurde, hatten alle vorherigen Bundesregierungen intensiv zusammengearbeitet. So war der damalige SPD- Außenminister Frank-Walter Steinmeier 2006 und 2007 in Libyen. Zusammenarbeit gab es auch im Bereich der Geheimdienste: So gab es eine langjährige gute Zusammenarbeit mit dem BND, der Schwerpunkt war dabei der Austausch von Informationen und die Hilfe bei der Ausbildung von „Sicherheitskräften“. Diese Kooperation sei „eine Normalität“ gewesen, meinte der Ex-BND-Chef Hans-Georg Wieck. Dabei gehe es „nicht nach demokratischen Regeln, sondern nach Interessen“. MI6 und CIA konnte die Zusammenarbeit mit Gaddafis Libyen auch im Bereich von Gefangenentransporten und auch Folter nachgewiesen werden.

Seit dem Besuch von Bundeskanzler Gerhard Schröder 2004 bei Gaddafi gab es deutsche Ausbildung für eine Spezialeinheit unter dem Befehl eines der Söhne von Gaddafi. Offiziell bildeten deutsche Polizisten und Bundeswehrler bis 2008 als private Söldner der deutschen Firmen Ebos Int. und BDB Protection GmbH aus. In diesem Zusammenhang war auch die Rede von Waffenlieferungen, Pistolen und die jetzt gefundenen G36 Sturmgewehre wurden schon damals genannt.

Die deutsche Polizeigewerkschaft (DPoLG) will jetzt an diese Tradition anknüpfen: So heißt es im Handelsblatt vom 22.08.2011: „Die Polizeigewerkschaften meinen, Deutschland sollte beim Wiederaufbau mit Polizeiausbildern helfen - auch wenn es am Militäreinsatz nicht beteiligt war. ... Der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt, befürwortet die Entsendung deutscher Polizeiausbilder in ein Libyen nach Gaddafi und in den gesamten nordafrikanischen Raum. ‚Wir haben ein elementares eigenes Interesse an der Herstellung von Rechtsstaatlichkeit und zur Grenzabsicherung in dieser Region‘,



Internationale Libyen-Konferenz im September 2011 in Paris, Quelle: Europäische Kommission.

sagte er gegenüber Handelsblatt Online. Dabei gehe es nicht allein um Libyen, sondern um alle nordafrikanischen Länder von Libyen bis Marokko. Die deutsche Polizei könne ihre jahrelange Erfahrung bei derartigen Auslandseinsätzen einbringen. ... Auch CSU-Innenexperte Hans-Peter Uhl befürwortet einen Ausbildungseinsatz der deutschen Polizei in dem nordafrikanischen Land. ... 'Nicht nur aus migrationspolitischen Gesichtspunkten hat gerade Deutschland ein Interesse, sich in Libyen mit einem Polizeieinsatz zu engagieren'. Die Südgrenze des Landes müsse gegenüber organisierter Kriminalität und Menschenhändlern sicherer gemacht werden.“

Kriegsprofiteure

Die Bild-Zeitung schreibt am 02.09.2011: „Deutschland war vor dem Umsturz der zweitwichtigste Handelspartner Libyens nach Italien. Produkte im Wert von 996 Millionen Euro wurden exportiert. Auch die Rüstungsindustrie profitierte.“ Auch daran will man jetzt wieder anknüpfen: Deutsche Konzerne und Unternehmen sind derzeit dabei sich ein wichtiges Stück am Kuchen des Geschäftemachens mit dem „neuen“ Libyen zu sichern. Im Managermagazin vom 30.08 findet sich unter der Überschrift „Deutsche Konzerne drängen nach Libyen“ eine Schilderung der Pläne deutscher Konzerne, die es lohnt ausführlich hier zitiert zu werden: „Deutschlands Handelskammern und der Afrika-Verein der deutschen Wirtschaft rechnen künftig mit intensiveren Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und Libyen. Jetzt wollen erste Konzerne starten - so schnell wie möglich. ... Beim Wiederaufbau bieten sich nach Expertenmeinung auch Geschäftschancen für deutsche Unternehmen, und das im großen Stil. 'Krankenhäuser, Strom- und Wasserversorgung und Straßen: In Libyen steht die Sanierung ganzer Stadtviertel an', weiß Hans Werner Meier-Ewert, Geschäftsführer des Afrika-Vereins der deutschen Wirtschaft. 'Und deutsche Technologie wird sehr geschätzt.' Davon will Deutschlands Wirtschaft natürlich profitieren. Zum Beispiel Siemens: Mit den Konzernteilen Energie, Infrastruktur und Gesundheitstechnik ist das Unternehmen

bereits in Libyen vertreten. 'Sobald sich die Sicherheitslage wieder beruhigt, wollen wir unser Geschäft dort sukzessive wieder aufnehmen', sagt Siemens-Sprecher Wolfram Trost. Insgesamt hat der Konzern knapp 100 Mitarbeiter in dem arabischen Land. Davon wurden Anfang des Jahres ein paar Dutzend evakuiert. Auch der Anlagenbauspezialist Ferrostaal musste im Februar 600 internationale Mitarbeiter ausfliegen. Bevor die Kämpfe ausbrachen, baute das Unternehmen in Libyen Anlagen zur Öl- und Gasförderung. 'Wir möchten so schnell wie möglich wieder ins Land', erklärt Sprecher Hubert Kogel. Die Öl- und Gasförderunternehmen RWE Dea und Wintershall - eine BASF-Tochter - möchten ebenfalls schnell zurück. RWE-Dea-Sprecherin Daniela Puttenat betont, dass RWE Dea weiterhin daran interessiert sei, die Explorations- und Entwicklungsprojekte wieder aufzunehmen, sobald es die Lage zulässt. 'Denn mit Aufnahme der Produktion würden wieder Einnahmen ins Land fließen', erklärt sie - und natürlich auch in die Unternehmenskassen. Erste Libyen-Investitionen sind dann auch bereits absehbar: RWE Dea beabsichtigt, rund 50 Millionen Dollar in neue Explorationstätigkeiten für die Ölförderung in Libyen zu investieren. Für die Entwicklung bestehender Ölfunde sind Investitionen in Höhe von 650 Millionen Dollar geplant. ... Konkurrent Wintershall ist da schon weiter - war es zumindest schon einmal: Die BASF-Tochter förderte einst in Libyen bereits bis zu 100.000 Fass Erdöl pro Tag. Grundsätzlich könne die Produktion jetzt innerhalb weniger Wochen wieder aufgenommen werden, erklärt Sprecher Stefan Leunig: 'Das Hochfahren der Produktion ist aber insbesondere abhängig vom Zustand der Exportinfrastruktur sowie einer stabilen Sicherheitslage in Libyen.'“

Offener kann man nicht sagen, dass dieser Krieg, bei dem Tausende auch durch NATO-Bomben mit deutscher Unterstützung getötet wurden, für wirtschaftliche Interessen geführt wurde. Wie hieß es einmal: 'Kein Blut für Öl!' Es ist Zeit, dass die Antikriegs- und Friedensbewegung sehr viel deutlicher herausarbeitet, dass das imperiale Kriege des Westens für Wirtschaftsinteressen sind, die da geführt werden.

Keine Truppen nach Libyen

Nicht aus Arika und schon gar nicht aus Deutschland

von Christoph Marischka

Der Friedensratschlag hat auf diesen Artikel und die in ihm geäußerten Kritik geantwortet: „Schweres Geschütz gegen einen Popanz“; <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Libyen/baf-imi.html>

Zwar scheinen die gegen den bisherigen libyschen Machthaber Muammar al-Gaddafi kämpfenden Truppen mit tatkräftiger Unterstützung der NATO gegenwärtig die Oberhand zu gewinnen, dass damit der Konflikt aber bald beendet wäre, ist mehr als zweifelhaft. So hat die NATO bereits offiziell angekündigt, ihren militärischen „Schutz“ von Zivilisten auch nach einem Sturz Gaddafis fortsetzen zu wollen. Aus diesem Grund ist in den letzten Tagen die Diskussion um die Entsendung einer „Stabilisierungstruppe“ zur Absicherung des Regimewechsels in Libyen auf Hochtouren in Gang gekommen. Auch eine deutsche Beteiligung daran steht im Raum. Gleichzeitig gibt es Debatten um die Entsendung einer „Stabilisierungstruppe“ durch die Afrikanische Union.

Deutsche an die (Interessens-)Front

Verteidigungsminister Thomas de Maizière hat in diesem Zusammenhang bereits eine Entsendung von Bundeswehr-Soldaten ins Spiel gebracht, die von seinem Parlamentarischen Staatssekretär, Christian Schmidt, weiter konkretisiert wurde. Interessant ist dessen Begründung, die offenlegt, dass einer etwaigen Stationierung von Bundeswehreinheiten keineswegs selbstlose Motive zugrunde liegen würden: „Es kann sein, wenn die Vereinten Nationen, die EU oder die NATO das für notwendig halten, dass man zu Stabilisierungshilfe auch mit militärischen Elementen aufgefordert wird. Natürlich würden wir dann im Rahmen unserer eigenen Interessen und unserer internationalen Verantwortung nicht abseitsstehen können.“

Was unter diesen Interessen zu verstehen ist, geht aus den Aussagen von Abdeljalil Mayouf von der Agoco Oil Company hervor, die von den Rebellen ins Leben gerufen wurde. Gegenwärtig stehen zahlreiche Ölfirmen in den Startlöchern, um sich am libyschen Öl zu bereichern. Mayouf macht dabei keinen Hehl daraus, welche Konzerne nun zum Zuge kommen und welche außen vor bleiben werden: „Wir haben kein Problem mit westlichen Ländern, mit italienischen, französischen und britischen Firmen. Aber wir haben möglicherweise einige politische Streitigkeiten mit Russland, China und Brasilien.“

Mit anderen Worten, die Länder, die eine Unterstützung der NATO-Intervention abgelehnt haben, brauchen jetzt nicht glauben, Geschäfte mit den neuen Machthabern machen zu können. Umgekehrt gilt, wer mitbombte, soll auch ausreichend die Ernte einfahren. Auffällig ist, dass dabei Deutschland keine Erwähnung findet, es gilt offensichtlich als Wackelkandidat, der gegenwärtig noch keinem der beiden Lager eindeutig zuzuordnen ist. Zahlreiche deutsche Konzerne sind bereits seit Längerem in Libyen aktiv (etwa die BASF-Tochter Wintershall, die im libyschen Ölgeschäft engagiert ist), sie werden sicher von der Bundesregierung erwarten, für den Fortbestand ihrer Profite Sorge zu tragen. Andere Firmen wittern durch die veränderte Situation Morgenluft und

sehen nun Chancen, neu ins dortige Geschäft einsteigen zu können. So äußerte sich etwa Ulrich Ackermann, Leiter der Abteilung Außenwirtschaft beim Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau, am 22. August gegenüber dem Deutschlandfunk: „Der Anteil unserer Exporte im Maschinenbau,

was in die Öl- und Gasindustrie ging, war ungefähr 25%, d.h. 75% ging eh schon in andere Bereiche. Insbesondere Bauindustrie war ein sehr spannendes Thema, aber auch alles was mit Nahrungsmitteln und Verpackung zu tun hat, war ein sehr spannendes Thema. Also es ist durchaus denkbar, dass wir uns wesentlich breiter aufstellen können, insbesondere dann, wenn sich jetzt auch eine Privatwirtschaft in Libyen entwickelt, die dann auch entsprechend investiert. Deutschland hat den Vorteil, wir sind kolonial - in Anführungsstrichen - nicht vorbelastet, wie es zum Beispiel die Italiener sind, die immer noch heute die wichtigsten Lieferanten sind und wir sind eigentlich gern gesehene Partner in Libyen, d.h. wir versprechen uns durchaus jetzt nach der Wende und der neuen Orientierung eine wesentliche Verbesserung des Geschäftes.“

Somit dürften die interessierten Konzerne sicher Druck ausüben, dass sich auch Deutschland an einer „Friedenstruppe“ und dem bereits mehrfach angebotenen Aufbau neuer libyscher Polizei- und Streitkräfte beteiligt. Denn einen Anteil an der Beute erhält offensichtlich nur, wer sich dies mit militärischer Gewalt „verdient“ hat.

Zugleich zeichnet sich ab, dass westliche Truppenentsendungen, wenn überhaupt, nur im Paket mit einer wahrscheinlich offiziell von der Afrikanischen Union (AU) geführten Truppe mit UN-Mandat erfolgen würden. Es werde „keine reine Nato-Aktion“ geben, so Christian Schmidt, „die arabische und nordafrikanische Nachbarschaft“ sei hier vor allem gefragt. Aus friedenspolitischer Sicht kann auch eine solche Option keinesfalls begrüßt werden.

Friedensbewegtes Krisenmanagement?

Ebenfalls am 22. August 2011 veröffentlichte der Bundesausschuss Friedensratschlag eine Pressemitteilung, die fast wortgleich am folgenden Tag unter dem Titel „Verlierer ist die UNO“ in der jungen Welt erschien. Die Pressemitteilung kritisiert richtigerweise scharf den NATO-Angriffskrieg gegen Libyen und benennt auch die ihm zugrunde liegenden ökonomischen und strategischen Interessen. Darüber hinaus wird aber am Ende der Pressemitteilung wie im Artikel gefordert, dass „neutrale Blauhelme der Afrikanischen Union ins Land gelassen werden, die über eine Waffenruhe wachen sollen“. Eine solche Forderung von Seiten der Friedensbewegung ist hochproblematisch.

Ihr liegt zunächst die ganz grundsätzliche Annahme zugrunde, dass Soldaten prinzipiell die Bevölkerung eines anderen Landes vor weiterem Leid schützen könnten und nicht etwa weiteres Leid über die Bevölkerung bringen würden. Für diese Annahme gibt es jenseits einer in mehrfacher Hinsicht singulären Konstellation keinerlei historische Evidenz und keinen Anlass. Zugleich ist diese Annahme geeignet, die Existenz stehender Heere und die diese kontrollierenden und unterhaltenden politischen und wirtschaftlichen Strukturen zu legitimieren. Dennoch muss man sich solidarisch mit solchen Positionen auseinandersetzen, welche den Einsatz der Streitkräfte im Einzelfall und unter genau bestimmten Voraussetzungen für wünschenswert halten.

Als Voraussetzung wird in der Presseerklärung des Friedensrat-



„Die-in“ gegen den NATO-Krieg gegen Libyen in München im Juni 2011, Quelle: indymedia.

schlags die „Neutralität“ genannt, nicht einmal aber eine Mandatierung nach Kapitel sechs der UN-Charta gefordert. Zugleich wurden die Begriffe „neutral“ und „Waffenstillstand“ irreführend gewählt, denn zur Voraussetzung dieses „Waffenstillstandes“ und damit auch eines AU-Einsatzes wurde die völlige militärische Niederlage und die Ersetzung des alten durch ein neues Regime gemacht. Unter diesen Umständen kann eine solche angedachte AU-Truppe nicht „neutral“ sein, womit auch die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Kapitel-VI-Einsatz fehlen.

Die hinter dieser Forderung stehende Idee ist womöglich, dass die AU Position gegen ein NATO-Engagement und damit auch implizit für Gaddafi bezogen hatte und im Rahmen des Libyenkrieges politisch marginalisiert wurde. Eine führende Rolle der AU könne nun als „Ausgleich“ dienen und die politische Rolle der AU stärken. Das ist eine Fehlannahme: Die AU ist finanziell, logistisch und im Bereich der Führung nicht fähig, einen solchen Einsatz eigenständig durchzuführen und wäre in diesen Bereichen auf die Unterstützung zumindest der EU und damit auch einiger am NATO-Angriff beteiligter Staaten angewiesen. Dies alleine verhindert „Neutralität“ bereits im formalen Sinne. Zudem handelt es sich auch hier absehbar um ein „unmögliches Mandat“, bei dem der „Schutz“ der Zivilbevölkerung nach einem einseitig erzwungenen „Waffenstillstand“ im Kontext eskalierender Kämpfe um die zukünftige Kontrolle der Reichtümer militärisch gewährleistet werden soll. Das absehbare Scheitern dieses Einsatzes würde die Legitimität der AU untergraben.

Auch würde ein solcher AU-Militäreinsatz der Organisation keineswegs zu mehr Unabhängigkeit und Handlungsfähigkeit verhelfen, sich die AU als zukünftiges politisch-militärisches Gegengewicht zum „Westen“ zu imaginieren, ist gefährlich. Unabhängigkeit und Handlungsfähigkeit kann die AU nur dadurch gewinnen, dass sie sich einer weiteren Instrumentalisie-

rung und Militarisation entgegensetzt und stattdessen auf nicht-militärische Methoden der Vermittlung und v.a. der Beseitigung von Konfliktursachen setzt. Entsprechende Ansätze wurden in den letzten Jahren und Monaten (gerade unter dem Eindruck der Regime-Changes in Libyen und Côte d'Ivoire) verstärkt entwickelt, sie drohen durch solch einen Einsatz konterkariert zu werden.

Nicht zuletzt und zusammenfassend ist diese Forderung nach einer UN-mandatierten Truppe der AU abzulehnen, da sie westlichen Vorstellungen internationalen „Krisenmanagements“ völlig entgegenkommt. NATO und/oder EU intervenieren, um bestimmte Interessen durchzusetzen. Die Folgen dieser Intervention sollen dann in der Fläche die „Boots on the Ground“ von UN und AU sowie die humanitären UN-Organisationen eindämmen, während EU und NATO (dadurch in den Deckmantel der „internationalen Gemeinschaft“ gehüllt) eine neue Regierung zusammenzimmern, mit wenigen Experten eine neue Armee und Polizei aufbauen und gegebenenfalls neuralgische Punkte (Green-zones in Bengasi und Tripolis, Ölhäfen) und das Mittelmeer durch Battlegroups und ähnliche spezialisierte, kleine Verbände sichern. Exakt so sehen die Pläne der westlichen Regierungen für Libyens Zukunft aus. Exakt so wurde in der Vergangenheit die UN delegitimiert und ruiniert. Nun müssen neue Truppensteller her, die vorübergehend als „neutral“ gelten können und nun ist die AU an der Reihe, delegitimiert und als politisches Gegengewicht neutralisiert zu werden. Bis in zehn Jahren wird die nächste subregionale Organisation aus der Taufe gehoben werden, die „neutral“ die Truppen des globalen Krisenmanagements stellt, Soldaten, die von USA und EU ausgebildet, unmögliche Mandate nicht erfüllend sterben und töten, um westliches, neoliberales Statebuilding zu flankieren. Dies ist nicht und darf nicht die Vision der Friedensbewegung sein!

Thema Zivilklausel

Hurra wir regieren ... und Wahlversprechen sind etwas für Leichtgläubige

von Andreas Seifert

Nun denn, der Antikriegstag steht an und wir sollten Bilanz ziehen, was denn ein Landespolitiker leisten kann, nicht kann oder auch nicht will. Die baden-württembergische Wissenschaftsministerin Theresia Bauer hat sicher jedenfalls eines „Besseren“ besonnen und findet eine friedlich ausgerichtete Hochschule nun im Gegensatz zu früheren Aussagen doch keine gute Idee mehr.

Als sie damals, in guter Gesellschaft mit den Kandidaten Kretschmer und Schmid, sich für die Aufrechterhaltung der Zivilklausel im KIT ausgesprochen hat, war anscheinend so viel unklar, dass sie nun auf „Klarheit und Transparenz“ drängt. Sie will nun niemandem mehr Vorschriften machen (schon gar nicht gesetzlich verankerte), die einen Wissenschaftler von seinem Selbstfindungsprozess zum „Friedlichen“ abhalten könnten. Herzlichen Glückwunsch zu dieser Kehrtwende - besser hätten wir nicht belogen werden können!

Im Detail sieht die Sache natürlich anders aus: da war ein Wahlkampfauftakt, in dem die Ministerin in spe vor zahlreich versammeltem Publikum ihre Solidarität für alle jene bekundete, die für die Beibehaltung und Übertragung der bestehenden Zivilklausel des KIT auf das nun neu zu gründende Gemeinschaftsunternehmen KIT und Uni Karlsruhe kämpften. Mehr noch, der unterschriebene Text vom 15. März lautet: „Die UnterzeichnerInnen fordern das KIT Präsidium und den Gründungssenat auf, dem Studierenden-Antrag zur Aufnahme der Zivilklausel in die KIT Grundsatzung ‚Lehre, Forschung und Studium an der Universität sollen friedlichen Zwecken dienen, das Zusammenleben der Völker bereichern und im Bewusstsein der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen erfolgen‘ zuzustimmen.“ Und Ähnliches findet sich im Landtagswahlprogramm der Partei die Grünen: „Die Forschungseinrichtungen, Universitäten und Hochschulen des Landes sollen ausschließlich friedliche Zwecke verfolgen. Um dies deutlich zu machen, befürworten wir die Einführung von Zivilklauseln in den Satzungen aller solcher Einrichtungen.“ Konkret, greifbar ... bravo!

Sowas kann einem als Kandidaten, als Kandidatin schon mal unterlaufen - und wahrscheinlich hat irgendein Mensch von Allensbach oder von Forsa festgestellt, dass das Thema Zivilklausel gar nicht wahlentscheidend war (dieselben, die schon festgestellt haben, dass Stuttgart 21 völlig überbewertet wird?) . In der Konsequenz möchte die Ministerin nun ihre vorschnelle Beurteilung am liebsten rückgängig, ja Ungeschehen machen. Was für eine schöne Gelegenheit bietet sich da mit der „Exzellenzinitiative“ des KIT, wo man

in positiver Manier einmal nichts ausschließen will. Frei nach dem Motto: wer zahlt, der kriegt - egal was, egal wofür.

Oder in dem Duktus einer Bildungsministerin: „Ich finde es wichtig, dass sich Wissenschaftler und auch eine Einrichtung wie das KIT Gedanken macht darüber, wo sie forschen, was sie erfor-

suchen. Wir haben ein großes Interesse daran, für Transparenz, für Klarheit zu sorgen, was mit öffentlichem Geld geforscht wird, dazu muss man auch stehen können. Aber wir werden nicht als Gesetzgeber die Vorgaben machen, was das richtige Forschungsprogramm ist und was nicht.“

Nur zur Erinnerung: Wo gibt es Klarheit oder gar Transparenz in einem Forschungssystem, das in Punkto Sicherheits- und Wehrforschung auf Geheimhaltung angelegt ist? Wäre diese Aussage nur naiv, wäre sie schon nicht schön - von einer gestandenen Bildungsexpertin ist es eine Ohrfeige für alle Pazifisten innerhalb und außerhalb der Hochschule. Es ist das klare Bekenntnis zum eigenen Unwillen, irgendetwas zum friedlichen Zusammenleben der Völker beitragen zu wollen!

So jemand unterschreibt auch schon mal den Aufruf zum Krieg. Im Kern ist dieses Vorgehen nicht nur ein Zeugnis der Unglaubwürdigkeit einer einzelnen Ministerin, sondern auch der Beleg dafür, dass der Koalitionsvertrag zwischen Grün und Rot nicht als ein Regierungsprogramm missverstanden werden sollte. Klarheit und Transparenz, wie sie die Ministerin von den Hochschulen fordert, sind von dieser Regierung leider nicht zu erwarten.

**Die Militarisierung von Forschung und Lehre
Symptome, Problemfelder und Gegenstrategien
Kongress 28./29. Oktober 2011, Tübingen**

An zahlreichen deutschen Universitäten wird gegenwärtig um die Einführung so genannter Zivilklauseln gerungen und gestritten, in der Berichterstattung ist bereits von einer „Zivilklauselbewegung“ die Rede. Wichtige Impulse kamen hierzu aus Baden-Württemberg: Anlässlich der Zusammenlegung der Universität mit dem u.a. im Bereich der Kernforschung aktiven Forschungszentrum Karlsruhe stimmten im Januar 2009 in einer Urabstimmung 63 Prozent der Studierenden für eine Zivilklausel. Bei den Studierendenprotesten im folgenden Herbst wurde diese Forderung u.a. von streikenden Studierenden in Tübingen übernommen, woraufhin der Senat der Universität noch im Dezember desselben Jahres die Aufnahme einer Zivilklausel in seine Grundordnung beschloss. Auch die damaligen Oppositions- und heutigen Regierungsparteien in Baden-Württemberg sprachen sich für die Einführung von Zivilklauseln in die Grundordnungen und tw. sogar ins Landeshochschulgesetz aus.

Eine Erfolgsgeschichte? Die Zustände in Tübingen lassen daran zweifeln: Trotz Zivilklausel wurden Reservisten der Bundeswehr kostenfrei repräsentative Räumlichkeiten der Universität zur Verfügung gestellt, eine Bundeswehrangehörige leitete ein Seminar zum Thema „Ethnologie und Militär“ und der Leiter der Münchner NATO-Sicherheitskonferenz wurde zum Honorarprofessor am Institut für Politikwissenschaft benannt. Bis heute wird in Tübingen im Auftrag des „Verteidigungs“-ministeriums zur Wirkung chemischer Waffen geforscht und im Auftrag des Forschungsministeriums Begleitforschung zu so genannten „Nacktschnecken“ betrieben. Proteste fanden statt, doch die Uni-Leitung weigerte ab: All dies widerspräche nicht der Zivilklausel.

Tübinger Friedensgruppen, Gewerkschaftsinitiativen und kritische Studierende laden deshalb zu einer landesweiten Bestandsaufnahme ein:

„Die Militarisierung von Forschung und Lehre – Symptome, Problemfelder und Gegenstrategien“
28. und 29. Oktober 2011 in Tübingen

Flyer eines Kongresses am 28./29. Oktober 2011 in Tübingen. Der Kongress wird sich mit der Militarisierung von Forschung und Lehre beschäftigen. Weitere Informationen und das Programm finden sich unter:
<http://zivilklauselkongress.blogspot.de/>

Tübinger Honorarprofessor Ischinger fordert Aufrüstung und Aufhebung des Parlamentsvorbehaltes

von Christoph Marischka

Tübinger Honorarprofessor Ischinger fordert Aufrüstung und Aufhebung des Parlamentsvorbehaltes

Wer die Kontroverse um die Honorarprofessur Wolfgang Ischingers vor dem Hintergrund der Zivilklausel besser verstehen möchte,¹ dem sei die Lektüre eines Artikels empfohlen, den er vor wenigen Wochen gemeinsam mit Timo Nötzel, ehemaliger ISAF-Berater und Autor u.a. der Studie „Strategien zur Aufstandsbe-kämpfung“, in der Zeitschrift „Europe's World“ veröffentlichte.² Libyen stelle demnach einen historischen Wendepunkt für die Entwicklung einer Europäischen Außenpolitik dar, da es deren militärische und strategische Mängel offenbart hätte.

In Libyen hätten erstens Frankreich und Großbritannien ihre „Verpflichtung für den Schutz von Zivilisten“ unter Beweis gestellt. Zweitens hätten die USA erstmals auf eine Führungsrolle verzichtet und drittens sei Deutschland mit seiner Enthaltung zur UN-Resolution 1973(2011) gegenüber der westlichen Welt aus der Reihe getanz.

Nun sei es an der Zeit, den Platz der wichtigsten Weltmacht neu zu besetzen. Der Vertrag von Lissabon hätte die EU-Außenpolitik zwar gestärkt, es mangle aber weiterhin an einer „glaubwürdigen militärischen Dimension“. Die militärische Vorherrschaft der USA habe es bislang Deutschland und anderen europäischen Staaten ermöglicht, „Reformen und Modernisierungen ihrer Armeen zu verzögern und ein vollständiges Veto-Recht des Parlaments gegen die Entsendung deutscher Soldaten aufrecht zu erhalten“. Nun müsse Deutschland „die Tatsache anerkennen, dass die EU von deutschen Impulsen hin zu mehr, nicht weniger europäischer Integration in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung abhängig“ sei. Deshalb müsse Deutschland „intensiv darüber nachdenken, wie es größere militärische Beiträge im Rahmen von UN, NATO und EU leisten kann“. Dies beinhalte auch die Frage der Parlamentarischen Kontrolle der Beteiligung deutscher Streitkräfte an multinationalen Militäroperationen, bei der Ischinger und Nötzel „Reformbedarf“ sehen. Zumindest bestimmte militärische Beiträge sollten – so sie von EU oder NATO angefordert werden – von einem möglichen Veto der nationalen Parlamente ausgenommen werden.

Denn das Unverständnis der europäischen und insbesondere der deutschen Bevölkerung für die Notwendigkeit weltweiter Interventionen gilt als ernsthaftes Hindernis bei der Aufrüstung zur „Weltmacht EUropa“. Insbesondere der deutschen Politik und Gesellschaft wirft Ischinger auch an anderer Stelle – etwa in seinen aktuellen „Monthly Minds“³ auf der Homepage der von ihm geleiteten Münchner Sicherheitskonferenz – vor, gelähmt zu sein, eine „Niedrig-Energie-Nation“ zu sein. Jeder Wille zur Veränderung und Gestaltung sei – u.a. in Anspielung auf den Widerstand gegen Stuttgart 21 – der deutschen Gesellschaft seit der Wiedervereinigung abhanden gekommen, beklagt er dort. In der Politik solle es darum gehen, etwas zu wollen, den Status quo zu überwinden, nicht nur die nächsten Wahlen zu gewinnen. Kurz gesagt: Deutschland soll mit EUropa Weltmacht werden – ob die Bevölkerung das mitträgt, oder nicht.

Ischinger propagiert damit nicht nur eine weitere Aufrüstung und Militarisation der deutschen Außenpolitik, er agitiert damit

auch offen und sicherlich bewusst gegen das deutsche Grundgesetz. Gerade die zusammenhängende Kritik an fehlenden militärischen Kapazitäten, fehlendem Gestaltungswillen und Willen, den Status quo zu überwinden in Verbindung

mit der Forderung nach Einschränkung des Parlamentsvorbehaltes ist bedenklich. Abgesehen nämlich von der „deutschen Teilung“ war das Grundgesetz aus gutem Grunde insofern konservativ, als es jeglichen neuen (militärischen) Gestaltungswillen ausschloss. Zunächst sah es keine, später und bis heute nur eine Armee zur Verteidigung vor. 1994 urteilte das Bundesverfassungsgericht in einem sehr weitreichenden Urteil, dass diese Verteidigung im Rahmen der Bündnisverteidigung eines „Systems kollektiver Sicherheit“ auch Bundeswehrein-sätze im Ausland ermögliche. Weiterhin aber als „Verteidigung“ und nicht aus irgendeinem Gestaltungswillen heraus. Deshalb wird der Afghanistankrieg heute noch regierungsoffiziell als Verteidigung gegen potentielle Angriffe auf Deutschland und die Bündnispartner begründet. In dem Bewusstsein dieser weitreichenden Entscheidung und daraus im Einzelfall sehr schwer zu treffender Unterscheidungen zwischen Angriff und Verteidigung, hat das Verfassungsgericht mit seinem AWACSII-Urteil 2008 erneut die Rechte des Parlaments in der Frage von Bundeswehrein-sätzen gestärkt. Dies stellt eine klare Kontinuität in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts dar: Angesichts einer zunehmenden Ausweitung des Verteidigungsbegriffes hielt es quasi als Ausgleich die Verantwortung des Parlaments für unabdingbar, eine „Armee der Exekutive“ für klar verfassungswidrig. Wer sich offen gegen diese letzte legale Einschränkung deutscher Kriegsführungsfähigkeit stellt, stellt sich damit auch klar gegen die Verfassung und die ständige Rechtsprechung des Verfassungsgerichts. Das ist beim Autorenpaar Ischinger / Nötzel v.a. auch insofern bemerkenswert, als letzterer zahlreichen Presseberichten zufolge zumindest in der Vergangenheit für den Verfassungsschutz tätig war.

Anmerkungen

- 1 Jonas Bleeser: Streit um Ringvorlesung zur Zivilklausel, Schwäbisches Tagblatt vom 20.9.2011, URL: http://www.tagblatt.de/Home/nachrichten/tuebingen_artikel,-Streit-um-Ringvorlesung-zur-Zivilklausel-_arid,146775.html
- 2 Wolfgang Ischinger u. Timo Noetzel: Libya could be a catalyst for Europe's security policy, in: Europe's World (Summer 2011), URL: http://www.europesworld.org/NewEnglish/Home_old/Article/tabid/191/ArticleType/ArticleView/ArticleID/21826/Libyacould-beacatalystforEuropessecuritypolicy.aspx
- 3 Wolfgang Ischinger: Monthly Mind July 2011 - Time To Wake Up, Germany, URL: <http://www.securityconference.de/Monthly-Mind-Detail-View.67+M57c003b8aef.0.html?&L=1>



BW-Musix abblasen!

von Jonna Schürkes

In Balingen, einer Kleinstadt auf der Schwäbischen Alb, findet bereits zum dritten Mal in Folge das sogenannte „BW-Musix“ statt. Dieser Wettbewerb von Jugendblasorchestern wird von der Bundeswehr organisiert, die Stadt Balingen und der Musikinstrumente-Hersteller Yamaha sind die Veranstalter. Seit zwei Jahren gibt es das Bündnis „BW-Musix abblasen!“, das auch in diesem Jahr eine Demo gegen das Spektakel organisiert hat.

Nachwuchsgewinnung und Akzeptanzschaffung

Es wäre absurd zu glauben, die Bundeswehr würde diesen Wettbewerb aus lauter Liebe zur Blasmusik veranstalten. Dahinter steht vielmehr das Bedürfnis, die Bundeswehr als einen positiven Teil der Gesellschaft darzustellen und dafür sind die Musik und die „Unterstützung“ von jugendlichen Blasmusikern hervorragend geeignet. Die Funktion von Militärmusik ist unter anderem eben jene, das Militär der Bevölkerung näher zu bringen, oder wie es auf der Homepage der Militärmusik heißt: „In vielfältigen konzertanten Veranstaltungen, besonders den bei einem breiten Publikum so beliebten Wohltätigkeitskonzerten, macht die Militärmusik Bundeswehr in sympathischer für jedermann leicht nachzuvollziehenden Form erfahrbar.“¹ Mit der Wiederbewaffnung Deutschlands 1955, die von einem Großteil der

Bevölkerung in Deutschland abgelehnt wurde, forderte der damalige Bundeskanzler Adenauer eine schnelle Aufstellung von Musikkorps. Sie sollten vor allem für eine positive Stimmung der Bevölkerung gegenüber der Bundeswehr sorgen.²

Genau diese Funktion übernimmt die Militärmusik auch heute noch, nur geht es nicht mehr darum, der Bevölkerung die Wiederbewaffnung zu verkaufen. Angesichts der zunehmenden Ablehnung von Auslandseinsätzen (jüngsten Umfragen zufolge sind bspw. 66% der Bevölkerung in Deutschland gegen den Afghanistankrieg³) dient die Charmeoﬀensive der Bundeswehr in erster Linie dazu, die militariserte Außen- und Sicherheitspolitik zu legitimieren, allerdings weniger mit Argumenten als mit Emotionen. In dem „Veranstaltungs- und Organisationshandbuch für den Tag der Reservisten 2008“ heißt es: „Musik geht unter Umgehung des Verstandes direkt ins Gemüt und schafft ein positives Klima für [] Gespräche mit den Bürgern“.⁴

Das BW-Musix ist aber nicht bloß ein Konzert mit Militärmusikern, es ist ein Wettbewerb, bei dem Jugendliche und Kinder von Offizieren in Uniform für ihre musikalischen Leistungen bewertet werden. Auch ihnen soll das Militär positiv vermittelt werden. Hinzu kommt, dass die Bundeswehr unter massiven Nachwuchssorgen leidet und sich diese Situation seit der Aussetzung der Wehrpflicht – auch für den Militärmusikdienst⁵ – deutlich verschärft hat. Daher nimmt das Militär jede Möglichkeit wahr, um Jugendliche dazu zu bringen, Soldat zu werden.

In den ersten Jahren von BW-Musix machte die Bundeswehr auch keinen Hehl daraus: die Ansprechperson bei der Bundeswehr saß im „Zentrum für Nachwuchsgewinnung Ost“ und in der Lokalzeitung „Schwarzwälder Bote“ erklärte Hauptmann Johannes Langendorf vom Zentrum Militärmusik, die Bundeswehr wolle sich bei den jugendlichen Musikern auch als Arbeitgeber präsentieren.⁶ Unter Ausnutzung der Musikbegeisterung dieser Kinder und Jugendlichen und wohlwissend, dass es sehr schwierig ist, die Musik zum Beruf zu machen, erklärte Langendorf kürzlich: „Wo sonst hat man die Möglichkeit für einen Zeitraum von einem bis zu maximal vier Jahren in ein Musikkorps und damit in die Welt der Berufsmusiker hineinzuschnuppern?“⁷ Dass diese Möglichkeit bedeutet, Soldat werden zu müssen und im Zweifelsfall auch in Kriegseinsätzen der Bundeswehr (zumindest als Sanitäter) eingesetzt zu werden, wird natürlich nicht erwähnt.

Von Bläserklassen und Bastelstunden

Doch der Bundeswehr reichen die Jugendlichen, die sich im Wettbewerb messen und die zur „Musikerparty“ kommen, nicht aus – sie drängt auch an die Balingen Schulen. Im letzten Jahr bastelte Hauptmann Langendorf einige Tage vor dem Wettbewerb in einer Grundschule Dinosauriercollagen aus Bildern von Blechblasinstrumenten. Die Drittklässler konnten ihre – gemeinsam mit dem Offizier erstellten – Kunstwerke dann bei einer Ausstellung im Rahmen von BW-Musix bewundern.⁸

In diesem Jahr werden der Bundeswehr dann ganze Schulklassen – sogenannte Bläserklassen – zugeführt. Bläserklassen bekommen über einen Zeitraum von mehreren Jahren Blasinstrumente – unter anderem von der Firma Yamaha, die BW-Musix mitveranstaltet – zur Verfügung gestellt, um gemeinsam musizieren zu können. Dieses Angebot gilt für alle Stufen der weiterführenden Schulen. Das bedeutet, dass an diesem Bläserwettbewerb im Rahmen von BW-Musix schon ganze Schulklassen mit Kindern ab ca.

BW-Musix abblasen! DEMONSTRATION
21.10.2011 [Fr.] 17.30 Uhr | Bahnhof Balingen

Wir fordern die Stadt Balingen auf, eine solche Veranstaltung nicht erneut zu unterstützen! Wir fordern die Musikvereine auf, ihre jugendlichen Musiker nicht der Propaganda und der Anwerbung der Bundeswehr auszusetzen! Wir fordern alle Menschen auf, gegen die Bundeswehr, dort wo sie im öffentlichen Raum auftritt, zu protestieren! Wir fordern alle Menschen auf, am 21. Oktober gegen das BW-Musix in Balingen zu demonstrieren.

**Bundeswehr raus aus dem öffentlichen Raum!
Gegen eine Militarisierung der Gesellschaft!
Nein zur Anwerbung Jugendlicher für den Krieg!
Gegen alle Kriege!
Wir wollen zivile statt militärische Musik-Wettbewerbe!**

Informationsveranstaltung:
Balingen, Zollernschloss, Schlossstraße 5
Freitag, 14. Oktober um 19:00
„Die Bundeswehr im öffentlichen Raum und in den Schulen“,
u.a. mit Tobias Pfleger (Vorstand der Informationsstelle Militarisierung e.V., Parteivorstand DIE LINKE)

Treffpunkt für gemeinsame Zugfahrt:

Stuttgart Hbf:	Fr, 21.10.2011, 16:00, Gleis 12
Tübingen Hbf:	Fr, 21.10.2011, 16:45, Gleis 2b

UnterstützerInnen:
Friedensnetzwerk Balingen; OTKM - Offenes Treffen gegen Krieg und Militarisierung, Stuttgart; MLPD Zollernalbkreis; Informationsstelle Militarisierung e.V.; Attac Tübingen; Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg; Friedensgruppe Reutlingen; DFG-VK Landesverband Baden-Württemberg; Tübinger Friedensbündnis/Anti-Kriegsbündnis; DIE LINKE Kreisverbände: Zollernalb, Tübingen und Ortenau

Einzelpersonen:
Roland Blach (Stuttgart); Anne Claßen Fischer (Burladingen); Jean-François Dieux (Tübingen); Jörg Deuschel (Auenwald); Silvio Fackel (Wiesbaden); Rüdiger Fischer (Burladingen); Walter Friedmann (Böhl); Thomas Hachke (Stuttgart); Jürgen Heiler (Reutlingen); Friedrich Kullmann (Bergisch-Gladbach); Stefan Lange (Balingen); Thomas Mitsch (Wendlingen); Tobias Pfleger (Tübingen); Bernd Resinger (Stuttgart); Dirk Spieß (Freiburg); Uta Spieß (Freiburg); Wolfgang Strasser (Balingen); Ute Linkauf (Hertingen); Markus Widera (Kaiserslautern); Hans-Alrich Wirth (Stadweg); Lars Zahn (Freiburg); Martin Zuckschwerdt (Balingen); Heike Hanel (MdB Die Linke); Annette Groth (MdB Die Linke); Karin Bieder (MdB Die Linke); Richard Pitterle (MdB Die Linke)

Aufruf des Bündnisses „BW-Musix abblasen!“ zur Demo gegen das BW-Musix in Balingen am 14. Oktober 2011

10 Jahren teilnehmen werden. „In diesem Jahr lassen wir auch die ganz jungen Nachwuchsmusiker erstmalig Wettbewerbsluft schnuppern. Im Rahmen eines neuen Bläserklassenwettbewerbes präsentieren die allerjüngsten Instrumentalisten ihre jeweiligen Ensembleleistungen. Eine fachkundige Jury aus Musikoffizieren und Vertretern der zivilen Bläserklassenpädagogik, möchte mit diesem außergewöhnlichen Wettbewerb junge Instrumentalisten nachhaltig motivieren und gleichzeitig mit wertvollen Tipps zur Seite stehen“, heißt es im Werbe-flyer für das Spektakel. Dass die Schulen, die Eltern und die Stadt Balingen es zulassen, dass schon Drittklässler der Propaganda des Militärs ausgesetzt werden, ist vollkommen unbegreiflich. Das Thema hat inzwischen auch Kinderrechtsorganisationen auf den Plan gerufen.

Das Deutsche Bündnis Kindersoldaten widmete sich in seinem „Schattenbericht Kindersoldaten 2011“, der im Auftrag u.a. von terre des hommes und Unicef erstellt wird, der Rekrutierung Minderjähriger für die Bundeswehr und der auf Minderjährige zugeschnittenen Öffentlichkeitsarbeit sowie Nachwuchswerbung der Bundeswehr. Darin kritisieren sie aufs Schärfste die Praxis in Deutschland, der Bundeswehr den Zugang zu Schulen zu ermöglichen.⁹

Die Kritiker werden kriminalisiert

Trotz allen Jubels über die Tatsache, dass die Kleinstadt Balingen ein „Musikeventwochenende mit Spaßgarantie“¹⁰ zum wiederholten Male an Land ziehen konnte, scheint der Stadtverwaltung es lieber zu sein, nicht zu erwähnen, wer das „Event“ ausrichtet. In der Ankündigung der Veranstaltung auf der Homepage der Stadt Balingen taucht die Bundeswehr als Organisator überhaupt nicht mehr auf. Gleichzeitig weist sie jede Kritik an der Veranstaltung weit von sich und kriminalisiert die Demonstranten gegen das BW-Musix. Dem Anmelder der Demo von 2010 wurde aufgrund

der Befürchtung, die Demonstranten könnten „die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährden“, absurde Auflagen erteilt. So sollte er dafür sorgen, dass Getränke nur „in Plastikflaschen oder Tetrapackbehältnissen“ mitgeführt würden, Hunde seien bei der Demo verboten. Für die Erstellung der Auflagen sollte der Anmelder 98,- Euro bezahlen, wogegen inzwischen Klage eingereicht wurde. Wir lassen nicht zu, dass mit fadenscheinigen Argumenten unser Demonstrationsrecht eingeschränkt und den Kritikern der Mund verboten wird. Wir werden auch in diesem Jahr gegen BW-Musix und die Nachwuchswerbung und Akzeptanzschaffung der Bundeswehr protestieren!

Anmerkungen

- 1 Militärmusik – klingender Ausdruck des Selbstverständnisses der Streitkräfte; <http://www.militaermusik.bundeswehr.de>
- 2 Bei der Bundeswehr wird auch Musik gespielt, Fluter, 08.02.2011.
- 3 Bürger fordern: Raus aus Afghanistan - schnell!, Stern, 08.07.2011.
- 4 Zit. nach: Schulze von Glaßer, M: Die Rattenfänger von Balingen, IMI-Analyse 2009/041.
- 5 Ende der Wehrpflicht - Ende der Musik?, Bayrischer Rundfunk, 06.07.2011.
- 6 Schulze von Glaßer, M: Die Rattenfänger von Balingen, IMI-Analyse 2009/041.
- 7 Ende der Wehrpflicht - Ende der Musik?, Bayrischer Rundfunk, 06.07.2011.
- 8 BW-Musix in der Grundschule - Wie aus Trompete, Tuba und Posaune lustige Dinos gebastelt werden können, Zollern-Alb-Kurier, 22.10.2010.
- 9 Deutsches Bündnis Kindersoldaten: Schattenbericht Kindersoldaten 2011, Februar 2011.
- 10 Ankündigung zu BW-Musix 2011 der Blasmusikverbandes Baden-Württemberg; <http://www.bvbw-online.de>.



Die Rattenfänger von Balingen, Findus-Cartoon.

Friedensbewegung aufgepasst!

Friedensbildung ohne eigene Kooperationsabkommen

von Markus Pflüger

Vorbemerkung: In der Friedensbewegung wird diskutiert, welche Strategien für mehr Friedensbildung und gegen die Bundeswehr an Schulen sinnvoll sind. In einem Beitrag in der Zeitschrift „Wissenschaft und Frieden“ (Nr. 3/2011) mit dem Titel „Friedensbewegung an die Schulen!“ bezogen sich die Autoren Jenny und Peter Becker positiv auf eigene Kooperationsvereinbarungen mit den jeweiligen Kultusministerien – als Pendant zu Kooperationsvereinbarung der Kultusministerien mit der Bundeswehr. In dieser kritischen Replik werden Ergänzungen und andere Sichtweisen für eine Arbeit gegen Militarisierung und für mehr Friedensbildung vorgebracht.

Klar, mehr Friedensbildung an Schulen wäre gut. Viele Friedensbewegte haben sich erst durch den verstärkten Bundeswehr-Werbefeldzug und v.a. durch die Kooperationen der Bundeswehr mit Kultusministerien darauf besonnen. Werbefeldzug und die Maßnahmen zu Attraktivitätssteigerung der Bundeswehr müssen stärker bekannt gemacht werden, inklusive der macht- und wirtschaftspolitischen Interessen hinter der Militarisierung. Es gilt Schülern, Lehrern und Eltern Kritik UND Alternativen bekannter zu machen. Ein wichtiges Ziel erscheint mir dabei das Militär aus der Schule zu drängen, sie im Idealfall zu einem militärfreien Ort zu erklären. Zwei solche Schulbeschlüsse gibt es inzwischen.¹ Die Rücknahme der Kooperationen mit der Bundeswehr und mehr Friedensbildung an Schulen erscheinen mir zusammen wichtig. Die Autoren Becker legen Wert „auf ebenbürtige Kooperationsabkommen der Länder mit den Dachverbänden des Friedensdiensts.“ Ich lege Wert auf Friedensbildung UND Engagement gegen Militarisierung. Die zwischen den Zeilen stehende Favorisierung eigener Friedensabkommens erscheint mir ein Fehler. Die erste Friedens-Kooperationsvereinbarung wurde am 15.8.2011 in Rheinland-Pfalz unterzeichnet. Sie zielt darauf ab, die Zusammenarbeit mit der Bundeswehr zu legitimieren und zu verfestigen. Aus diesem Grund sind die Friedens-Kooperationsvereinbarungen friedenspolitisch kontraproduktiv.

Rheinland-Pfalz als Vorreiter?

Kurz vor der Landtagswahl hatte sich die SPD-Alleinregierung mit Friedensgruppen – trotz der Bitte anderer dies nicht zu tun – auf eine eigene Kooperation verständigt – Kritik an der Bundeswehr gehört(e) nicht mehr dazu. Nach SPD-Stimmenverlust

und dem Landtagseinzug der Grünen wurde eine rot-grüne Koalition verhandelt. Im Grünen-Wahlprogramm steht das Ende der Bundeswehr-Kooperation. In den Verhandlungen hatte die SPD dann ein gut vorbereitetes Argument, um dies abzuwenden: die eigene Kooperation mit Friedensgruppen. Klingt ausgeglichen – für Beckers „ebenbürtig“?

Daran ist nichts „gleichberechtigt“: Fast 100 hauptamtliche und zahlreiche nebenamtliche Jugendoffiziere sind nur dafür da, die Weltsicht ihres Dienstherrn den Jugendlichen zu vermitteln. Hinzu kommen sehr sehr viele weitere Maßnahmen. Trotz dieser Implikationen haben sich v.a. kirchliche Friedensgruppen für eine Unterzeichnung entschieden. Pragmatisch für mehr Friedensbildung? Oberkirchenrat Gottfried Müller begrüßt die Vereinbarung so: „Dadurch wird die notwendige Ausgewogenheit zwischen sicherheitspolitischen Erwägungen und friedensethischen Argumenten hergestellt.“²

Wie sollen Kooperationsvereinbarung plötzlich mehr Friedensbildung bringen?

Trugschlüsse:

1. Wenn es ein Papier gibt, das einen besseren Zugang zu Schulen ermöglichen soll, haben wir den auch. Dabei bleibt es weiterhin Schulleitern und Lehrern überlassen Friedensbewegte als Fachleute aus der Praxis einzuladen oder nicht. Entscheidend bleiben persönliche Kontakte.
2. Wenn es eine eigene Kooperationsvereinbarung gibt, wird mehr Friedensbildung geleistet. Als zaubere das Papier auch gleich kompetente Leute mit Zeit dafür herbei. Mehr Friedensbildung braucht engagierte Menschen, die sich vernetzen und weiterqualifizieren. Ob Kooperationsabkommen dazu was beitragen können ist sehr fraglich, ihr Beitrag zur Stabilisierung der Bundeswehr-Kooperation und zu Zwist innerhalb der Friedensszene ist klarer.
3. Kooperationsvereinbarungen sind ein nettes Angebot ohne politisches Kalkül der Landesregierungen. Nein sie sind eindeutig auch eine Antwort auf die Kritik an Bundeswehrkooperationen und Werbefeldzügen nicht nur an Schulen. Die Kritik wird durch eigene Kooperationsabkommen geschickt gekontert und geschwächt, Kritiker vereinnahmt. Interessant: das Gros der Unterzeichner der Friedenskooperation in RLP machte auch nicht bei Kampagnen für „Schulen ohne Militär“ mit.
4. Wer „Gegen die Bundeswehr an Schulen und Militarisierung“ aktiv werden will, wolle nicht „Mehr Friedensbildung“. Klar gibt es Schwerpunktsetzungen, aber ich selbst will mehr an Schulen bzw. will dass die Angebote dafür von uns verbessert werden, ich brauche dafür aber keine Kooperation. Und noch habe ich die Hoffnung nicht aufgegeben, dass auch der Rückschluss nicht stimmt: wer für Friedenskooperationen ist, macht nichts (mehr) gegen die Bundeswehr bzw. ihren Werbefeldzug.

Anmerkungen

- 1 <http://www.schulfrei-fuer-die-bundeswehr-rlp.de/material.html> (siehe Musterantrag sowie Beispiel 1 und 2)
- 2 [http://www.evkirchepfalz.de/aktuelles-und-presse/pressemeldungen/pressemeldung.html?tx_aspresse_pi1\[item\]=622](http://www.evkirchepfalz.de/aktuelles-und-presse/pressemeldungen/pressemeldung.html?tx_aspresse_pi1[item]=622)

Proteste gegen
die Bundeswehr
an Schulen,
Foto: Michael
Schulze von
Glaßer.



Eine Hungerkatastrophe als Gelegenheitsfenster

Offener Brief an die Deutsche Welthungerhilfe e.V. (16.08.2011)

von Christoph Marischka

Sehr geehrte Damen und Herren von der deutschen Welthungerhilfe, sehr geehrte Katrin Radtke,

per Weiterleitung erhielt ich vor wenigen Tagen die aktuelle 22. Ausgabe ihrer Publikation „Brennpunkt“ mit dem Titel „Endstation Flüchtlingslager? Hunger am Horn von Afrika“. Darin heißt es auf Seite vier unter der Überschrift „Zentrale Forderungen“:

„Die Hungerkatastrophe hat hier ein Gelegenheitsfenster geöffnet. Die Al-Shabab Miliz hat einen hohen Legitimationsverlust erlitten, der sie zum Rückzug aus Mogadischu zwang. Diese Schwäche sollte politisch für eine Lösung des Konfliktes genutzt werden. Dabei muss die Bundesregierung auf Instrumente der zivilen Konfliktbearbeitung setzen. Der bereits eingeschlagene Weg – die Unterstützung der Afrikanischen Union im Rahmen ihrer Vermittlungsbemühungen – der auch im neuen Afrikakonzept der Bundesregierung verankert ist, ist richtig und sollte weiter verfolgt werden... Dafür ist es auch zentral, dass der Stellenwert von ziviler Krisenprävention in Deutschland insgesamt gestärkt wird.“

Da Sie in Ihrem Brennpunkt nach eigener Einschätzung versuchen, eine Antwort auf die Frage nach den Ursachen der Hungerkatastrophe und den nun notwendigen Reaktionen zu geben, gehe ich davon aus, dass Sie auch darüber informiert sind, dass die „Vermittlungsbemühungen“ der Afrikanischen Union auch knapp 10.000 Soldaten umfassen, die in der Vergangenheit regelmäßig und von höchsten UN-Gremien bestätigt unterschiedslos Wohnviertel in Mogadischu und belebte Märkte der Stadt unter Mörserbeschuss genommen und so zahlreiche zivile Opfer verursacht haben. Sicher ist Ihnen auch bekannt, dass die Bundesregierung, die EU, andere EU-Mitgliedstaaten und die USA diese Militärmission der Afrikanischen Union, AMISOM, finanziell und logistisch, durch Ausbildung und Ausrüstung unterstützen. Von den 142 Mio. Euro, welche die Europäische Union aus dem Europäischen Entwicklungsfonds für den AMISOM-Militäreinsatz bereitgestellt hat, trägt Deutschland alleine 30 Mio. Euro. Deutschland hat außerdem die an AMISOM beteiligten Polizisten in Ghana und Kenia ausgebildet und ausgerüstet und fast 24 Mio. Euro zusätzlich für das United Nations Support Office for AMISOM (UNSOA) bereitgestellt. Im Frühjahr 2010 hatte das Auswärtige Amt zudem die Ausbildung von knapp 1.000 „Polizisten“ – darunter auch Minderjährige – in Äthiopien finanziert, die sich anschließend geschlossen einer Miliz im somalisch-äthiopisch-kenianischen Grenzgebiet angeschlossen haben und dort auch bereits in Gefechte verwickelt waren. Bis heute beteiligt sich die Bundeswehr überdies an der Mission EUTM Somalia, bei der in Uganda somalische Rekruten u.a. im Häuserkampf ausgebildet werden, um anschließend Seite an Seite mit der AMISOM die Al-Shabab in Mogadischu zu bekämpfen. Auch unter diesen ist es mittlerweile zu Verlusten gekommen.

All dies als „zivile Konfliktbearbeitung“ zu bezeichnen, zu begrüßen und den eingeschlagenen Weg für richtig zu erklären, lässt an der Objektivität Ihrer Berichterstattung und auch an der Zielsetzung Ihrer vermeintlich humanitären Arbeit zweifeln. Die Einschätzung, die aktuelle „Hungerkatastrophe“ habe ein „Gelegenheitsfenster geöffnet“, disqualifiziert die Deutsche Welthungerhilfe und auch das Bündnis Entwicklung hilft für die Leistung humanitärer Hilfe, die stets unparteilich sein muss. Sie liefert zugleich einen Hinweis darauf, warum die Al-Shabab – und nicht nur diese, wie andere internationale Organisationen längst eingeräumt haben – dem Treiben humanitärer Organisationen skeptisch gegenüberstehen. Von ihnen muss die Aufforderung, ihre Schwäche für eine „Lösung des Konfliktes“ zu nutzen, wie eine Aufforderung verstanden werden, die Entscheidungsschlacht zu suchen – auf einem Schlachtfeld, das durch die Hungerkatastrophe, gegen deren Eskalation die „internationale Gemeinschaft“, wie Sie richtig schreiben, im Vorfeld kaum etwas unternommen hat, bereit wurde: Durch die Entvölkerung des Hinterlandes und die Schaffung eines humanitären Cordons um die AMISOM-Truppen in Mogadischu.

Die Deutsche Welthungerhilfe reagierte am 24.8.2011, nachdem sich mehrere Personen diesem Protest angeschlossen hatten, räumte eine „missverständliche ... Formulierung“ ein und veröffentlichte ein „Update“ des angesprochenen „Brennpunktes“ mit folgender Neuformulierung des betreffenden Abschnitts:

„Die Hungerkatastrophe hat hier einige Vorzeichen verändert. Die Al-Shabab Miliz hat einen hohen Legitimationsverlust erlitten, der sie zum Rückzug aus Mogadischu zwang. Damit hat sich möglicherweise ein Gelegenheitsfenster für eine politische Lösung des Konfliktes geöffnet. Die Bundesregierung sollte bei ihrer Unterstützung der regionalen Vermittlungsbemühungen der Afrikanischen Union auf Instrumente der zivilen Konfliktbearbeitung setzen. Eine erfolgreiche zivile Konfliktbearbeitung am Horn von Afrika erfordert allerdings ein deutlich höheres finanzielles Engagement als bisher. Dafür ist es auch zentral, dass der Stellenwert von ziviler Krisenprävention in Deutschland insgesamt gestärkt wird.“

Wer aus einer Sackgasse heraus will, muss die Richtung ändern!

Rede von Claudia Haydt anlässlich der Verleihung des Aachener Friedenspreises

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde!

72 Jahre ist es nun her, seit an diesem 1. September der 2. Weltkrieg begann. Was damals geschah, lässt sich leider nicht ungeschehen machen, umso mehr gilt jedoch die Verpflichtung: „Nie wieder soll Krieg von Deutschem Boden ausgehen!“

Als wir 1996 die Informationsstelle Militarisierung gründeten, war bereits klar, dass deutsche Militär- und Außenpolitiker daran arbeiteten, diese Lehre aus der Gräueln des 2. Weltkrieges bald der Vergangenheit angehören zu lassen. Deutsche Soldaten wurden bereits 1994 nach Somalia geschickt. Wir merken noch heute, wie ungeeignet, ja wie kontraproduktiv, dieses Mittel zur Lösung der Probleme in Somalia ist. [...]

Die verstärkte deutsche militärische Außenpolitik wurde durch Lügen, Halbwahrheiten und Neudefinition der antifaschistischen Verpflichtung begleitet. Aus den Forderungen „Nie wieder Krieg!“ und „Nie wieder Faschismus!“ wurde nun Krieg zum Mittel erklärt um „Nie wieder Faschismus“ umzusetzen. Was bisher ein Hinderungsgrund gegenüber allzu aggressiver Außenpolitik war, sollte nun zur Begründung deutscher Militäreinsätze überall auf der Welt heran gezogen werden.

Im Vorfeld des so genannten Kosovokrieges, der faktisch ein Angriffskrieg gegen Jugoslawien war, wurde diese ideologische Neuausrichtung besonders deutlich sichtbar. Verteidigungsminister Rudolf Scharping hatte Anfang 1999 einen Besuch in Auschwitz dazu genutzt, um zu erklären. „Darum ist die Bundeswehr in Bosnien“ und aus den gleichen Gründen wird sie „wohl auch in den Kosovo gehen“. Was damals begonnen wurde, war nicht mehr und nicht weniger als eine gefährliche Verharmlosung und Relativierung deutscher Verbrechen.

Weil IMI - und zum Glück nicht nur die IMI - eine solche Banalisierung und Instrumentalisierung der Vergangenheit nicht akzeptiert, kämpfen wir seit 15 Jahren dafür, dass für die deutsche Außenpolitik zukünftig gilt: Krieg ist kein Mittel der Politik!

Die Arbeit der IMI konzentriert sich auf die deutsche und Europäische Außenpolitik. Man kann dabei mit Karl Liebknecht argumentieren, der 1915, inmitten der patriotisch aufgeladenen Stimmung des Ersten Weltkrieges, schrieb: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“. Auch wenn man die martialische Sprache nicht teilen muss, so liegt für die IMI in jedem Fall die Hauptaufgabe im eigenen Land und leider gibt es genau hier viel zu tun. Wir leben heute in einem Land, das bis zu 10.000 Soldaten weltweit für Kriege und Besatzungsregime entsendet. Das bedeutet, dass in den letzten 15 Jahren etwa 300.000 Soldaten im Ausland eingesetzt wurden. Sie waren und sind in etwa zwei Dutzend rein militärischer Einsätzen und zahlreichen weiteren Beobachtungs-, Beratungs- und so genannten Hilfeinsätzen tätig. Die Bundeswehr spricht auf ihrer Homepage von 130 Einsätzen auf der ganzen Welt, in denen die Bundeswehr seit ihrer Aufstellung eingesetzt war. Einmal abgesehen davon, dass gut ausgerüstete Hilfsorganisationen deutlich nützlicher gewesen wären, ist klar, dass mit dem Einsatz der Bundeswehr zu Hilfszwecken lediglich die Akzeptanz für die militärischen Einsätze der Bundeswehr „Out of Area“, wie etwa in Afghanistan, gesteigert werden soll.

Was so allgemein gilt, haben wir von der IMI auch in zahlreichen konkreten Einzelfällen analysiert und dokumentiert - nicht zuletzt um Mythenbildungen über angeblich sinnvolle und nützliche Militäreinsätze begegnen zu können. Zwischenzeitlich hat es sich bei vielen herum gesprochen, dass solche kritische Informationen zu den Hintergründen der unterschiedlichsten Militäreinsätze bei der IMI zu finden sind. Und die IMI wird auch in der Zukunft genauer hinschauen, als es die Mainstream-Medien tun.

IMI als „Informationsstelle“ hat dabei auch einen wissenschaftlichen Anspruch. Manche stöhnen deswegen über zu viele Fuß-

noten in unseren Texten und nicht immer sind wir ganz so allgemeinverständlich, wie wir es gerne hätten. Immer wieder höre ich, dass unsere Mitglieder und Abonnenten, die zwei Monate, die zwischen dem Erscheinen unseres Magazins „Der Ausdruck“ vergehen, brauchen, um alle Texte darin durchzuarbeiten. Als Nachbemerkung kommt dann zum Glück auch häufig: „Und das lohnt sich!“. Im Gegensatz zu manchen Wissenschaftlern geben wir jedoch nicht vor „neutral“ zu sein. Es gibt ohnehin keine wertfreie Wissenschaft und unser Wertmaßstab ist wenigstens transparent und eindeutig. Wir sind solidarisch mit den Opfern organisierter Gewalt, wir halten Krieg nicht für eine Lösung, sondern ein Problem und wir sind misstrauisch gegen jegliche Ideologie, die versucht, Hemmschwellen zur Anwendung von Gewalt zu senken und Militarismus salonfähig zu machen.

Kriege bedeuten immer töten und getötet werden. Alle Formen von High-Tech und Präzision ändern nichts daran, dass es im Kern nur um Mord und Totschlag geht, um Ver-



Verleihung des Aachener Friedenspreises an die IMI und Jürgen Grässlin.

nichtung und Unterwerfung, alles andere ist verlogene Rhetorik und Propaganda. [...]

Die feste Überzeugung, dass Krieg immer die schlechteste aller Alternativen ist, ist die Grundlage der Arbeit von IMI.

Militär ist kein Selbstzweck. Hinter der Organisation, der Ausrüstung und dem Einsatz militärischer Gewalt stehen konkrete Interessen. [...] Zu Beginn unserer Arbeit mussten wir etwas tiefer in Weißbüchern und Verteidigungspolitischen Richtlinien graben, um den Zugang zu Rohstoffen oder Märkten als militärisch zu erreichendes Ziel zu entdecken. Im Laufe der letzten Jahre wurden die Außen- und Militärpolitiker Deutschlands jedoch immer deutlicher. Als der damalige Verteidigungsminister Struck 2002 verkündete: „Die Sicherheit Deutschlands wird auch am Hindukusch verteidigt“, war schon vielen klar, dass es hier wohl eher nicht um die Sicherheit der Bevölkerung, sondern um die Absicherung von Interessen und Einflussphären ging. Zwischenzeitlich musste ein Bundespräsident seinen Hut nehmen, weil er diese ökonomischen Interessen zu klar benannt hatte, doch heute spricht Verteidigungsminister Thomas de Maizière ohne Scheu von „unseren Interessen“ und „unserem Platz in der Welt“ und dem „nationalen Interesse“, das eine Exportnation daran haben müsse, den „Zugang zu Lande, zu Wasser und in der Luft“ zu verteidigen.

Je ungerechter die globale ökonomische Ordnung wird, umso wichtiger wird es für den reichen Norden, seine Vorstellungen der ökonomischen Ordnung und seine Bedingungen für den Zugang zu Märkten und Ressourcen auch militärisch abzusichern. Dazu möchte de Maizière die Bundeswehr als „besondere Nationalmannschaft“ einsetzen. Für die IMI ist klar: Wir wollen keine Militärmacht und keine Großmacht Deutschland!

Dietrich Bonhoeffer kam 1943 zu dem Schluss: „Die Macht der einen braucht die Dummheit der anderen.“ Wir benötigen heute zum Glück nur einen Bruchteil von Bonhoeffers Mut, um gegen den Strom zu schwimmen und Widerstand zu leisten. Progressive und emanzipatorische politische Arbeit ist jedoch zu allen Zeiten immer auch Aufklärungsarbeit. Einen kleinen Betrag dazu möchte auch die IMI leisten. Dazu gehört es zum Beispiel, Informationen nicht zur Ware zu machen, keine unnötigen Barrieren aufzubauen, was ganz konkret bedeutet, dass alle unsere Analyseergebnisse kostenlos auf unserer Homepage zur Verfügung stehen. Wir versuchen nicht zu überreden, sondern Bewusstsein für Probleme und Zusammenhänge zu schaffen. Über einen Mangel an Nachfrage für unsere Texte und Referenten konnten wir uns nie beklagen.

Zu unserer Arbeit gehört es auch, nicht dabei stehen zu bleiben, die manchmal bedrückende Schwäche der Friedensbewegung in diesem Land zu beklagen, sondern genauer hinzusehen und festzustellen, dass es doch zahlreiche AktivistInnen gibt, wenn man über den eigenen Tellerrand hinaus sieht.

Gemeinsamkeit ist Stärke. Das gilt, wenn wir mit Arbeitsloseninitiativen gegen die Rekrutierung der Bundeswehr in Arbeitsagenturen, mit LehrerInnen und SchülerInnen gegen Bundeswehrpropaganda in Schulen, mit Flüchtlingsinitiativen gegen die Abschottung der EU-Außengrenzen und Frontex oder mit Globalisierungskritikern gegen Strategien der G8-Staaten kämpfen. Da deutsche Militärpolitik nicht ohne Verbündete auskommt, gilt unsere Aufmerksamkeit und unsere Kritik auch der NATO und der Europäischen Union als Vehikel zur Durchsetzung deutscher bzw. westlicher Interessen. Auch hier ist Kooperation ein wichtiges Mittel. So haben wir im Kampf gegen die Militarisation der Europäischen Union, wie sie im Verfassungsvertrag, der später zum Lissabonvertrag wurde, eine vertragliche Grundlage gefunden hat, neben Informationsarbeit im deut-

schen Sprachraum, verstärkt mit europäischen AktivistInnen kooperiert. Ganz besonders bei den Abstimmungen in Irland, aber auch in Frankreich und den Niederlanden war die internationale Zusammenarbeit im Protest ein wichtiges Signal. So war sichtbar: wer gegen diesen europäischen Vertrag ist, der ist damit nicht anti-europäisch und nationalistisch, sondern kämpft für ein anderes Europa als Teil einer anderen - einer friedlicheren - Welt.

Militäreinsätze werden gerne damit begründet, Deutschland müsse endlich auch „Verantwortung“ übernehmen. Doch wenn deutsche Politiker diese Argumentation benutzen, dann versuchen sie damit meist, von ihrer tatsächlichen Verantwortung für die Entstehung von Konflikten und Kriegen und auch von ihren Interessen an deren Zuspitzung abzulenken. Kaum ein Krieg oder Bürgerkrieg findet ohne deutsche Waffen statt, während wir gleichzeitig Flüchtlingen und Desserteuren dieser Kriege die Türen verschließen. Diktatoren können sich deutscher und europäischer Hilfe bei der Optimierung ihrer Unterdrückungsapparate sicher sein, das nennt sich dann Sicherheitssektorreform. Leider geht diese Praxis auch nach dem arabischen Frühling ungebrochen weiter. Durch die brachiale Durchsetzung von neoliberalen ökonomischen Spielregeln tragen Deutschland, die EU und diverse internationale Institutionen, wie etwa die Weltbank, zur Verarmung ganzer Regionen und zur Zunahme von Spannungen in diesen Ländern bei. Auch die Klimapolitik der reichen Staaten trägt zu Krieg und Elend weltweit bei. [...]

Wer aus einer Sackgasse heraus will, muss die Richtung ändern!

Deswegen versucht die IMI aufzuklären über das was „Verantwortung“ tatsächlich sein könnte - nämlich uns der Verantwortung für die Entstehung und Aufrechterhaltung von Konflikten zu stellen und die Politik in diesem Land zu ändern. „Verantwortung“ bedeutet auch den Spielraum für alternative, für friedliche Politik zu erhalten und zu erweitern. Konkret heißt dies: Wir klären auf und wir warnen vor der zunehmenden Instrumentalisierung von humanitärer Hilfe und ziviler Konfliktbearbeitung für militärische Machtpolitik. Die Zivilmilitärische Kooperation gefährdet Hilfe und Helfer und sie macht unabhängige, unparteiische Hilfe immer schwieriger, wie wir in Haiti oder in Somalia sehen müssen. Diese so genannte „vernetzte Sicherheitspolitik“ ist kein Fortschritt, sie führt nicht zu einer Zivilisierung des Militärischen sondern zu einer Militarisation des Zivilen. Wir verstehen uns bei der IMI nicht als ExpertInnen für „Alternativen“, wir kämpfen aber gemeinsamen mit all denen, die konsequent für eine friedliche und solidarische Politik eintreten dafür, dass Alternativen überhaupt eine Chance haben.

Je mehr deutsche Außenpolitik „vom Einsatz her denken“ zu ihrem Motto macht, umso schwieriger wird es für friedliche Außenpolitik. Doch auch wenn die Aufgaben der IMI im Laufe der letzten Jahren größer und drängender wurden, haben uns zahlreiche Mitglieder und UnterstützerInnen immer wieder darin ermutigt, weiterzumachen und verstärkt weiterzumachen. Auch wenn der allergrößte Anteil unserer Arbeit nach wie vor ehrenamtlich getragen wird, ist uns dabei doch eine gewisse Professionalisierung gelungen. Als Tübingerin könnte ich mit Hölderlin sagen: „Wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende auch!“ Vor allem aber möchte ich mich bedanken, bei den anwesenden IMI-Aktiven, bei den vielen UnterstützerInnen unserer Arbeit und heute ganz besonders beim Aachener Friedenspreis! Diese Auszeichnung ist für uns Anerkennung und Auftrag weiterzumachen, gegen Krieg, gegen Kriegslügen, gegen Rüstung und Militarisation und für eine gerechtere Welt!

Herzlichen Dank!

Die UN und der neue Militarismus

Von Krieg und UN-Frieden: Peacekeeping, Regionalisierung und Rüstungsindustrie

von Thomas Mickan

Dies ist eine Zusammenfassung der jüngst erschienenen Broschüre: „Die UN und der neue Militarismus“, die bei der IMI bestellt werden kann.

„Die Architektur der Welt ändert sich dramatisch, das muss sich auch in der Arbeit der Vereinten Nationen widerspiegeln.“¹ Diese Worte ließ Außenminister Guido Westerwelle verlauten, kurz bevor Deutschland am 1. Juli 2011 zum ersten Mal den Vorsitz im UN-Sicherheitsrat übernahm. Einem Gremium, dessen Reform in der Debatte um die UN eines von zwei bestimmenden Themen ist. Das zweite Thema ist die so genannte Schutzverantwortung (Responsibility to Protect, R2P). Westerwelle beschreibt damit treffend die Situation der UN: Die Welt ist von einem neuen Militarismus ergriffen und so auch die UN. Schlagzeilen machten dabei vor allem der Krieg in Libyen, die Abspaltung des Südsudan und der Machtkampf in der Côte d'Ivoire, in denen die UN Legitimationsgrundlage für Herrschaft und Gewalt waren.

Die UN treten nicht selten als blaubehelmte Friedenstaube auf, einer vom Auswärtigen Amt genutzten Stilisierung, um schon Kindern die Friedens-Kriege im Namen der UN näher zu bringen. Sie erscheinen dabei als legitime Anwältin der Gewalt, und in der Rede um die Schutzverantwortung wird Gewalt nicht nur als legitim, sondern als verantwortungsvolles Handeln moralisch aufgewertet. Auch Kriegsgegner_innen in Teilen der Friedensbewegung,² der Linken³ oder den Kirchen⁴ haben ein gespaltenes Verhältnis zu den bewaffneten Blauhelmeinsätzen. Daraus spricht nicht selten die Ermangelung an umfassenden zivilen Alternativen⁵ der Konfliktbearbeitung.

Die Fragestellung der von mir verfassten Studie ist, ob dieses Bild der legitimen Akteurin der Gewalt, sei es aus menschenrechtlicher Verantwortung, Alternativlosigkeit oder anderen Gründen, noch eine friedenspolitische Position ist, die in begrenzten Umfang mehr Gutes als Schlechtes befördert. Der Fokus liegt dabei nicht auf den einschlägigen Debatten um die Berechtigung und Folgen von „humanitären“ Interventionen bzw. der Schutzverantwortung, sondern auf den hierfür zu schaffenden und geschaffenen Bedingungen und Notwendigkeiten. Was bedeutet es, Blauhelmissionen zu fordern und zu fördern und welche Dynamiken ergeben sich aus dem System Peacekeeping?

Die Studie gliedert sich hierzu in fünf Teile:

Im ersten Teil werden zentrale Konzepte der UN im Umgang mit dem Frieden untersucht. Dies beginnt mit der Betrachtung des Charakterwandels der Einsätze sowie einer begrifflichen Bestimmung relevanter Peacekeeping-Formen und damit verbundener UN-Konzepte. Dabei wird neben Peacebuilding auch der ‚Schutz der Zivilbevölkerung‘ sowie die ‚Schutzverantwortung‘ mit einigen ihrer weitreichenden Implikationen, etwa für das Souveränitätsprinzip im Völkerrecht, betrachtet. Gesonderte Aufmerksamkeit ist im ersten Teil jedoch dem Treuhandsystem, den Sicherheitssektorreform(en) und den Zivil-Militärischen Beziehungen gewidmet.

Im zweiten Teil der Untersuchung werden interne Strukturen der UN im Bereich der Friedensbemühungen untersucht. Dies erfolgt mit Schwerpunkt auf die relevanten Sekretariate: Das Department of Peacekeeping Operations (DPKO), das Department of

Field Support (DFS) und die United Nations Procurement Division (UN-PD) sowie bereits wirkmächtigen Konzepten wie dem Treuhandsystem, den Sicherheitssektorreform(en) und den zivil-militärischen Beziehungen.

Im dritten Teil steht die Frage der Truppengenerierung für die Einsätze im Vordergrund: angefangen bei dem United Nations Standby Arrangements System (UNSAS), über die gescheiterte Militärinitiative SHIRBRIG bis hin zur Auslagerung an Regionalorganisationen, allen voran an NATO und Europäische Union (EU) sowie die Afrikanische Union (AU), deren Sonderrolle hierbei untersucht wird.

Im vierten Teil findet eine Beschäftigung mit weltweiten Ausbildungsprogrammen und der Schaffung von Schulungszentren für Peacekeeping im Globalen Süden statt. Im Mittelpunkt stehen dabei wiederum die AU und die Frage von „Ownership“.

Der letzte und fünfte Teil lenkt den Fokus auf die Rolle der Rüstungsindustrie im Peacekeeping und die sich neu erschließenden Märkte. Dabei werden sowohl die Dynamiken aus den direkten Gewinnen des Trainings als auch indirekte, durch Kunden-Akquise und Bluewashing gemachte Gewinne untersucht.

Vier zentrale Punkte können als Ergebnisse festgehalten werden:

Es kann gezeigt werden, welchen Charakterwandel durch die Etablierung neuer Konzepte und Strukturen die UN-Friedensbemühungen vollzogen haben. Dieser Wandel ist dabei sehr umfassend und beginnt bei der Legitimation der Einsätze mit Hilfe der Schutzverantwortung und endet bei der kompletten Übernahme ganzer staatlicher Strukturen durch eine Treuhandschaft. Peacekeeping wird zum Standardinstrument der Herrschaft durch militärische Stärke. Dies geht einher mit einer Institutionalisierung und Aufwertung des Militärischen sowohl durch die Zivil-Militärische Zusammenarbeit als auch insbesondere durch die Sicherheitssektorreformen, die eine besondere Gefahr für den zukünftigen Frieden darstellen und deren Folgen unabsehbar sind.

Die umfassende Neustrukturierung des DPKO und des DFS stützen diese Entwicklung weiter. Neben Strukturen zur Umsetzung der genannten Konzepte der Machtprojektion, wurde der militärische Schwerpunkt der Konfliktbearbeitung in den UN überproportional stark im Vergleich zum Zivilen ausgebaut. Die Untersuchungen zum UN-PD zeigen, welche erwachenden wirtschaftlichen Interessen hinter den Friedensbemühungen auch stehen. In allen drei Sekretariaten sind die enge Verknüpfung untereinander sowie ihre personelle Besetzung auffallend. Dabei ist nicht nur die Überrepräsentanz von Vertretern des Globalen Nordens bedeutend, sondern insbesondere die Überbesetzung durch NATO-Personal und Militärs.

Wenn Blauhelme gefordert werden, wird dies zumeist an Bedingungen für die Entsendestaaten geknüpft. Insbesondere so genannte Regionalorganisationen rücken dafür immer mehr in den Mittelpunkt. Alternative militärische Modelle zur Truppengenerierung für die UN wie das Bereitstellungsarrangement

Die UN und der neue Militarismus

Thomas Mickan



UNSAS sind fast bedeutungslos oder wie SHIRBRIG sogar gescheitert. Die Verlagerung auf Regionalorganisationen ist dabei auch immer die Frage nach den Fähigkeiten für die Übernahme der logistisch, technisch und finanziell anspruchsvollen Aufgabe Peacekeeping. Gerade die NATO und die EU stehen dabei in der Kritik, obwohl sie durch jeweilige Vereinbarungen mit der UN großen Bedeutungszuwachs, vor allem für ihre Legitimität, erfahren haben. Die UN begeben sich durch die Auslagerung in Abhängigkeitsverhältnisse und verlieren trotz Legitimierung der Einsätze jegliche Kontrolle darüber.

Auch die Auslagerung an die Afrikanische Union ist eine der denkbar schlechtesten Alternativen. Die hier „entdeckten“ Fähigkeitslücken forcieren eine starke Ausbildungs- und Aufrüstungsdynamik, die auch von den UN getragen und gefördert wird. In zahlreichen Programmen und Schulungszentren werden dabei unter den Vorzeichen von Interoperabilität und einer vermeintlichen Ownership die Soldat_innen von morgen trainiert. Die Konzentration auf das Militärische nicht nur in der AU verdrängt dabei die Notwendigkeit, grundlegende zivile Strukturen des Zusammenlebens zu fördern.

Insbesondere die Rolle der Rüstungsindustrie ist alarmierend. Diese profitiert von den neuen Absatzmärkten durch die Ausbildung und Aufrüstung von Peacekeepern und öffnet sich gleichzeitig über die gewonnenen Kontakte den Zugang zu weiteren „robusten“ Rüstungsgeschäften. „Peacekeeping“ ist dabei neben Verteidigung und Sicherheit ein neues Marktsegment geworden. Die neuen Produkte wertet man mit Hilfe des so genannten „Bluwashing“ („Engagement für den Frieden im Rahmen der UN“) moralisch auf. Ebenso werden zahlreiche militärische

Großübungen über das Peacekeeping legitimiert, welche gleichzeitig Messecharakter für die Rüstungsfirmen haben. Auch für zahlreiche Logistikaufgaben heuern die Regionalorganisationen und die UN verschiedene Militärdienstleister für blau-blühende Geschäfte an.

Die UN spielen dabei eine traurige und entscheidende Rolle. Sie sind auf die Beiträge ihrer Mitglieder angewiesen und damit deren Modus Operandi unterworfen. Sie schaffen es gleichzeitig nicht, die Ideen und Kräfte aufzubringen, sich von deren militärischen Machtprojektionen zu emanzipieren. Und sie sind entscheidende Legitimationsgrundlage für die Militäreinsätze. Das hohe moralische Ansehen, das die UN genießen, erodiert hierdurch. Die UN verlieren an Neutralität und Unabhängigkeit und nehmen dabei als Ganzes Schaden. Die sich ergebenden Konsequenzen, wenn die UN als verlängerter Arm der Mächtigen agieren und auch als solches wahrgenommen werden, sind nicht zu begrüßen.

Zentral kann festgehalten werden, dass diese Entwicklungen keine „Grand Strategy“ des Westens sind, sondern verschiedene Prozesse von Machtprojektion, wohlwollender Förderung und Alternativlosigkeit eine Eigendynamik militärischer Konfliktstrategien entfesselt haben. Ihre Prominenz verdrängt nicht nur die notwendige Debatte um zivile Alternativen und strukturelle Ursachen, sie führt gleichzeitig zu einer Militarisierung der Instrumente kollektiver Friedenssicherung. Die Rolle der UN mit ihren militärischen Aktivitäten und ihrer Legitimierung und Legalisierung von militärischer Gewalt müssen daher grundlegend neu bewertet werden. Peacekeeping gebietet nicht der Gewalt Einhalt, es fördert diese strukturell.

Statt Gewalt zu ächten, wird diese moralisch legitim. Statt gewaltfreie, zivile Konfliktbearbeitung zu praktizieren und zu fördern, legt dies den Grundstein für zukünftige Gewalt. Peacekeeper sind blaubehelte bzw. tarnbehelte Soldat_innen, die in ihren Jeeps, Sonnenbrillen und mit z.T. schwerer Bewaffnung als ausländische Militärs durch die Straßen von Kabul, Kinshasa oder Mogadischu patroulieren. Als Zeichen von Macht demonstrieren sie, man heute gedenkt Konflikte zu lösen: mit Gewalt.

Anmerkungen

- 1 Auswärtiges Amt (2011): Vorsitz im Sicherheitsrat, URL: <http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Friedenspolitik/VereinteNationen/DEUimSicherheitsrat/110628-VorschauJuli-node.html>.
- 2 AG Friedensforschung (2011): Darf die Friedensbewegung „Blauehelme“ denken? Eine Kritik der IMI e.V. an der Libyen-Erklärung des Bundesausschusses Friedensratschlag - und eine Erwiderung, URL: <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Libyen/baf-imi.html>.
- 3 Dokumentation der Debatte um das Papier von André Brie, Ernst Krabatsch, Stefan Liebich, Paul Schäfer und Gerry Woop „Vorschläge für eine linke Positionierung“ unter URL: <http://www.lafontaines-linke.de/2011/09/eine-kampfschrift-jan-van-aken-kommentar-uno-reform-brie-liebich/>.
- 4 Denkschrift des Rates der EKD (2007): „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“, URL: http://www.ekd.de/download/ekd_friedensdenkschrift.pdf, S. 70f.
- 5 Die Polizei stellt keine zivile Alternative dar.

IMI-Kongress

5. und 6. November 2011, Tübingen
Schlattehaus, Österbergstraße 2

WENDE ZEITEN

**WELTPOLITISCHE UMBRÜCHE:
CHANCE ODER GEFAHR?**



Der Kongress wird unterstützt von: Friedensplanung/Anstaltsbündnis Tübingen,
DFP WK Tübingen, artco Tübingen, Rosa Luxemburg Forum Baden-Württemberg,
Anke/Jugend (Tübingen) Baden-Württemberg.

Programm

Sonntag
5. Nov. 2011

9:30 - 11:00 Uhr
Die Militarisation der
Vereinten Nationen
■ Thomas Mücken

11:15 - 12:45 Uhr
Die Rolle der UN in
Libyen und der
Elfenbeinküste:
Militarisierung und
Delegitimierung?
■ Martin Handke &
Christoph Marischka

13:00 - 14:30 Uhr
Umbau der Bundeswehr
und Perspektiven für
die antimilitaristische
Bewegung
■ Tobias Pflüger



POSTAL 5. NOVEMBER, 12:30 UHR

Beobachtet Krieg:
Die Heereskaserne
als "Festung" und
"Schneise"?

VOLUNTEER, KORBELVORSTREICHEN

Samstag
4. Nov. 2011

12:00 Uhr
Begrüßung

12:15 - 14:00 Uhr
Abstieg des Westens,
NATO gegen BRIC(s)?
Neue Konfrontations-
linien oder
neue Allianzen?
■ Erhard Crome &
Ulrich Crome

14:15 - 15:45 Uhr
Umkämpfte Meere
■ Andreas Seifert

16:00 - 17:45 Uhr
Umbüche in Nordafrika
und auf der Arabischen
Halbinsel:
Emanzipation oder neues
imperialistisches Einfallstor?
■ Claudie Haydt &
Christoph Marischka

18:00 - 20:30 Uhr
Afghanistan und Irak:
Scheitern des
Interventionismus?
■ Joachim Gulland &
Jürgen Wagner

Infos unter:
www.imi-online.de

Herausgeber des AUSDRUCKS ist die
Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V.
Die Beiträge spiegeln nicht notwendigerweise die Auffassung
der Informationsstelle wieder.
Adresse: Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen,
www.imi-online.de, e-mail: imi@imi-online.de,
Tel. 07071/49154



**Informationsstelle
Militarisierung e.V.**